

Februar 2025

FIW-Jahresgutachten

Die österreichische Außenwirtschaft

2025



Projektleitung:

Harald Oberhofer (WIFO, WU Wien), Robert Stehrer (wiiw)

Autor:innen:

Vasily Astrov, Robert Stehrer (wiiw)
Elisabeth Christen, Harald Oberhofer (WIFO)

Wissenschaftliche Assistenz:

Alexandra Bykova, Nadya Heger, Monika Schwarzhappel (wiiw)
Irene Fröhlich, Alexander Hudetz, Tim Slickers (WIFO)

Herausgeber ist das Kompetenzzentrum "Forschungsschwerpunkt Internationale Wirtschaft" (FIW).

Das FIW bietet eine Forschungsplattform, Informationen zu außenwirtschaftsrelevanten Themen sowie den Zugang zu volkswirtschaftlichen Datenbanken. Das Kompetenzzentrum FIW ist ein Kooperationsprojekt der Wirtschaftsuniversität Wien mit der Universität Wien, der Johannes-Kepler-Universität Linz, der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck, des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung und des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche.

Es wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF) sowie des Bundesministeriums für Arbeit und Wirtschaft (BMAW) finanziert.

Das Jahresgutachten wurde aus Mitteln des BMAW gefördert. Alle Rechte vorbehalten. Jeder Teil des Inhalts dieses Gutachtens kann unter Bezugnahme auf die Quelle zitiert werden.

Für die Inhalte sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich.

FIW-Jahresgutachten 2025

Inhaltsverzeichnis	Seite
Executive Summary	I
1. Einleitung	1
2. Internationale Rahmenbedingungen	7
2.1 Konjunkturentwicklung.....	7
2.1.1 Globale Konjunkturentwicklung.....	7
2.1.2 Konjunkturentwicklung der wichtigsten österreichischen Handelspartnern.....	8
2.2 Wechselkurse und FDI	10
2.2.1 Geldpolitik und Wechselkurse	10
2.2.2 FDI-Entwicklungen	13
2.3 Entwicklung des Außenhandels.....	14
3. Lage der österreichischen Außenwirtschaft bis zum 3. Quartal 2024	17
3.1 Überblick.....	17
3.2 Warenaußenhandel	24
3.3 Dienstleistungsaußenhandel	30
4. Österreichischer Außenhandel: Erwartungen und kurzfristige Prognose 2024 bis 2026	36
4.1 Kurzfristige Prognose des Waren- und Dienstleistungsaußenhandels	36
4.2 Prognoserisiken.....	46
5. Mittelfristige Entwicklungen im globalen Handel	49
5.1 Globale Muster und Trends	49
5.2 Handelspolitische Trends	53
5.3 Ausblick.....	58
6. Zusammenfassung und wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen	61
7. Literatur	65

FIW-Jahresgutachten 2025

Abbildungsverzeichnis	Seite
Abbildung 2.1: Entwicklung des globalen Rohstoffpreisindex	11
Abbildung 2.2: Nominelle Wechselkursentwicklung des Euro gegenüber wesentlichen Weltwährungen.....	12
Abbildung 2.3: FDI-Flüsse in die wichtigsten Industrie- und Schwellenländer	13
Abbildung 2.4: FDI-Bestände in den wichtigsten Industrie- und Schwellenländern.....	14
Abbildung 2.5: Entwicklung des Welthandels (real) und der globalen Industrieproduktion.....	15
Abbildung 2.6: Entwicklung der Warenimporte (real) in den wichtigsten Industrie- und Schwellenländern	15
Abbildung 2.7: Einkommenselastizität des Handels	16
Abbildung 3.1: Beeinträchtigungen der Geschäftstätigkeit in der Sachgütererzeugung	19
Abbildung 3.2: Entwicklung der realen Warenexporte Österreichs und des Euro-Raums	20
Abbildung 3.3: Unternehmenseinschätzung zur eigenen Wettbewerbsposition in den letzten 3 Monaten in der Sachgütererzeugung	23
Abbildung 3.4: Entwicklung der österreichischen Warenexporte und -importe	25
Abbildung 3.5: Wachstumsbeiträge zur Entwicklung der österreichischen Warenexporte nach Regionen und Top-5-Exportmärkten	27
Abbildung 3.6: Wachstumsbeiträge zur Entwicklung der österreichischen Warenexporte nach Warengruppen (SITC)	30
Abbildung 3.7: Entwicklung der Dienstleistungsexporte und -importe Österreichs laut VGR	30
Abbildung 3.8: Wachstumsbeiträge zur Entwicklung der österreichischen Dienstleistungsexporte laut Zahlungsbilanz nach Regionen und Top-5-Exportmärkten	33
Abbildung 3.9: Wachstumsbeiträge zur Entwicklung der österreichischen Dienstleistungsexporte laut Zahlungsbilanz nach Dienstleistungsarten	35
Abbildung 4.1: Beurteilung und Erwartung von Aufträgen in der Sachgütererzeugung	37
Abbildung 4.2: Die Entwicklung des wöchentlichen WIFO-Wirtschaftsindex.....	38
Abbildung 4.3: Wachstum der österreichischen Exportmärkte – 2023 und Prognose 2024 bis 2026 nach Regionen und den Top-5-Exportmärkten.....	40
Abbildung 4.4: Erwartung von Aufträgen in der Sachgütererzeugung und im Dienstleistungssektor	41
Abbildung 4.5: Entwicklung und Prognose der realen Waren- und Dienstleistungsexporte Österreichs, 2012 bis 2026	43
Abbildung 4.6: Wachstumsbeitrag der Nachfragekomponenten zum BIP, real.....	44

FIW-Jahresgutachten 2025

Abbildung 4.7: Veränderung der Terms-of-Trade und die Handelsbilanzquote, 1995 bis 2026.....	45
Abbildung 4.8: Beitrag der Mengen- und Preiskomponente des Warenaußenhandels zur Veränderung der Handelsbilanz 2023 bis 2026	45
Abbildung 5.1: Anteile an den globalen Exporten nach geoökonomischen Blöcken	50
Abbildung 5.2: Export- und Importanteile nach Ländergruppen, 2023	52
Abbildung 5.3: Von neuen handelsrelevanten Maßnahmen erfasste Handelsvolumen (Importe), 2014/2015 – 2023/2024	53
Abbildung 5.4: Von handelsrelevanten kumulativen Maßnahmen erfasste Handels- volumen, 2014 – 2024	54
Abbildung 5.5: Status der EU-Handelsabkommen, 2025	55

FIW-Jahresgutachten 2025

Übersichtsverzeichnis

Seite

Übersicht E.1:	Hauptergebnisse der kurzfristigen österreichischen Außenhandelsprognose	II
Übersicht 2.1:	Reale BIP-Entwicklung in den wichtigsten Volkswirtschaften	7
Übersicht 2.2:	Reale BIP-Entwicklung der wichtigsten österreichischen Handelspartner	10
Übersicht 3.1:	Österreichs Warenaußenhandel im Überblick	24
Übersicht 3.2:	Entwicklung des österreichischen Warenaußenhandels nach Regionen und Top-10-Exportmärkten	26
Übersicht 3.3:	Entwicklung des österreichischen Warenaußenhandels nach Warengruppen	29
Übersicht 3.4:	Österreichs Dienstleistungsaußenhandel lt. VGR im Überblick	31
Übersicht 3.5:	Entwicklung des österreichischen Dienstleistungsaußenhandels laut Zahlungsbilanz nach Regionen und Top-10-Exportmärkten	32
Übersicht 3.6:	Entwicklung des österreichischen Dienstleistungsaußenhandels laut Zahlungsbilanz nach Dienstleistungsarten	34
Übersicht 4.1:	Aktuelle Entwicklung des österreichischen nominellen Warenaußenhandels	38
Übersicht 4.2:	Prognose des österreichischen Außenhandels und weiterer Kennzahlen	39
Übersicht 4.3:	Zahlungsbilanzprognose	46

Executive Summary

Im Jänner 2025 feierte die Welthandelsorganisation (WTO) ihr 30-jähriges Bestehen, und Donald Trump trat seine zweite Amtszeit als 47. Präsident der Vereinigten Staaten an. Die WTO steht als Symbol für ein multilaterales und regelbasiertes Handelssystem, während Donald Trump eine Politik verfolgt, die auf den unilateralen Einsatz protektionistischer Maßnahmen abzielt, um geo- und innenpolitische Ziele seiner Präsidentschaft zu erreichen. Die österreichische und europäische Außenwirtschaft hat in den vergangenen drei Jahrzehnten erheblich vom regelbasierten Welthandelssystem profitiert und dieses aktiv mitgestaltet. Donald Trumps zweite Amtszeit wird das bestehende System weiter unter Druck setzen, mit negativen Folgen für die Weltwirtschaft und die daran wesentlich beteiligten Volkswirtschaften.

Das 6. FIW-Jahresgutachten analysiert die aktuellen Entwicklungen der österreichischen Außenwirtschaft im Kontext der globalen wirtschaftlichen und handelspolitischen Rahmenbedingungen. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf dem Waren- und Dienstleistungshandel Österreichs. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung stehen vorläufige Daten der Statistik Austria und OeNB bis einschließlich des 3. Quartals 2024 zur Verfügung. Das 4. Quartal sowie die potenzielle Entwicklung für die Jahre 2025 und 2026 werden auf Grundlage dieser Daten prognostiziert.

Im Kapitel 2 des Jahresgutachtens werden die globalen Rahmenbedingungen der österreichischen Außenwirtschaft analysiert. Im Jahr 2024 wird das globale BIP preisbereinigt um 2,7%, verglichen mit 2023, wachsen. Die US-Wirtschaft entwickelt sich mit 2,8% etwas besser, während das Wachstum Chinas von 5,2% (2023) auf 4,9% zurückgeht. Für 2025 erwartet die Weltbank ein weiteres Abflachen der chinesischen Wachstumsdynamik auf 4,5%. Deutschland bleibt 2024 in einer leichten Rezession mit einem BIP-Rückgang von 0,1%, während für 2025 ein bescheidenes Wachstum von 0,4% prognostiziert wird. **Der globale Außenhandel erholt sich 2024 leicht und wächst um 2,7%, getragen von den Industriestaaten, insbesondere den USA, während sich die Importdynamik im Euro-Raum schwächer zeigt.** Für 2025 und 2026 wird ein moderates Wachstum des globalen Warenhandels (+3,1% bzw. +3,2%) erwartet. Die Prognosen bleiben aufgrund zunehmender protektionistischer Maßnahmen – auch im Dienstleistungshandel – und der zweiten Amtszeit Donald Trumps jedoch unsicher.

Vor diesem Hintergrund diskutiert Kapitel 3 die Entwicklung des österreichischen Außenhandels bis September 2024. Das Jahr 2024 stellte die österreichische Außenwirtschaft vor große Herausforderungen. Besonders die Warenexporte entwickelten sich in den ersten drei Quartalen schwach. Hauptursachen waren die wenig dynamische globale Wirtschaft, protektionistische Maßnahmen und die Fragmentierung der Weltwirtschaft. Hohe Energiekosten und Lohnabschlüsse verschlechterten die preisliche Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Exporteure, während die deutsche Industrierezession die stark verflochtene österreichische Wirtschaft zusätzlich belastete. **Bis Ende des 3. Quartals schrumpften die Warenexporte nominell um 4,1% und real um 5,1%, insbesondere im ersten Halbjahr. Gleichzeitig sanken die Importe nominell um 9,5% und real um 5,6%, was die Handelsbilanz um 8,6 Mrd. € verbesserte und 2024 seit dem Jahr 2007 zum ersten Mal wieder zu einem österreichischen Handelsbilanzüberschuss führen dürfte.**

Die Nachfrage aus den USA und China stützte die Exporte, während sie innerhalb der EU um 5,9% einbrachten. **Auf der Importseite verzeichneten vor allem Lieferungen aus der Schweiz und der EU starke Rückgänge. Im Dienstleistungshandel zeigten sich Exporte stabiler, mit einem realen Rückgang von nur 2,1% in den ersten drei Quartalen.** Ein starker Wintertourismus



kompensierte teilweise die Exportrückgänge. Transportleistungen und unternehmensbezogene Dienstleistungsexporte wuchsen leicht.

Kapitel 4 des Jahresgutachtens präsentiert eine kurzfristige Prognose der österreichischen Außenhandelsentwicklung für das Gesamtjahr 2024, einschließlich des 4. Quartals, sowie für die Jahre 2025 und 2026. Übersicht E.1 fasst die Hauptergebnisse dieser Prognose zusammen. Für 2024 wird ein realer Rückgang der österreichischen Warenexporte um 4,5% erwartet, bedingt durch die europäische Industrierezession und eine gesunkene Wettbewerbsfähigkeit in der Warenerzeugung. **Auch der Gesamtexport von Waren und Dienstleistungen dürfte um 2,9% schrumpfen, obwohl der Dienstleistungshandel mit 0,9% ein leichtes Wachstum verzeichnen dürfte.** Für 2025 und 2026 wird eine moderate Erholung prognostiziert, mit einem Anstieg der Warenexporte um 1,5% bzw. 2,0% und einem Gesamtexportwachstum von 1,4% bzw. 2,3%. Für die Dienstleistungsexporte wird in den Folgejahren ein Anstieg um 1,2% (2025) und 3,1% (2026) prognostiziert.

Die Warenimporte könnten 2024 um 4,9% zurückgehen, sich jedoch 2025 und 2026 mit Wachstumsraten von +2,0% bzw. +3,0% erholen. Die Handelsbilanz dürfte 2024 erstmals seit 2007 einen Überschuss erzielen. Der Überschuss dürfte rund 6,2 Mrd. € betragen, was 1,3% des österreichischen BIP entspricht. Bis 2026 wird sich dieser Überschuss schrittweise auf 0,5% des BIP reduzieren. **Die Leistungsbilanz wird über den Prognosezeitraum durchwegs positiv saldieren und einen jährlichen Überschuss von mehr als 10 Mrd. € erbringen.** Dies entspricht mehr als 2% des österreichischen BIP. Die Prognose bleibt angesichts globaler Unsicherheiten, einem beträchtlichen Konsolidierungsbedarf in den öffentlichen Budgets einiger maßgeblicher EU-Mitgliedsländer sowie möglicher neuer US-Zölle mit erheblichen Abwärtsrisiken behaftet.

Übersicht E.1: Hauptergebnisse der kurzfristigen österreichischen Außenhandelsprognose

	2023	2024 Prognose	2025 Prognose	2026 Prognose
<i>Veränderung gegen das Vorjahr in %</i>				
Exporte real ¹⁾ insgesamt	-0,4	-2,9	1,4	2,3
Waren lt. AH-Statistik	3,2	-4,5	1,5	2,0
Dienstleistungen	-0,6	0,9	1,2	3,1
Importe real ¹⁾ insgesamt	-4,6	-2,5	1,7	2,3
Waren lt. AH-Statistik	-6,7	-4,9	2,0	3,0
Dienstleistungen	3,6	3,4	1,2	0,6
Terms-of-Trade (Waren)	-1,0	3,9	-0,5	0,0
<i>Mrd. €</i>				
Handelsbilanz Waren lt. AH-Statistik, nominell	-2,0	6,2	4,5	2,7
In % des BIP	-0,4	1,3	0,9	0,5
Leistungsbilanz nominell	6,3	11,5	10,3	10,9
In % des BIP	1,3	2,4	2,0	2,1

Quelle: WIFO-Prognose vom Dezember 2024. – ¹⁾ Referenzjahr 2015, berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen.

Kapitel 5 untersucht mittelfristige Entwicklungen, die das globale Wirtschaftsgeschehen und das regelbasierte Handelssystem beeinflussen und verändern können. Aktuelle Studien zeigen eine zunehmende geopolitische Fragmentierung im globalen Handel. **Der US-Block, bestehend aus den USA und verbündeten Volkswirtschaften bleibt mit knapp 50% des globalen Handels dominant, während sich der China-Block für etwa 10% aller Handelsströme verantwortlich zeigt.** Exporte vom China-Block in den US-Block machen fast 15% des Welthandels aus. Trotz wachsender Herausforderungen bleibt die Bedeutung des regelbasierten WTO-Systems hoch. Die EU, einer der größten Handelsakteure, steht für etwa ein Drittel des globalen Handels. Dienstleistungen gewinnen mit einem Anteil von 35% an den weltweiten Handelsströmen weiter an

Bedeutung, was Handelsbarrieren in diesem Bereich stärker in den geopolitischen Fokus rücken dürfte.

Das abschließende Kapitel 6 fasst die wesentlichen Ergebnisse des Jahresgutachtens zusammen und diskutiert die wirtschafts- und handelspolitischen Implikationen der zweiten Amtszeit von Donald Trump für den internationalen Handel und die globalen Wirtschaftsbeziehungen. **In den kommenden Jahren wird die globale Handelspolitik stark von den geopolitischen Spannungen und den Maßnahmen Donald Trumps geprägt werden.** Trumps zweite Amtszeit bringt eine verstärkte Ausrichtung auf eine unilaterale und protektionistische Handelspolitik mit sich, was die globale Handelsarchitektur destabilisieren könnte. **Besonders für Österreich und die EU, die historisch von einem regelbasierten Welthandelssystem profitiert haben, ist es entscheidend, WTO-konformes Verhalten zu fördern und gegebenenfalls alternative Foren für pluri- oder multilaterale Handelsvereinbarungen innerhalb des WTO-Systems zu schaffen.** Das "Multi-Party Interim Appeal Arbitration Agreement" ist ein positives Beispiel dafür, wie es gelingen kann, zentrale Elemente des regelbasierten Handelssystems trotz der Blockade durch die US-Politik in ihrer wesentlichen Funktion zu bewahren.

Die geopolitischen Spannungen zwischen den USA und China dürften zunehmen, obwohl Donald Trumps erste Ankündigungen von protektionistischen Maßnahmen unter anderem auch auf die westlichen Partner der USA abzielen. Eine stärkere Diversifizierung der Handelsbeziehungen und neue Handelsabkommen, etwa mit Mercosur-Staaten, könnten Europas Wirtschaft stärken. Die WTO sollte für die EU weiterhin eine zentrale Rolle einnehmen, auch wenn institutionelle Schwächen dessen Handlungsfähigkeit erschweren.

Zusätzlich zur Handelspolitik muss die EU die Wettbewerbsfähigkeit ihres Wirtschaftsstandorts durch strukturpolitische Maßnahmen stärken. **Der Draghi-Bericht liefert empirische Befunde zum Rückgang der EU-Wettbewerbsfähigkeit und empfiehlt Maßnahmen wie den Ausbau des Energiemarktes, Investitionen in Zukunftstechnologien und die Förderung von Forschung und Infrastruktur.** Am 29. Jänner 2025 hat die Europäische Kommission einen "Kompass für Wettbewerbsfähigkeit" vorgestellt. Dieser Kompass greift maßgeblich Vorschläge aus dem Draghi-Bericht auf (Draghi, 2024), verknüpft diese mit dem Letta-Bericht (Letta, 2024) über den europäischen Binnenmarkt und schlägt konkrete erste politische Maßnahmen zur Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit vor. Der Kompass ist eine gute erste Initiative, auf die noch weitere folgen sollten, damit die EU im globalen Wettbewerb mit den USA und China nicht weiter zurückfällt und sich in maßgeblichen Zukunftsmärkten behaupten wird können.

1. Einleitung

Harald Oberhofer

Das Jahr 2025 hat bereits zwei zentrale Ereignisse für das globale Handelssystem hervorgebracht. **Am 1. Jänner 2025 beging die Welthandelsorganisation (WTO) ihr 30-jähriges Bestehen. Am 20. Jänner legte Donald Trump den Amtseid für seine zweite Amtszeit als Präsident der Vereinigten Staaten ab.** Während die WTO angesichts geopolitischer Konflikte, zunehmender Spannungen und institutioneller Blockaden verstärkt unter Druck gerät, ihrer Rolle als Trägerin des regelbasierten multilateralen Handelssystems gerecht zu werden, beginnt Donald Trump seine zweite Präsidentschaft mit einem außergewöhnlich breiten politischen Handlungsspielraum. Seine Republikanische Partei verfügt über Mehrheiten in beiden Kammern des US-Kongresses, und das Oberste Gericht der Vereinigten Staaten ist mit einer sechs zu drei Mehrheit von Richter:innen besetzt, die von republikanischen Präsidenten nominiert wurden¹⁾.

Die WTO hat seit ihrer Gründung maßgebliche Beiträge für die Schaffung und Weiterentwicklung eines regelbasierten multilateralen Handelssystems geleistet. Die WTO bietet ein Forum für Verhandlungen über die Liberalisierung des Handels und die Formulierung neuer multilateraler Handelsregeln, überwacht die Vereinbarungen und schafft einen Rahmen für die Beilegung von Handelsstreitigkeiten zwischen den mittlerweile 166 Mitgliedstaaten (Christen, 2021). Neben dem Streitschlichtungsverfahren bildet die Meistbegünstigungsklausel (MFN-Zölle) das Kernelement der multilateralen Handelspolitik, die Gleichbehandlung und Reziprozität in handelsliberalisierenden Maßnahmen als Ziel verfolgt. Einer aktuellen Untersuchung zur Folge werden mehr als 80% des weltweiten Warenhandels auf Basis von MFN-Zöllen abgewickelt, was die anhaltende Bedeutung des multilateralen Rahmens für das globale Handelssystem hervorhebt (Gonciarz & Verbeet, 2025).

Das regelbasierte Handelssystem steht derzeit vor erheblichen Herausforderungen, die seine Handlungsfähigkeit zunehmend einschränken und infrage stellen. Geopolitische Konflikte und Spannungen haben die Handelspolitik spätestens seit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine zu einem zentralen geoökonomischen (Macht-)Instrument werden lassen. Unilaterale Maßnahmen, die außerhalb des WTO-Rechts stehen, oder deren Rechtmäßigkeit zumindest angezweifelt werden können, gewannen bereits während der COVID-19-Pandemie an Bedeutung. Dieser Trend hat sich in den letzten Jahren fortgesetzt. Die hierbei angewendete Maßnahmenpalette ist breit und reicht von der Industrie- und Subventionspolitik, über Exportbeschränkungen bis zur Verhängung von neuen Importzöllen. Im Jahr 2022 bildeten etwa Exportverbote die am häufigsten verhängte handelsbeschränkende Maßnahme (OECD, 2024c).

Donald Trump wird in seiner zweiten Amtsperiode als US-Präsident das multilaterale Handelssystem noch weiter unter Druck setzen und sich von regelbasiertem Vorgehen abwenden. Erste Anzeichen hierfür sind die Anfang Februar angekündigten und aktuell bis Ende Februar ausgesetzten Zölle gegen Kanada und Mexiko, zwei Volkswirtschaften, mit denen die USA über das USMCA ein WTO-konformes Freihandelsabkommen umgesetzt haben. Aktuelle WIFO-Berechnungen unter Zuhilfenahme des KITE-Modells, einem Handelsmodell mit zahlreichen Sektoren

¹⁾ Drei der neun Richter:innen wurden von Donald Trump selbst in seiner ersten Amtszeit ernannt.

und Ländern, zeigen, dass Mexiko und Kanada sehr stark unter diesen Zöllen wirtschaftlich leiden würden, während der Schaden für die USA überschaubar sein dürfte. Das reale BIP würde in Mexiko um 4,6%, das in Kanada um 3,0% schrumpfen, während die USA einen BIP-Verlust in Höhe von rund 0,45% in Kauf nehmen müssten²⁾. Die am selben Tag von Donald Trump beschlossenen zusätzlichen Zölle in Höhe von 10% auf chinesische Importe sind bereits in Kraft und haben eine erste Gegenreaktion von China zur Folge gehabt.

Bereits am zweiten Tag seiner erneuten Präsidentschaft beklagte Donald Trump darüber hinaus "eine schlechte Behandlung" der USA durch Europa und stellte Zölle gegen die EU in Aussicht.

Beim Weltwirtschaftsforum in Davos hat er diese Kritik bekräftigt. Abzuwenden wären höhere Zölle, laut Donald Trumps Aussage, nur durch eine europäische Verpflichtung größerer Mengen von fossilen Energieträgern aus den USA zu importieren³⁾. Am 10. Februar hat Donald Trump ein Dekret unterschrieben, durch welches alle Stahl- und Aluminiumimporte der USA mit Zöllen in Höhe von 25% belegt werden sollen. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat daraufhin Gegenmaßnahmen der EU angekündigt, sollten die Stahl- und Aluminiumzölle tatsächlich Anfang März in Kraft treten⁴⁾.

Der erneute Ausstieg der USA aus dem Pariser Klimaschutzabkommen sowie aus der OECD-Initiative zu einer globalen Mindeststeuer von 15% auf Unternehmensgewinne stellen die US-Handelspartner vor zusätzliche Herausforderungen in der globalen Klimapolitik sowie in Bezug auf den Standortwettbewerb für Unternehmensansiedelungen und Investitionen.

Als kleine offene Volkswirtschaft profitiert Österreich maßgeblich von einem regelbasierten Welthandelssystem. Aufgrund seiner exportorientierten Wirtschaftsstruktur in der Industriegütererzeugung und den (Reiseverkehrs-)Dienstleistungen und der damit einhergehenden besonderen Bedeutung der Außenwirtschaftsstruktur ist es entscheidend, dass österreichische Unternehmen unter allgemein akzeptierten Regeln am internationalen Wettbewerb teilnehmen können. Eine aktive und regelbasierte EU-Handelspolitik bildet eine Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche und wettbewerbsfähige europäische und österreichische Außenwirtschaft.

Das FIW-Jahresgutachten "Die österreichische Außenwirtschaft 2025" bietet eine ausführliche Analyse der österreichischen Außenwirtschaft vor dem Hintergrund globaler Entwicklungen und handelspolitischer Rahmenbedingungen. Der Fokus liegt auf dem Export und Import von Waren und Dienstleistungen. Neben der Darstellung der österreichischen Außenhandelsentwicklung in den ersten drei Quartalen 2024 enthält das Gutachten sowohl kurzfristige als auch mittelfristige Prognosen zu zukünftigen Entwicklungen. Es beleuchtet die zu erwartenden handels- und wirtschaftspolitischen Herausforderungen. Die Kurzfristprognose umfasst das letzte Quartal 2024 und gibt einen Ausblick auf die Jahre 2025 und 2026. Die mittelfristige Prognose

²⁾ Details zu Modellergebnissen finden sich unter <https://www.wifo.ac.at/news/zoelle-der-usa-treffen-nordamerika-wirtschaftlich-hart/>.

³⁾ <https://www.bloomberg.com/news/articles/2025-01-21/EU-muss-mehr-ol-und-gas-aus-usa-kaufen-sonst-zolle-trump>.

⁴⁾ Mit Redaktionsschluss am 12. Februar 2025 ist die konkrete Ausgestaltung der EU-Gegenmaßnahmen nicht bekannt und mögliche Reaktionen der USA auf die EU-Maßnahmen ebenso nicht.

geht über diesen Zeitraum hinaus und widmet sich verstärkt strukturellen Herausforderungen, während die Kurzfristprognose auch konjunkturelle Aspekte in den Fokus stellt.

Im Kapitel 2 des Jahresgutachtens werden die globalen Rahmenbedingungen für die österreichische Außenwirtschaft dargestellt und diskutiert. Im Fokus stehen dabei das abgelaufene Kalenderjahr 2024 sowie Prognosen von internationalen Organisationen für die wahrscheinlichste Entwicklung der Weltwirtschaft sowie maßgeblicher Wirtschaftsräume für die Jahre 2025 und 2026. **Laut Weltbankberechnungen wuchs das globale Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2024 (preisbereinigt) um 2,7% und damit etwa gleich schnell wie das Jahr zuvor.** Die US-Wirtschaft entwickelte sich mit einer Wachstumsrate von 2,8% geringfügig besser. Der Wachstumstrend der chinesischen Wirtschaft hat sich 2024 verlangsamt. Nach einem Anstieg von 5,2% im Jahr 2023 legte das reale BIP in China 2024 um 4,9% zu. Die Weltbank geht für China im Jahr 2025 von einer weiteren Verlangsamung des Wachstums auf 4,5% aus. **Deutschland verzeichnete 2024 erneut eine leichte Rezession.** Nach einem Rückgang der Wirtschaftsleistung um 0,3% im Jahr 2023, sank das deutsche BIP im vorigen Jahr erneut um 0,1%. Für 2025 geht die aktuelle Weltbankprognose von einem leichten Wachstum in Höhe von 0,4% aus, wobei die Abwärtsrisiken in der aktuellen Prognose überwiegen und die tatsächliche Entwicklung somit mit Unsicherheit behaftet ist.

Der globale Außenhandel konnte im Jahr 2024 seine Wachstumsschwäche aus dem Jahr 2023 etwas überwinden. Das globale Handelsvolumen von Gütern und Dienstleistungen wuchs 2024 um geschätzte 2,7% und damit mit derselben Geschwindigkeit wie die Weltwirtschaft insgesamt. **Für 2025 und 2026 geht die Weltbank von einer weiteren Beschleunigung der globalen Außenhandelsdynamik aus und prognostiziert Wachstumsraten für den gesamten Warenhandel in Höhe von 3,1% bzw. 3,2%.** Im Güterhandel wird die jüngste Erholung im abgelaufenen Kalenderjahr, die sich seit dem 2. Quartal 2024 moderat, aber kontinuierlich beschleunigte, vor allem von den Industriestaaten getragen. Die USA war für diese Dynamik maßgeblich verantwortlich, während sich die Importdynamik im Euro-Raum eher schleppend entwickelte (Hendriks et al., 2024). Die Wachstumsperformance des globalen Außenhandels im Jahr 2024 überrascht vor dem Hintergrund von zunehmend protektionistisch ausgerichteten handelspolitischen Maßnahmen der maßgeblichen Volkswirtschaften der Weltwirtschaft positiv. Die Prognosen für 2025 und 2026 bleiben jedoch vor diesem Hintergrund und der zweiten Amtszeit von Donald Trump unsicher.

Vor dem Hintergrund der globalen Rahmenbedingungen präsentiert und diskutiert Kapitel 3 die Entwicklung des österreichischen Außenhandels im abgelaufenen Kalenderjahr 2024. Bis zum Erscheinen des Jahresgutachtens haben die Statistik Austria und OeNB vorläufige Zahlen zu den österreichischen Exporten und Importen von Waren und Dienstleistungen für die ersten drei Quartale 2024 veröffentlicht. Die Entwicklung des 4. Quartals beruht wie bereits in den letzten Jahren auf einer für das Jahresgutachten erstellten Prognose (Oberhofer et al., 2024). Die Gesamtjahreszahlen für 2024 verbinden somit vorläufige realisierte Werte mit Prognosen, die auf Basis des verfügbaren Datenmaterials bis zum Ende des 3. Quartals und zusätzlichen Vorlaufindikatoren, erstellt wurden.

2024 war für die österreichische Außenwirtschaft ein herausforderndes Jahr. Vor allem in den ersten drei Quartalen entwickelten sich die österreichischen Warenexporte schwach. Die Gründe hierfür sind auf mehrere Ursachen zurückzuführen, wovon nicht alle direkt im Einflussbereich der heimischen Unternehmen bzw. der österreichischen Wirtschaftspolitik lagen. Die wenig dynamische globale Wirtschaftsentwicklung zu Jahresanfang dämpfte die Exporte,

protektionistische handelspolitische Maßnahmen verstärkten die Fragmentierung und Blockbildung in der Weltwirtschaft. Die hohen Energiekosten und in Folge im internationalen Vergleich hohe Lohnabschlüsse schmälerten durch ein positives Inflationsdifferenzial zu unseren wichtigsten Partnerländern und Konkurrenten die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Waren- und Dienstleistungsexporteure einschließlich des Tourismus (Christen & Stehrer, 2024; Glocker et al., 2025). Die Industrierezession und Wachstumsschwäche in Deutschland trafen die österreichische Exportwirtschaft durch sein hohes Ausmaß an Verflechtungen mit der deutschen Wirtschaft zusätzlich und dämpften dessen Wachstumspotential im abgelaufenen Kalenderjahr.

Der Verlust in der preislichen Wettbewerbsfähigkeit und ein negativer Warenstruktureffekt durch die schwache Investitionsnachfrage auf den wichtigsten österreichischen Zielmärkten bringen für 2024 deutliche Marktanteilsverluste für die österreichischen Warenexporteure mit sich. **Die österreichischen Warenexporte schrumpften bis Ende des 3. Quartals 2024 nominell um 4,1% und real um 5,1%, wobei besonders das erste Halbjahr negativ ausfiel. Gleichzeitig sanken die Warenimporte nominell um 9,5% und real um 5,6%.** In Folge dieser Entwicklungen verbesserte sich die Handelsbilanz um 8,6 Mrd. €. 2024 wird einen Handelsbilanzüberschuss bringen. Die schwache Auslandsnachfrage belastete fast alle österreichischen Warenexportmärkte, mit Ausnahme der USA und China, die als wichtige Stützen fungierten. Während die Exporte in die USA von starker Nachfrage nach medizinischen und pharmazeutischen Erzeugnissen getragen wurden, legten die Ausfuhren nach China insbesondere bei Maschinen und Fahrzeugen zu. **Innerhalb der EU brachen die Exporte um 5,9% ein, während der Rückgang der Extra-EU-Exporte mit 0,3% vergleichsweise moderat ausfiel.** Importseitig verzeichneten vor allem Lieferungen aus der Schweiz und der EU starke Rückgänge, insbesondere bei Maschinen, Eisen und Stahl, während die Nahrungsmittelimporte zulegten.

Die negativen Einflüsse der Industrierezession auf die Haushaltseinkommen und das Inflationsdifferenzial zu unseren wichtigsten Mitbewerbern belasteten auch den österreichischen Dienstleistungshandel in den ersten drei Quartalen 2024. Allerdings erweisen sich die Dienstleistungsexporte im aktuellen schwierigen Umfeld stabiler und sind von weitaus geringeren Wachstumseinbrüchen gekennzeichnet. **In den ersten drei Quartalen 2024 sanken die Dienstleistungsexporte real um 2,1%.** Ein starker Wintertourismus zu Jahresbeginn unterstützte das Wachstum in die Intra-EU-Länder. Seit des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine stiegen die Dienstleistungsexporte in die BRICS-Staaten, vor allem nach China. Die Erholung im Reiseverkehr setzte sich fort, jedoch beeinträchtigt die relative Preisentwicklung die österreichische Wettbewerbsfähigkeit. Transportdienstleistungen verzeichneten ein Wachstum von 2,5%, und unternehmensbezogene Dienstleistungen trugen mit einem Anstieg um 2,4% bis zum dritten Quartal 2024 positiv zum Gesamtdienstleistungsexport bei. Zukünftig könnten jedoch die im Fahrwasser der globalen geopolitischen Spannungen umgesetzten neuen Regulierungen im Dienstleistungshandel, wie etwa verschärfte Investitions-Screening-Mechanismen, die Entwicklung des Dienstleistungshandels erschweren und bremsen (OECD, 2024b).

Kapitel 4 präsentiert eine kurzfristige Prognose für die österreichische Außenhandelsentwicklung für das Gesamtjahr 2024, wobei für dieses Jahr die Zahlen für das 4. Quartal auf einer Prognose beruhen. Die Folgejahre 2025 und 2026 werden vollständig prognostiziert. 2024 wird ein realer Rückgang der österreichischen Warenexporte um 4,5% erwartet, was auf die anhaltende Industrierezession in Europa und eine gesunkene Wettbewerbsfähigkeit in der österreichischen Warenerzeugung zurückzuführen ist. **Auch der Gesamtexport von Waren und**

Dienstleistungen dürfte 2024 um 2,9% schrumpfen. Für die Jahre 2025 und 2026 wird eine moderate Erholung prognostiziert, mit einem Wachstum der Warenexporte von 1,5% bzw. 2,0% und einem Gesamtexportwachstum von 1,4% bzw. 2,3%. Die Dienstleistungsexporte entwickeln sich 2024 vergleichsweise robust und dürften ein Wachstum von 0,9% realisieren.

Die österreichischen Warenimporte dürften 2024 preisbereinigt um 4,9% sinken. Parallel zur erwarteten Erholung der Exporte und der heimischen Industrie könnten die Warenimporte 2025 um 2,0% und 2026 um 3,0% zulegen. **Insgesamt wird für die realen Gesamtimporte von Waren und Dienstleistungen ein Wachstum von 1,7% im Jahr 2025 und 2,3% im Jahr 2026 erwartet.** Die Handelsbilanz wird 2024 mit einem Überschuss von 6,2 Mrd. € erstmals seit 2007 wieder positiv bilanzieren. Begünstigt wurde diese Entwicklung vor allem von rückläufigen Importpreisen sowie einem auch mengenmäßig stärkeren Rückgang der Importe. Der Handelsbilanzüberschuss entspricht 2024 etwa 1,3% des österreichischen BIP und wird sich bis 2026 auf 0,5% verringern. Insgesamt tragen die verbesserten Güter- und Reiseverkehrsbilanzen zu einem Leistungsbilanzüberschuss bei, der 2024 bei 11,5 Mrd. € liegt und im Prognosezeitraum bis 2026 bei rund 2% des BIP stabil bleiben dürfte.

Die Prognose birgt erhebliche Abwärtsrisiken, insbesondere durch Unsicherheiten über die EU-Budgetkonsolidierungen, die fiskal- und handelspolitischen Maßnahmen des neuen US-Präsidenten und die Erholung der Industrie- und Investitionskonjunktur. Zusätzlich könnten mögliche neue Zölle der USA gegenüber Handelspartnern wie China, Mexiko, Kanada und die EU die globalen Handelsbeziehungen weiter belasten. Die aktuellen Prognoseannahmen spiegeln den aktuellen Stand der Zollmaßnahmen von Donald Trump mit Redaktionsschluss 12. Februar 2025 ziemlich gut wider. Weitere Eskalationsschritte würden einen Revisionsbedarf der Prognose nach unten nach sich ziehen.

Kapitel 5 beleuchtet mittelfristige Trends, die das globale Wirtschaftsgeschehen und das regelbasierte Handelssystem nachhaltig prägen könnten. Aktuelle empirische Untersuchungen der internationalen Handelsmuster zeigen, dass die geopolitische Fragmentierung der Handelsbeziehungen zunimmt, wobei der US-Block (USA plus verbündete Volkswirtschaften) mit knapp 50% den globalen Handel weiterhin dominiert. Der China-Block trägt etwa 10% bei, während die Exporte des China-Blocks in den US-Block fast 15% des Welthandels ausmachen. Die Bedeutung des regelbasierten WTO-Systems bleibt hoch, auch wenn es zunehmend unter Druck gerät. Rund ein Drittel des globalen Handels entfällt auf die EU, die einer der größten Handelsakteure ist. Dienstleistungen machen mehr als ein Drittel (35%) der globalen Handelsströme aus und gewinnen zunehmend an Bedeutung. Handelsbarrieren im Dienstleistungshandel werden somit noch stärker in den geopolitischen Fokus geraten.

Die EU scheint sich dieser Rahmenbedingungen bewusst zu sein und arbeitet an neuen Freihandelsabkommen. Sie bemüht sich Abhängigkeiten bei kritischen Rohstoffen zu reduzieren, bleibt in den nächsten Jahren aber noch stark auf Energieimporte angewiesen. Industriepolitische Maßnahmen nehmen weltweit und vor allem in den wichtigsten globalen Volkswirtschaften zu. Die EU verfolgt mit den "Global Gateway"-Partnerschaften eine Stärkung ihrer internationalen Beziehungen durch entwicklungspolitische Programme. Der Umgang mit China bleibt für die EU eine Herausforderung. Die geopolitischen Unsicherheiten und möglichen erratischen Veränderungen der US-Handelspolitik gefährden das globale Handelssystem weiter. Globale und regionale Konflikte erhöhen die Unsicherheiten, besonders für die EU, die mit erheblichen strukturellen und geopolitischen Herausforderungen konfrontiert ist. Insgesamt bleibt die Stabilität des internationalen Handels in Zeiten multipler Krisen ungewiss.

Das abschließende Kapitel 6 fasst die Hauptergebnisse des Jahresgutachtens zusammen und formuliert wirtschafts- und handelspolitische Empfehlungen. Im Zentrum der Diskussion stehen die möglichen Folgen der Präsidentschaft von Donald Trump für das regelbasierte Welthandelssystem und es wird der Frage nachgegangen, wie die EU und andere wichtige Handelspartner auf die US-Politik reagieren könnten. Bei all den handelspolitischen Herausforderungen darf jedoch die Frage nach der mittel- bis langfristigen Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft nicht außer Acht gelassen werden. Der Ende Jänner 2025 vorgestellte "Kompass für Wettbewerbsfähigkeit" mit seinem "Rettungsplan" schlägt ein erstes Maßnahmenbündel vor, welches sich explizit mit dem Thema der europäischen Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Kontext und vor allem gegenüber den USA und China beschäftigt.

2. Internationale Rahmenbedingungen

Vasily Astrov

2.1 Konjunktorentwicklung

2.1.1 Globale Konjunktorentwicklung

Das globale Bruttoinlandsprodukt (BIP) wuchs im Vorjahr laut Weltbank real um 2,7% und damit etwa gleich schnell wie 2023 (World Bank, 2025 und Übersicht 2.1)⁵⁾.

In den USA wuchs die Wirtschaft im Vorjahr um 2,8%, gestützt vor allem vom robusten privaten und öffentlichen Konsum sowie von Investitionen im Unternehmenssektor. Heuer dürfte die Wachstumsdynamik auf 2,3% zurückgehen. Eine weitere schnelle Lockerung der Geldpolitik ist angesichts einer hohen Kerninflation und der protektionistischen Handelspolitik der neuen Regierung von Donald Trump wenig wahrscheinlich. Die angekündigten Steuerkürzungen und eine Deregulierung der US-Wirtschaft dürften kurzfristig für Wachstumsimpulse sorgen, mittelfristig bergen diese Maßnahmen jedoch das Risiko von übermäßig hohen Budgetdefiziten bzw. könnten sie Boom-und-Bust-Zyklen zur Folge haben, mit negativen Auswirkungen auf das BIP-Wachstum. Ähnliches gilt für die Pläne der neuen Regierung, die Einwanderung stark einzuschränken, was mittelfristig zu einem Arbeitskräftemangel führen kann (IMF, 2025).

Übersicht 2.1: Reale BIP-Entwicklung der wichtigsten Volkswirtschaften

Veränderung gegen das Vorjahr in %

	2020	2021	2022	2023	2024 Schätzung	2025 Prognose	2026 Prognose
Welt	-2,9	6,4	3,2	2,8	2,7	2,7	2,7
EU	-5,6	6,3	3,5	0,4	1,0	1,4	1,5
USA	-2,2	6,1	2,5	2,9	2,8	2,3	2,0
Japan	-4,1	2,6	1,0	1,7	0,0	1,2	0,9
EU 11	-3,3	6,5	4,1	0,8	1,9	2,8	2,7
MOSOEL 23	-2,0	6,9	1,0	3,3	3,1	2,7	2,8
China	2,2	8,4	3,0	5,2	4,9	4,5	4,0

Anmerkung: EU 11 umfasst Tschechien, Slowakei, Slowenien, Ungarn, Polen, Rumänien, Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Kroatien. MOSOEL 23 umfasst EU 11, Albanien, Bosnien-Herzegowina, Belarus, Kasachstan, Moldau, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien, Russland, Türkei, Ukraine, Kosovo.

Quelle: Welt, China, USA und Japan: Weltbank, 2024; Schätzung und Prognosen: Weltbank, Global Economic Prospects, Jänner 2025. EU 27: Eurostat, 2024; Schätzung und Prognosen: WIFO, Dezember 2024. EU 11 und MOSOEL 23: wiiw, 2024; Schätzung und Prognosen: wiiw, Jänner 2025.

Die Trendverlangsamung des BIP-Wachstums in China setzt sich 2024 fort. Nach einem Wachstum von 5,2% 2023 expandierte die Wirtschaft im Vorjahr um 4,9%, und für heuer ist mit einer weiteren Verlangsamung des BIP-Wachstums auf 4,5% zu rechnen. Einerseits tragen die starke Exportleistung und die hohen öffentlichen Infrastrukturausgaben positiv zum Wachstum bei, andererseits ist die Konsumentenstimmung weitgehend eingetrübt, nicht zuletzt wegen der

⁵⁾ Alle BIP-Wachstumsraten in Kapitel 2.1 sind als reale und somit preisbereinigte Werte angegeben.

anhaltenden Immobilienkrise. Angesichts der schrumpfenden Bevölkerung und der mit großer Wahrscheinlichkeit bevorstehenden wirtschaftspolitischen Auseinandersetzung mit den USA ist auch mittelfristig kaum mit einer signifikanten Beschleunigung des BIP-Wachstums in China zu rechnen (UN, 2025).

In der EU kam das BIP-Wachstum 2024 nicht über 1% hinaus. Auch für 2025 ist nur mit einer leichten Wachstumsbeschleunigung auf 1,4% zu rechnen. Der erwartete Rückgang der Inflation, eine weitere geldpolitische Lockerung und die relativ gute Arbeitsmarktlage werden die europäische Binnennachfrage stützen, auch wenn diese positiven Effekte durch die bevorstehenden und notwendigen Budgetkonsolidierungsmaßnahmen in mehreren EU-Ländern (darunter Frankreich, Italien und Österreich) teilweise konterkariert werden (OECD, 2024a). Viele EU-Länder verstoßen gegen die 2024 wieder in Kraft gesetzten EU-Maastricht-Kriterien für Neuverschuldung und Verschuldungsstand. Darüber hinaus sehen sich die Industriesektoren in mehreren EU-Ländern, allen voran Deutschland, mit einer konjunkturellen Schwäche aber eben auch strukturellen Problemen konfrontiert, die durch die wahrscheinliche Erhöhung der Importzölle in den USA verstärkt werden können.

Die Wirtschaft der mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedsländer (EU 11) konnte sich der Konjunkturlaute in Deutschland dank ihrer lebhafteren Binnennachfrage teilweise entziehen und wuchs 2024 im Durchschnitt um 1,9%, deutlich schneller als 2023. In der gesamten Region der mittel-, ost- und südosteuropäischen Staaten (MOSOEL 23 in Übersicht 2.1) blieb das BIP-Wachstum jedoch etwa auf dem gleichen Niveau. Dies liegt in erster Linie daran, dass die Wirtschaft der Türkei, die zweitgrößte in MOSOE, um lediglich 3% expandierte (verglichen mit 5,1% 2023). In Russland wuchs das BIP im Vorjahr ungeachtet hoher Inflation und stark gestiegener Zinsen erneut um nahezu 4% (wiiw, 2025).

In seiner jüngsten Prognose rechnet die Weltbank für 2025 und 2026 mit dem globalen BIP-Wachstum von jeweils 2,7%, was dem Vorjahrestempo entspricht (World Bank, 2025). Sinkende Inflation, steigende Realeinkommen und weitere geldpolitische Lockerungen in den Industriestaaten, die 2024 eingeleitet wurden, werden die globale Nachfrage stützen. Auf der anderen Seite dürften steigende geopolitische Spannungen und bewaffnete regionale Konflikte zu angebotsseitigen Engpässen führen. Das für 2025-2026 prognostizierte globale Wachstum wird unterhalb des langjährigen Durchschnitts vor der COVID-19-Pandemie (+3,2% 2010-2019) liegen (UN, 2025).

Die globale Risikoeinschätzung ist stark negativ ausgeprägt. Der monatlich berechnete Global Economic Policy Uncertainty (GEPU) Index ist zuletzt deutlich angestiegen, nachdem Donald Trump die US-Präsidentschaftswahlen gewonnen hat. Der GEPU-Index kletterte im November 2024 auf den höchsten Wert seit Oktober 2020 und den fünfthöchsten Wert in der Messgeschichte seit 1996 (Davis, 2016)⁶⁾. Im Wahlkampf stellte Donald Trump u. a. die Einführung von Zöllen in der Höhe von 10% bis 20% auf Importe aller Handelspartner und von 60% aus China in Aussicht. Inzwischen wurden seine Wahlversprechen bereits teilweise umgesetzt. Die US-Regierung hat einen 25%-igen Zoll auf die Importe von Stahl und Aluminium und einen 10%-igen Zoll

⁶⁾ Die vier Höchstwerte wurden im Laufe des Jahres 2020, im ersten Jahr der COVID-19-Pandemie, registriert (<https://policyuncertainty.com/>).

auf Waren aus China verkündet, was Vergeltungszölle seitens Chinas auf eine Reihe US-amerikanischer Waren (im Wert zwischen 10% und 15%) zur Folge hatte. Dagegen wurde die ursprünglich für den 1. Februar 2025 geplante Einführung von 25%-igen US-Zöllen auf Importe aus Mexiko und Kanada, mit denen die USA ein Freihandelsabkommen haben, um einen Monat verschoben. All das wird das globale BIP-Wachstum dämpfen und mit großer Wahrscheinlichkeit in Handelskriegen resultieren⁷⁾. Auch der Geopolitical Risk (GPR) Index bleibt deutlich oberhalb des historischen Durchschnittswertes (Caldara & Iacoviello, 2021)⁸⁾.

2.1.2 Konjunktorentwicklung der wichtigsten österreichischen Handelspartner

Deutschland, der wichtigste Handelspartner Österreichs, verzeichnete 2024 erneut eine leichte Rezession. Nach -0,3% 2023 sank das deutsche BIP im vorigen Jahr erneut um 0,1% (Übersicht 2.2). Somit schrumpfte die Wirtschaftsleistung Deutschlands zwei Jahre in Folge, zum ersten Mal seit den frühen 2000er-Jahren. Für die enttäuschende Wachstumsperformance im Vorjahr waren vor allem rückläufige Investitionen (-2,9%) sowie stagnierende Exporte verantwortlich, während der private Konsum von der niedrigeren Inflation und gesunkenen Zinsen nur mäßig profitierte und um lediglich 0,4% zulegte (OECD, 2024a). Hohe Energiepreise belasten weiterhin die energieintensiven Industriebranchen, wie die metallverarbeitende oder die chemische Industrie⁹⁾, während die für Deutschland sehr wichtige Pkw-Industrie dem stark angestiegenen Konkurrenzdruck seitens chinesischer Produzenten ausgesetzt ist¹⁰⁾. Für 2025 ist aus heutiger Sicht zwar ein mäßiges BIP-Wachstum von 0,4% zu erwarten, die Risiken sind jedoch vorwiegend nach unten gerichtet. Sollte die neue US-Regierung unter Donald Trump tatsächlich hohe Importzölle auf europäische Waren verhängen, würde dies die stark exportabhängige Wirtschaft Deutschlands hart treffen (Felbermayr et al., 2024a)¹¹⁾.

Die Konjunkturflaute in Deutschland und die strukturellen Probleme der deutschen Autoindustrie haben auch negative Auswirkungen auf viele Länder in Mittel- und Osteuropa, deren Industriesektor ebenfalls geplagt ist. **Dies trifft insbesondere auch für die für den österreichischen Außenhandel wichtigen Länder Tschechien und Ungarn zu, deren Industrie stark auf die Autoherstellung spezialisiert ist und deren Exporte zum großen Teil nach Deutschland gehen. Beide**

⁷⁾ Laut den Weltbank-Simulationen würde z. B. die Anhebung der US-Importzölle auf alle Handelspartner um 10 Prozentpunkte das globale BIP-Wachstum heuer um 0,2 Prozentpunkte dämpfen. Sollte es dabei auch zu Vergeltungszöllen im gleichen Ausmaß von den Handelspartnern kommen, würden die Wachstumseinbußen noch höher ausfallen (-0,3 Prozentpunkte; World Bank, 2025).

⁸⁾ <https://www.matteoiacoviello.com/gpr.htm>.

⁹⁾ Als Reaktion darauf (und die gestiegene Konkurrenz seitens asiatischer Produzenten) hat z. B. Thyssenkrupp im vorigen Jahr angekündigt, die Produktion im größten Stahlwerk Europas in Duisburg zu kürzen und Jobs abzubauen (<https://www.reuters.com/markets/commodities/thyssenkrupp-steel-reduce-production-capacity-cut-jobs-2024-04-11/>).

¹⁰⁾ Der größte deutsche (und europäische) Autoproduzent VW plante sogar die Schließung von zwei Autowerken in Deutschland. Eines davon (in Osnabrück) könnte jedoch Meldungen zufolge von einem chinesischen Autoproduzenten übernommen werden (<https://www.reuters.com/business/autos-transportation/chinese-buyers-interested-unwanted-german-volkswagen-factories-source-says-2025-01-16/>).

¹¹⁾ Laut einer jüngsten Studie würde eine Anhebung der US-Importzölle gegenüber China auf 60% und gegenüber den restlichen Ländern auf 10% das BIP Deutschlands um etwa 0,2% reduzieren. Ein Zerfall der WTO würde kurzfristige Einkommensverluste von 0,5% mit sich bringen, eine Fragmentierung des globalen Handels in regionale Blöcke könnte das BIP Deutschlands sogar um 3% senken (Felbermayr et al., 2024a).

Länder verzeichneten im Vorjahr ein BIP-Wachstum von nur 1% (Tschechien) bzw. 0,5% (Ungarn). In Ungarn spielten auch die nur geringen Zuflüsse von EU-Transfers eine Rolle, die angesichts des langjährigen Streits mit der Europäischen Kommission in puncto Rechtsstaatlichkeit einen Rückgang der Investitionen zur Folge hatten. In Polen dagegen, dessen Wirtschaft weniger von Deutschland abhängig ist, wuchs die Wirtschaft 2024 um 2,8%. Für alle drei Länder ist für 2025 eine deutliche Beschleunigung des BIP-Wachstums zu erwarten, vor allem aufgrund sinkender Inflation und weiterer geldpolitischer Lockerungen (wiiv, 2025).

Übersicht 2.2: Reale BIP-Entwicklung der wichtigsten österreichischen Handelspartner

Veränderung gegen das Vorjahr in %

		2020	2021	2022	2023	2024 Schätzung	2025 Prognose	2026 Prognose
1	Deutschland	-4,1	3,7	1,4	-0,3	-0,1	0,4	0,8
2	USA	-2,2	6,1	2,5	2,9	2,8	2,3	2,0
3	Italien	-8,9	8,9	4,7	0,7	0,5	0,7	0,7
4	Schweiz	-2,1	5,6	3,0	0,7	1,3	1,2	1,8
5	Belgien	-4,8	6,2	4,2	0,8	1,1	1,2	1,5
6	Polen	-2,0	6,9	5,3	0,1	2,8	3,5	3,0
7	Frankreich	-7,4	6,9	2,6	0,9	1,1	0,8	1,1
8	Ungarn	-4,3	7,1	4,3	-0,9	0,5	2,2	2,5
9	Tschechien	-5,3	4,0	2,8	-0,1	1,0	2,5	2,7
10	Vereinigtes Königreich	-10,3	8,6	4,8	0,3	0,9	1,4	1,7

Quelle: Deutschland, Italien, Schweiz und Frankreich: Eurostat, 2024; Schätzung und Prognosen: WIFO, Dezember 2024. Belgien: Eurostat, 2024; Schätzung und Prognosen: Europäische Kommission, Herbstprognose 2024. USA und Vereinigtes Königreich: Weltbank, 2024; Schätzung und Prognosen: Weltbank, Global Economic Prospects, Jänner 2025. Ungarn, Polen und Tschechien: wiiv Annual Database; 2024; Schätzung: wiiv, Jänner 2025.

In Frankreich, Belgien und dem Vereinigten Königreich stieg das BIP im Vorjahr um etwa 1%, in Italien nur um 0,5%. Für Belgien und Italien ist auch für heuer kaum mit einer nennenswerten Belebung der Wirtschaft zu rechnen, während in Frankreich das Wachstum auf 0,8% zurückgehen dürfte (Übersicht 2.2). Der Hauptgrund dafür ist die notwendige Budgetkonsolidierung, die die Binnennachfrage dämpfen wird. Das Haushaltsdefizit in Frankreich erreichte im Vorjahr geschätzte 6,1% des BIP, die öffentliche Verschuldung 120% des BIP. Die nur für 2025 geplanten Sparmaßnahmen belaufen sich auf 1,4% des BIP, auch wenn wahrscheinlich nicht alle Maßnahmen tatsächlich implementiert werden (OECD, 2024a).

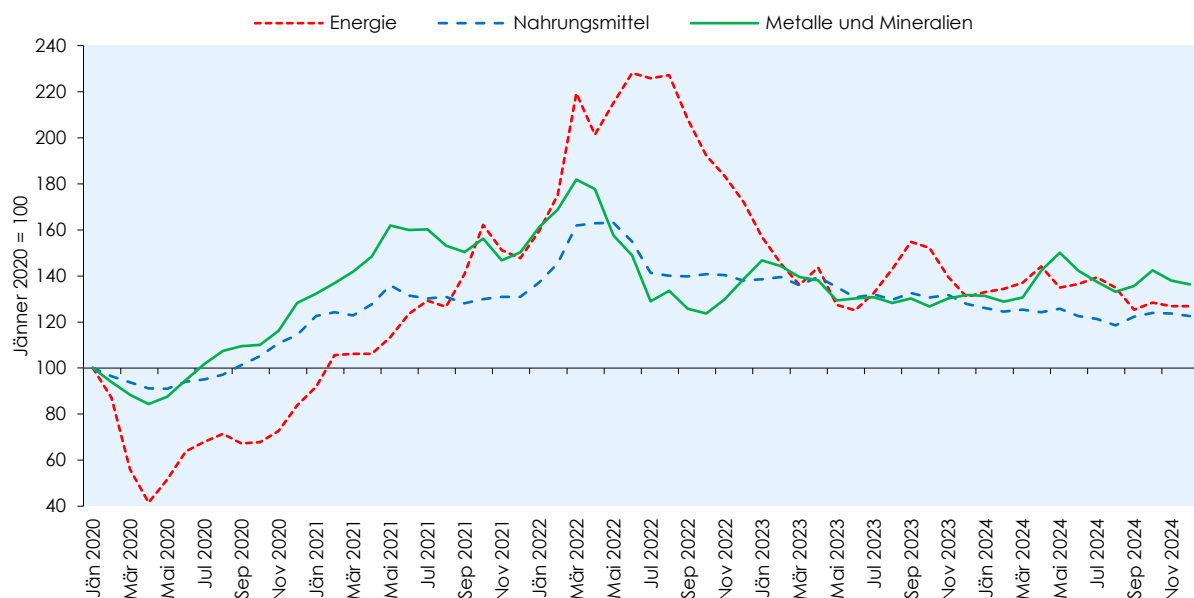
2.2 Wechselkurse und FDI

2.2.1 Geldpolitik und Wechselkurse

Der Rückgang der globalen Rohstoffpreise nach dem Höhepunkt im Jahr 2022 verlangsamte sich 2024 deutlich (Abbildung 2.1). Während die Rohstoffpreise im Jahresdurchschnitt von 2023 gegenüber dem Jahresdurchschnitt von 2022 noch um 24% sanken, waren es 2024 lediglich -3,2%. Die Energiepreise gingen im Vorjahr um 5,7% zurück, indem der durchschnittliche Erdölpreis auf 80 \$ pro Fass sank, verglichen mit 82,6 \$ 2023 und 99,8 \$ 2022. In ihrer letzten Prognose erwartet die Weltbank für 2025-2026 einen weiteren Rückgang der Energiepreise etwa im selben Tempo wie im Vorjahr (World Bank, 2025). Dazu dürften einerseits die schwache Nachfrage aus China und andererseits die erwartete Steigerung der Erdölproduktion in den Nicht-OPEC+-Ländern, darunter die USA, beitragen (IMF, 2025).

Die regionalen Unterschiede in den Energiepreisen sind jedoch teilweise erheblich. Dies betrifft insbesondere Energieträger, bei denen eine globale Arbitrage nur begrenzt funktioniert, wie z. B. beim Erdgas¹²⁾. In der EU beispielsweise sind die Energiepreise insgesamt derzeit etwa doppelt so hoch wie in den USA und für Erdgas sogar viermal so hoch, was wiederum den EU- Wirtschaftsstandort vor allem für die energieintensive Industrieproduktion schwächt¹³⁾. Nachdem der Transit von russischem Gas über die Ukraine am 1. Jänner 2025 vollständig zum Erliegen kam (Astrov & Hanzl-Weiß, 2025), ist die EU umso mehr auf relativ teurere Importe von Flüssiggas (LNG) angewiesen.

Abbildung 2.1: Entwicklung des globalen Rohstoffpreisindex



Quelle: Weltbank.

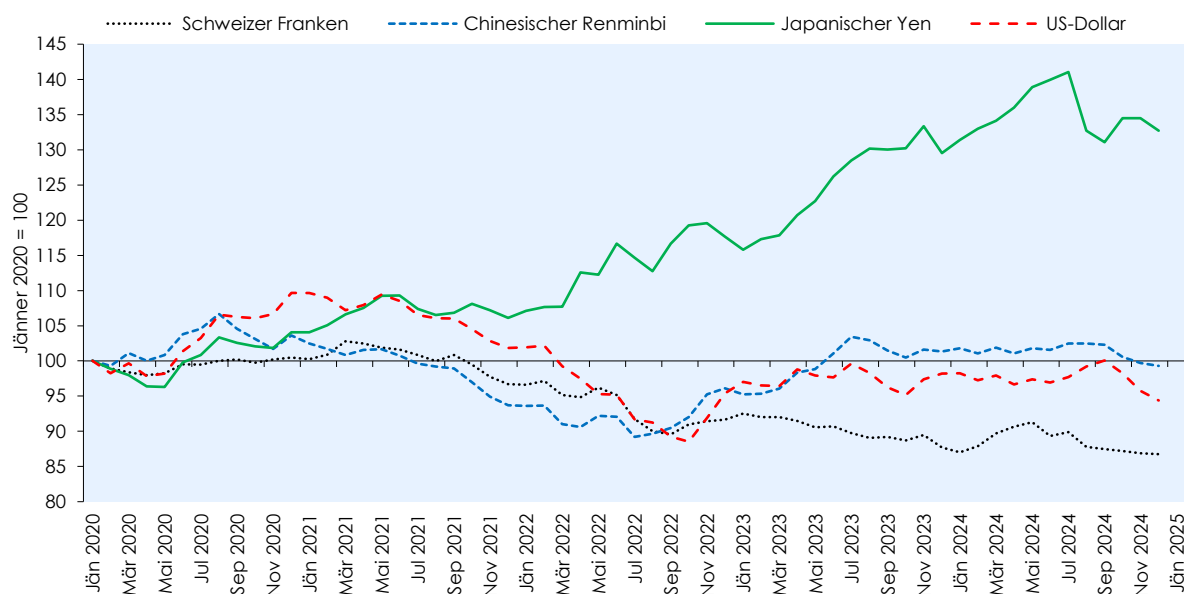
Nachlassende globale Rohstoffpreise und die verzögerte Wirkung der massiven geldpolitischen Straffung 2022-2023 durch die führenden Zentralbanken trugen zu einem weiteren Rückgang der globalen Inflation bei. 2023 betrug diese 6,7%, 2024 dann 5,7%. Die Teuerungsrate bei den Gütern ist inzwischen auf den langfristigen Durchschnitt gesunken, bei den Dienstleistungen bleibt sie jedoch in vielen Ländern, darunter in den USA und der EU, darüber. In seiner letzten Prognose rechnet der IMF mit einem weiteren Inflationsrückgang auf 4,2% 2025 und 3,5% 2026, was weitere Zinssenkungsschritte ermöglichen wird (IMF, 2025).

¹²⁾ Die globale Arbitrage ist nur beim Flüssiggas (LNG) gegeben, das ähnlich wie Erdöl über Schiffe transportiert werden kann. Ein Großteil vom Erdgastransport findet jedoch nach wie vor über die Pipelines statt.

¹³⁾ Europe's new normal: High energy bills, fading industry and one chance to fix it (<https://www.politico.eu/article/europe-energy-bills-germany-brussels-pipeline-prices/>).

Als Ergebnis wurde die Geldpolitik von den meisten führenden Zentralbanken ab der zweiten Jahreshälfte 2024 deutlich gelockert. So senkte die US-Fed ihren Leitzins zwischen August und Dezember 2024 um insgesamt 1 Prozentpunkt, auf 4,25% bis 4,5%¹⁴⁾ Das Ausmaß der Zinssenkung durch die EZB war vergleichbar: der Hauptrefinanzierungssatz wurde seit Juni 2024 um insgesamt 1,1 Prozentpunkte gesenkt und liegt aktuell bei 3,15%¹⁵⁾. Da die Zinssenkungen durch die US-Fed und die EZB weitgehend parallel erfolgten, blieb der Dollar-Euro-Wechselkurs bis August zumeist stabil. Zwischen September und Dezember 2024 verlor jedoch der Euro etwa 6% gegenüber dem US-Dollar nominell an Wert und erreichte nahezu eine Parität, was zum Teil auf die anhaltende Konjunkturschwäche im Euro-Raum zurückzuführen ist. Gegenüber dem chinesischen Renminbi belief sich die Euroabwertung im gleichen Zeitraum auf etwa 3% (Abbildung 2.2).

Abbildung 2.2: Nominelle Wechselkursentwicklung des Euro gegenüber wesentlichen Weltwährungen



Anmerkung: Wechselkurse ausgedrückt als jeweilige nationale Währung je Euro. Ein steigender (fallender) Index zeigt daher eine Aufwertung (Abwertung) des Euro an.

Quelle: Eurostat, wiiw-Berechnungen.

Eine protektionistische Handelspolitik der neuen US-Regierung wird den US-Dollar auch im Laufe des Jahres 2025 auf einem hohen Wechselkursniveau halten. Einerseits dürfte sie die Wachstumsdynamik in den stark von Exporten in die USA abhängigen Weltregionen (darunter China und der Euro-Raum) verlangsamen und somit die Währungen dieser Volkswirtschaften unter Druck setzen. Andererseits werden höhere Importzölle den weiteren Rückgang der Inflation in den USA zumindest abbremsen, und relativ hohe Zinsen und Kapitalzuflüsse in die USA mit sich bringen. Die Stärke des US-Dollar auf den globalen Finanzmärkten wird eine

¹⁴⁾ <https://www.federalreserve.gov/newsevents/pressreleases/monetary20241218a.htm>.

¹⁵⁾ https://www.ecb.europa.eu/stats/policy_and_exchange_rates/key_ecb_interest_rates/html/index.en.html.

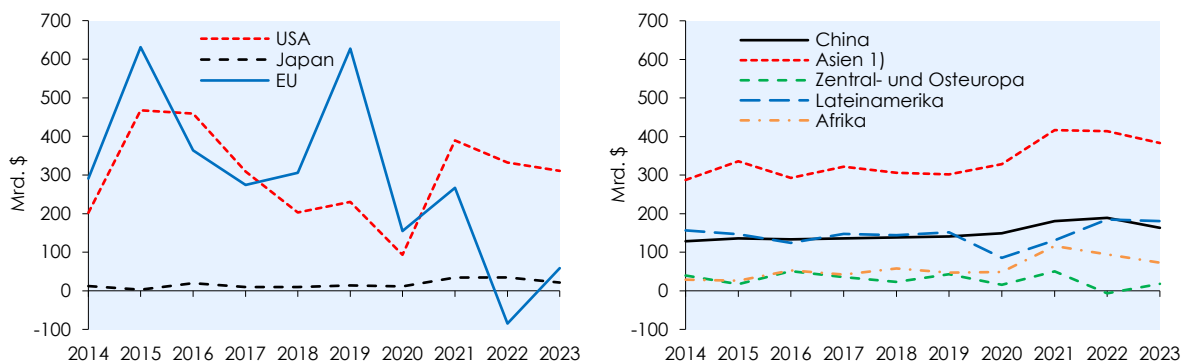
Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen für viele Schwellen- und Entwicklungsländer zur Folge haben (IMF, 2025). Mittelfristig könnten jedoch die höhere Inflation und ein schwächeres Wirtschaftswachstum in den USA einen Abwertungsdruck auf den US-Dollar generieren. Entscheidend werden letztlich die Reaktionen der Marktteilnehmer und der Fed sein. Falls die Zinsen hoch bleiben, könnte der US-Dollar weiterhin stark bleiben.

2.2.2 FDI-Entwicklungen

Nach dem Einbruch um mehr als 10% 2023 erholte sich die globale FDI-Aktivität in der ersten Jahreshälfte 2024 um lediglich +1%¹⁶⁾ (UNCTAD, 2024a und 2024b)¹⁷⁾. Der Rückgang bei den grenzüberschreitenden Fusionen und Übernahmen (M&As) sowie bei den internationalen Projektfinanzierungen (vor allem Infrastrukturprojekte) setzte sich fort. So ging der Wert der M&As um 46% in der ersten Jahreshälfte 2023 und um 5% in der ersten Jahreshälfte 2024 zurück. Bei den internationalen Projektfinanzierungen waren es jeweils -18% und -29%, was vor allem auf die hohen Finanzierungskosten zurückzuführen ist.

Nach einem Anstieg um 5% 2023 ging der Wert der angekündigten Greenfield-Projekte in der ersten Jahreshälfte 2024 wieder um 4% zurück. Die Investitionszurückhaltung multinationaler Konzerne lässt sich vorwiegend durch geopolitische Krisen und die zunehmende Fragmentierung der Weltwirtschaft erklären. Dabei gab es allerdings große Unterschiede zwischen den einzelnen Sektoren. So verzeichneten in der ersten Jahreshälfte die pharmazeutische Industrie, die ICT und die Elektronik starke Zuwächse bei den Greenfield-Projekten von 73%, 66% und 50%, während der Energiesektor starke Einbußen hinnehmen musste (UNCTAD, 2024b).

Abbildung 2.3: FDI-Flüsse in die wichtigsten Industrie- und Schwellenländer



Quelle: UNCTAD, wiw-Berechnungen.- ¹⁾ Mit Hongkong und Taiwan.

Die USA und Afrika profitierten von höheren FDI-Zuflüssen. Die FDI-Flüsse in die USA stiegen in der ersten Jahreshälfte 2024 um 9%. Dies war zum Teil den großen M&A-Deals zu verdanken, wie der Übernahme der US-Versicherung NFP durch das irische Aon (13 Mrd. \$) sowie von East

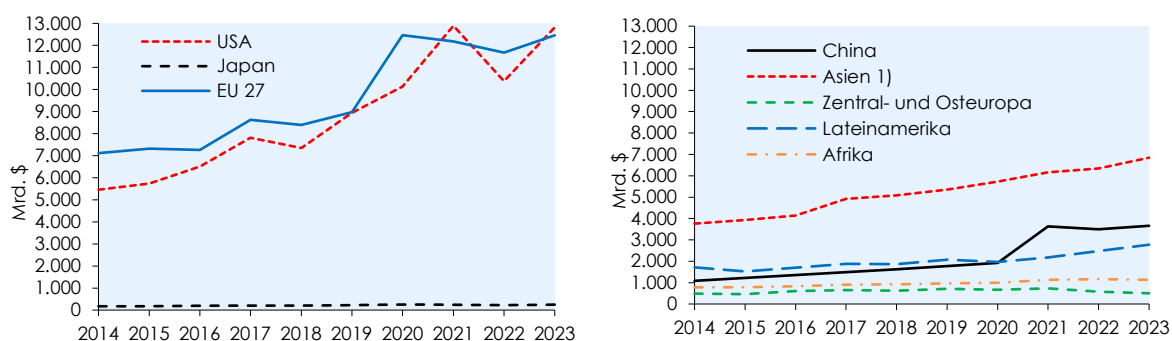
¹⁶⁾ Die Direktinvestitionszahlen beruhen auf einen Vergleich mit dem Halbjahresdurchschnitt von 2023.

¹⁷⁾ Diese Wachstumsraten berücksichtigen nicht die FDI-Flüsse durch die europäischen Conduit-Länder. Würde man die Letzteren dazu rechnen, ergäbe sich nur ein leichtes Minus von 2% 2023 und ein starkes Plus von 25% in der ersten Jahreshälfte 2024.

Ohio Gas durch das kanadische Enbridge (6,6 Mrd. \$). Außerdem lockten die USA im Rahmen ihrer Strategie zur Diversifizierung von Lieferketten und einer Förderung heimischer Produktion die drei weltweit größten Greenfield-Projekte (alle im Halbleitersektor) im Gesamtwert von etwa 60 Mrd. \$ an. Die rasante Zunahme der FDI-Flüsse nach Afrika, um 161% im selben Zeitraum, war vor allem einem 35 Mrd. \$-schweren Infrastrukturprojekt in Ägypten geschuldet.

Dagegen gingen die FDI-Flüsse nach Europa im selben Zeitraum um 15% zurück. Die enttäuschende Performance Europas war in erster Linie durch die Einbrüche in Italien, Polen und Schweden bedingt, während die Zuflüsse nach Deutschland und Frankreich um jeweils 8% und 16% zunahmen. Der Wert der angekündigten Greenfield-Projekte in der EU sank um 25%. Im Jahresvergleich lockte Europa 800 weniger Greenfield-Projekte an, wobei vor allem Deutschland, Polen und Frankreich starke Rückgänge verzeichneten. Der Wert der internationalen Projektfinanzierungen in der EU insgesamt brach sogar um 35% ein. Italien lockte allerdings ein 6,6 Mrd. \$-schweres Infrastrukturprojekt an, das den Bau von 14 Offshore-Windkraftwerken umfasst, das vom deutschen Unternehmen BayWa finanziert wurde (UNCTAD, 2024b).

Abbildung 2.4: FDI-Bestände in den wichtigsten Industrie- und Schwellenländern

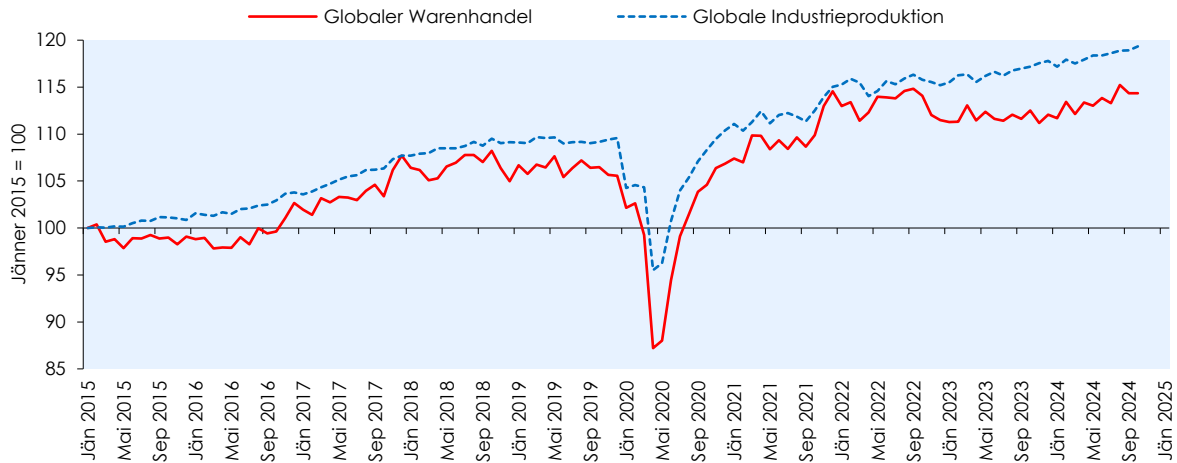


Quelle: UNCTAD, wiw-Berechnungen. – 1) Mit Hongkong und Taiwan.

2.3 Entwicklung des Außenhandels

Die globale Außenhandelsschwäche, die 2023 zu beobachten war, wurde im Vorjahr weitgehend überwunden. Nach einem Wachstum von 0,8% 2023 stieg das globale Handelsvolumen mit Gütern und Dienstleistungen 2024 um geschätzte 2,7% (World Bank, 2025). Dafür war vor allem die Erholung des Güterhandels nach dem Rückgang um 1,2% im Jahre 2023 ausschlaggebend (Hendriks et al., 2024). Im Laufe des Jahres 2024 nahm der Güterhandel generell an Fahrt zu (Abbildung 2.5). Nach einem Plus von 0,5% im 1. Quartal (auf Quartalsbasis) beschleunigte sich die Außenhandelsexpansion mit Gütern auf 0,9% im 2. Quartal und 0,8% im 3. Quartal. Im Oktober 2024 erreichte das Momentum (die Veränderung des gleitenden 3-Monatsdurchschnitts gegenüber dem Durchschnitt der vorhergehenden 3 Monate) +1,1% (Hendriks et al., 2024).

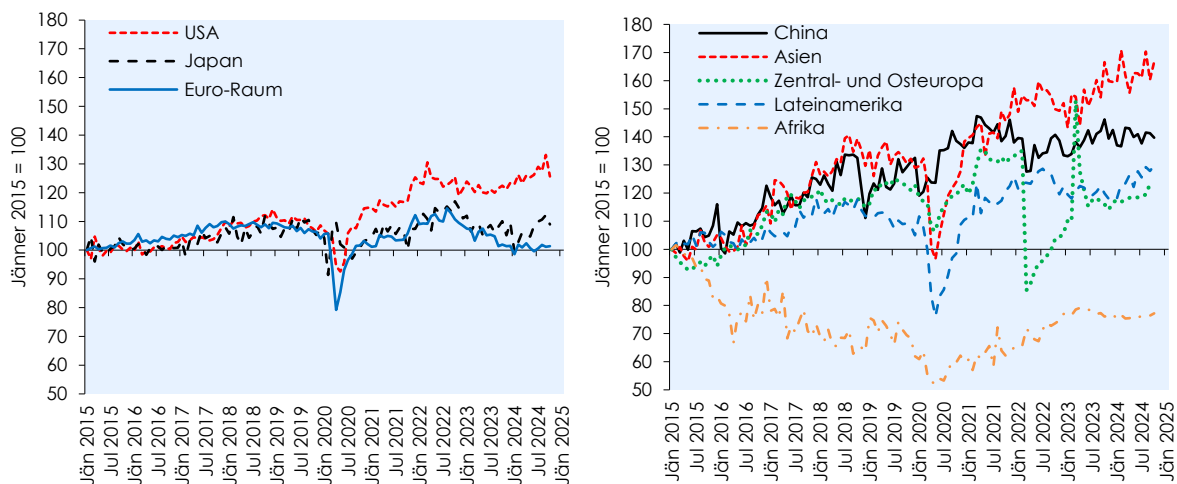
Abbildung 2.5: Entwicklung des Welthandels (real) und der globalen Industrieproduktion



Anmerkung: Globale Industrieproduktion – Ländergewichtung nach Industrieproduktion.
 Quelle: Netherlands Bureau for Economic Policy Analysis (CPB), World-trade monitor.

Die rezente Erholung des Güterhandels wurde vor allem von den Industriestaaten getragen (Abbildung 2.6). Während die realen Güterimporte der Industriestaaten im Jahre 2023 noch um 4,3% zurückgingen, waren sie ab dem 2. Quartal 2024 generell im Steigen (auf Quartalsbasis) begriffen. Vor allem die USA wiesen einen Anstieg der Importe in den ersten drei Quartalen 2024 auf, während die Importe im Euro-Raum sich eher schleppend entwickelten (Hendriks et al., 2024). Der Außenhandel der Entwicklungs- und Schwellenländer wuchs auch im Vorjahr wesentlich schneller als in den Industriestaaten (mit Ausnahme der USA), was im Einklang mit ihrer insgesamt besseren BIP-Wachstumsdynamik steht (World Bank, 2025). Ihr geringes Gewicht (gemessen am BIP) in der Weltwirtschaft führte jedoch dazu, dass die positive Gesamtentwicklung auf eine Verbesserung in den Industriestaaten zurückzuführen ist.

Abbildung 2.6: Entwicklung der Warenimporte (real) in den wichtigsten Industrie- und Schwellenländern



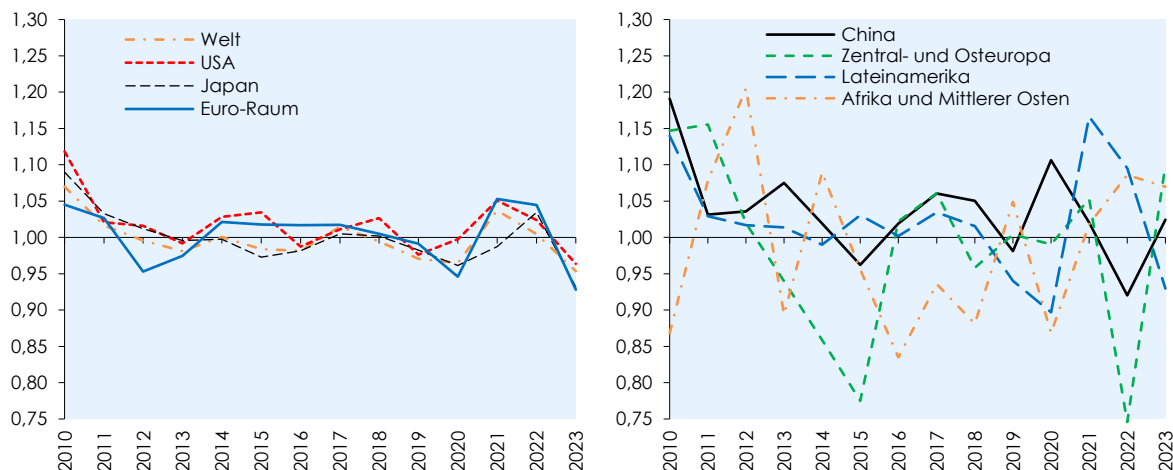
Quelle: Netherlands Bureau for Economic Policy Analysis (CPB), World-trade monitor.

Der im Vorjahr verzeichnete Anstieg des globalen Handels ist besonders bemerkenswert, da er vor dem Hintergrund einer zunehmend protektionistisch ausgerichteten Handelspolitik erfolgte.

Laut Weltbank war etwa die Anzahl der neuen Handelsbarrieren, die 2024 weltweit in Kraft gesetzt wurden, nur unwesentlich geringer als im Rekordjahr 2023 und fünfmal höher als im Durchschnitt der Jahre zwischen 2010 und 2019. Auch die Schiffs- und Frachtkosten legten in der zweiten Jahreshälfte deutlich zu, auch wenn sie hinter den Höchstständen während der COVID-19-Pandemie zurückblieben. Auf der anderen Seite wurde die Handelsexpansion in der zweiten Jahreshälfte 2024 durch einen Vorsorgeaufbau der globalen Lagerbestände gestützt, der auf die Streiks der Hafentarbeiter an der US-Ostküste sowie die von Donald Trump angeordneten hohen US-Importzölle zurückzuführen war. Gleichzeitig verlor der Handel mit Dienstleistungen, der 2023 noch rasant anstieg (zum großen Teil aufgrund von noch vorhandenem Aufholpotential beim Tourismus nach der Aufhebung der letzten COVID-19-Beschränkungen), im Vorjahr an Fahrt (World Bank, 2025).

Abbildung 2.7: Einkommenselastizität des Handels

Verhältnis des Wachstums der realen Güterimporte zum realen BIP-Wachstum



Quelle: Warenhandel – Netherlands Bureau for Economic Policy Analysis (CPB), World-trade monitor; BIP – OECD Economic Outlook Dezember 2024, WDI; wiiw-Berechnungen.

Für 2025-2026 wird eine weitere Beschleunigung der globalen Handelsexpansion mit Gütern und Dienstleistungen auf jeweils 3,1% und 3,2% erwartet. Dazu soll nicht zuletzt die erwartete Belebung des Güterhandels in der EU beitragen, der etwa ein Viertel der globalen Handelsflüsse ausmacht. Trotzdem wird die globale Handelsexpansion in den kommenden zwei Jahren unter dem Durchschnittswert der Jahre vor der COVID-19-Pandemie liegen, was einerseits auf ein relativ verhaltenes Wachstum der globalen Wirtschaft und Investitionen zurückzuführen ist, andererseits aber auch auf die große Unsicherheit in Bezug auf bevorstehende Änderungen in der Handelspolitik durch die führenden Wirtschaftsmächte, allen voran die USA (World Bank, 2025).

3. Lage der österreichischen Außenwirtschaft bis zum 3. Quartal 2024

Elisabeth Christen

3.1 Überblick

Die Schwäche der globalen Industrieproduktion und des Welthandels prägte das internationale Umfeld der österreichischen Außenwirtschaft 2024. Ein erneuter Rückgang der preislichen Wettbewerbsfähigkeit bremste maßgeblich die Dynamik des österreichischen Waren- und Dienstleistungshandels. Die Weltwirtschaft verzeichnet derzeit einen moderaten Wachstumskurs, wobei die mäßigen Impulse für die weltweite Konjunktur regional sehr unterschiedlich ausfallen. Angesichts kräftiger privater Konsumausgaben entwickelte sich die Konjunktur in den USA, dem zweitwichtigsten Exportmarkt Österreichs, trotz der hohen Leitzinsen robust (siehe Kasten 3.2). Auch für das 4. Quartal deuten Vorlaufindikatoren auf eine anhaltend positive Konsumdynamik in den USA hin (Bilek-Steindl, 2024). Besonders schwach dagegen zeigt sich die Konjunktur in Westeuropa. Die Produktionsstrukturen und Absatzmärkte vieler EU-Länder befinden sich im Nachklang der multiplen Krisen im Wandel (Ederer & Schiman-Vukan, 2024). Von diesen Entwicklungen ist vor allem Deutschland als wichtigster Handelspartner Österreichs betroffen. Die Nachfrageschwäche, die sowohl konjunktureller als auch struktureller Natur ist (Wollmershäuser et al., 2024), belastet insbesondere die auf Industriegüter spezialisierte deutsche und heimische Industrie. Zusätzlich verschlechtern die im Vergleich zu europäischen Mitbewerbern höheren Energiepreise und Lohnsteigerungen die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs.

Die zunehmende Rivalität zwischen den großen Wirtschaftsmächten verändert das handelspolitische Umfeld stark, insbesondere seit der Gründung der WTO vor 30 Jahren. Die zunehmenden Handelsspannungen haben zu einem rasanten Anstieg protektionistischer Maßnahmen und zu einer Instrumentalisierung der Handelspolitik zur Durchsetzung machtpolitischer Interessen geführt und die geoökonomische Rivalität zwischen den maßgeblichen Wirtschaftsmächten befeuert (Felbermayr et al., 2022). Dies hat zu einer Fragmentierung des internationalen Handels in unterschiedliche Blöcke geführt, deren grundsätzliche Einstellung zu handelspolitischen Fragen sehr gespalten ist (vgl. Kapitel 5.1)¹⁸. In der Folge haben sich die internationalen Handelsbeziehungen entlang dieser geopolitischen Linien neu ausgerichtet, sodass in den letzten Jahren der Handel innerhalb der Blöcke weitaus dynamischer wächst als zwischen den Blöcken (WTO, 2024a). Dies hat auch weitreichende Folgen für die WTO, deren Regelwerk nicht mit den aktuellen Entwicklungen Schritt halten kann (vgl. Kasten 3.1 und Kapitel 5.1). Insbesondere gegen handelsverzerrende Maßnahmen, wie den rasanten Anstieg von Subventionen, weiß die

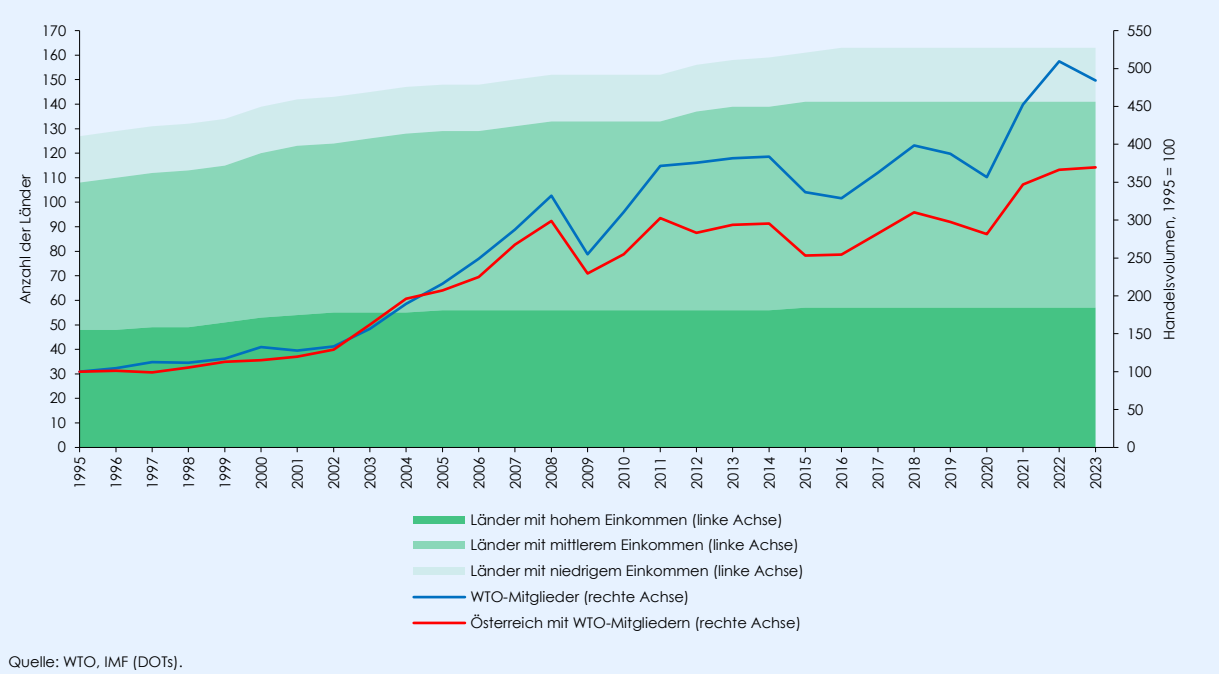
¹⁸ Aus den Abstimmungsergebnissen in der Generalversammlung der Vereinten Nationen (UN General Assembly) lassen sich für diese Frage wertvolle Informationen über die außenpolitischen Präferenzen von Staaten ablesen. Sie spiegeln die unterschiedlichen Positionen zu außenpolitischen Fragen mit globaler Bedeutung, diesbezügliche gemeinsame Interessen von Staaten und die Bildung von Abstimmungscoalitionen wider. Auswertungen der Abstimmungsergebnisse zeigen deutliche Unterschiede in den Positionen zwischen den USA sowie anderen Staaten mit einer westlichen liberalen Ordnung und jenen Russlands und Chinas.

WTO derzeit keine Antwort und verliert an Glaubwürdigkeit und Vertrauen unter ihren Mitgliedern (Schmucker & Mildner, 2023; Mildner et al., 2020).

Kasten 3.1: 30 Jahre WTO – Österreichs Vorteile aus der Mitgliedschaft

Der internationale Handel beruht maßgeblich auf dem regelbasierten Handelssystem der WTO, die 1995 das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT) abgelöst hat und als multilaterale Institution gegründet wurde. Seit 1995 haben sich die Rahmenbedingungen im Welthandelssystem allerdings erheblich verändert. Zollasymmetrien zwischen Industrie- und Entwicklungsländern wurden nicht adressiert, gleichzeitig hat der Aufstieg der Schwellenländer, insbesondere von China (seit 2011 WTO-Mitglied) und Russland (seit 2012 WTO-Mitglied), die Verhältnisse im Welthandel zugunsten dieser Länder verschoben und zu einem sprunghaften Anstieg des Handelsvolumens der WTO-Mitglieder geführt, wie Abbildung K1 veranschaulicht (vgl. Kapitel 5.1). Über den knapp 30-jährigen Zeitraum von 1995 bis 2023 wuchs das Handelsvolumen der WTO-Mitglieder im Durchschnitt um 5,8% pro Jahr. Auch Österreichs Wirtschaft profitiert im bilateralen Waren- und Dienstleistungsverkehr durch die von der WTO geschaffenen Rechtssicherheit der internationalen Handelsordnung. Diese positive und handelsfördernde Wirkung des multilateralen Handelssystems zeigt sich für Österreich in der Wachstumsdynamik des Handelsvolumens Österreichs mit anderen WTO-Mitgliedern. So hat das Handelsvolumen Österreichs mit WTO-Mitgliedern seit 1995 um durchschnittlich 4,8% pro Jahr zugelegt. Die handelsfördernden Effekte einer WTO-Mitgliedschaft werden auch in rezenten empirischen Analysen anhand von strukturellen Gravitationsmodellen bestätigt (Larch et al., 2019; Felbermayr et al., 2024b). Die Studie von Felbermayr et al. (2024b) untersucht neben Handelseffekten auch die wohlfahrtssteigernde Wirkung der WTO-Mitgliedschaft und stellt fest, dass Mitgliedsländer im Durchschnitt 3,95% an Wohlfahrt gewonnen haben, wobei die Höhe der Effekte sehr heterogen verteilt sind. Für Österreich zeigt sich ein Wohlfahrtszuwachs von rund 3%.

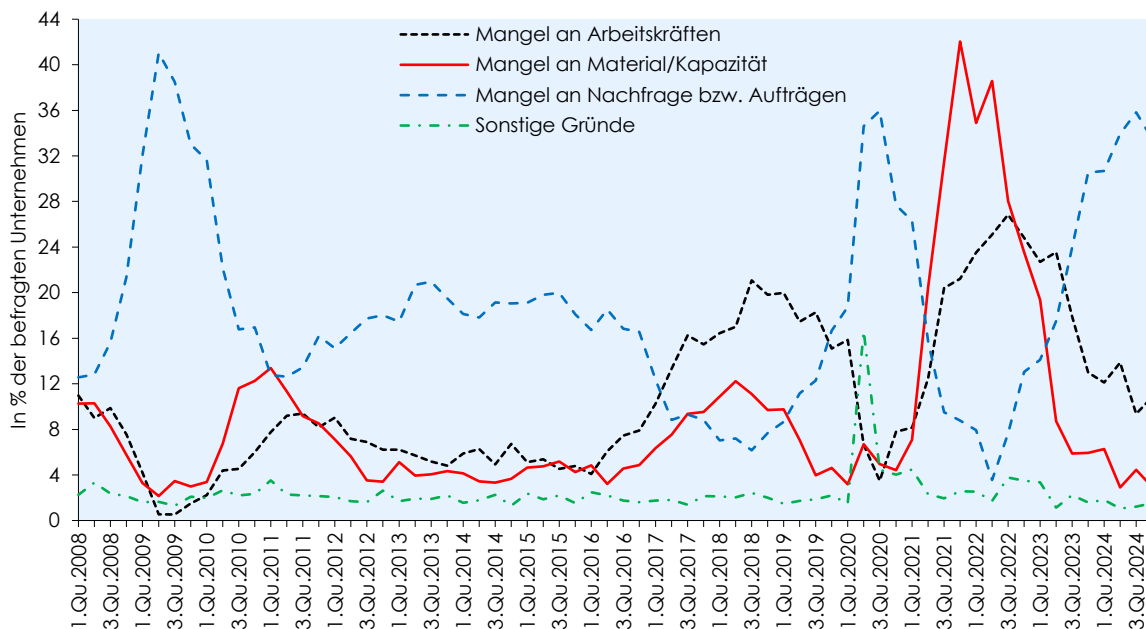
Abbildung K1: Entwicklung von WTO-Mitgliedschaft und Handelsvolumen



Nachfragezurückhaltung und mangelnde Neuaufträge wurden 2024 zum wichtigsten Produktionshindernis für österreichische Industrie- und Exportunternehmen. Beeinträchtigten in den Vorjahren noch Lieferprobleme infolge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine sowie Unsicherheiten bezüglich der Verfügbarkeit von russischem Gas die Geschäftstätigkeit der österreichischen Industrie und Exportwirtschaft, rückten aufgrund der schwachen weltwirtschaftlichen Konjunktorentwicklung im Jahresverlauf 2024 die schwache Nachfrage und der Mangel

an Neuaufrägen in den Fokus (Abbildung 3.1). So nennen 33,5% der heimischen Industrieunternehmen den Nachfragemangel als wichtigstes Produktionshemmnis, der Mangel an Arbeitskräften (10,9%) und Lieferengpässe (2,9%) spielen zurzeit nur eine untergeordnete Rolle. Aufgrund der engen Wertschöpfungsverflechtungen ist die deutsche Importnachfrage ein essenzieller Impulsgeber für die europäische und besonders die österreichische Wirtschaft. Doch seit über einem Jahr beurteilen auch die Unternehmen im Euro-Raum die ungenügende Nachfrage als größtes Produktionshindernis.

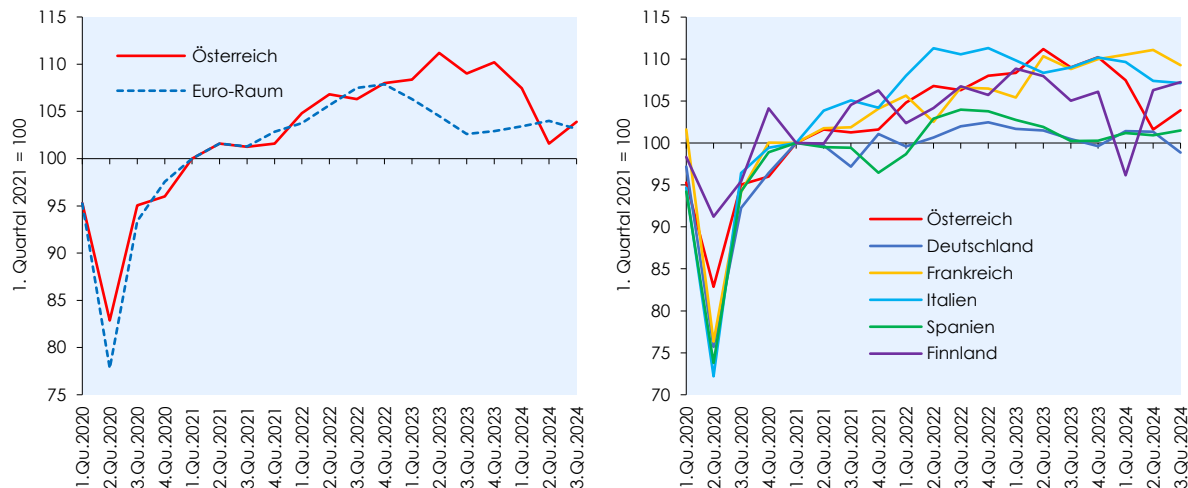
Abbildung 3.1: Beeinträchtigungen der Geschäftstätigkeit in der Sachgütererzeugung



Quelle: WIFO-Konjunkturtest.

In diesem schwierigen Umfeld verzeichneten die österreichischen Warenexporte vor allem in der ersten Jahreshälfte 2024 einen deutlichen Rückgang, zuletzt (3. Quartal) deutete sich eine leichte Erholung an. Trotz des schwierigen globalen Umfelds wuchsen die österreichischen Warenexporte 2023 deutlich kräftiger als in europäischen Vergleichsländern. Diese überdurchschnittliche Wachstumsdynamik im Jahr 2023 im Vergleich zum Euro-Raum (Abbildung 3.2) brach allerdings im 1. Quartal 2024 und noch deutlicher im 2. Quartal 2024 markant ab, sodass gegen Ende der ersten Jahreshälfte die Dynamik der saisonbereinigten heimischen Ausfuhren weitaus zurückhaltender blieb als jene des Euro-Raums. Allerdings ist auch das Bild im Euro-Raum sehr heterogen: Während die Wachstumsdynamik in Frankreich im bisherigen Jahresverlauf 2024 relativ stabil blieb und auch der massive Einbruch der preis- und saisonbereinigten Exporte Finnlands im 1. Quartal 2024 rasch wieder wettgemacht wurde, entwickelten sich die deutschen Ausfuhren, Österreichs wichtigster Handelspartner, sehr verhalten und zuletzt sogar wieder negativ. Im Gegensatz dazu zeichnete sich mit Ende September 2024 für die heimischen Exporte eine leichte Verbesserung ab, sodass gegenüber Deutschland die Wachstumsdynamik am aktuellen Rand sehr gegensätzlich verläuft. Durch die Verbesserung der saisonbereinigten österreichischen Warenexporte im 3. Quartal glich sich die Dynamik der heimischen Warenexporte wieder an jene des Euro-Raums an. Die zwei wichtigsten Wachstumsstützen für die österreichischen Warenexporte waren von Jänner bis September 2024 die USA (nominell +14,0%) und China (nominell +7,3%).

Abbildung 3.2: Entwicklung der realen Warenexporte Österreichs und des Euro-Raums
Saisonbereinigt



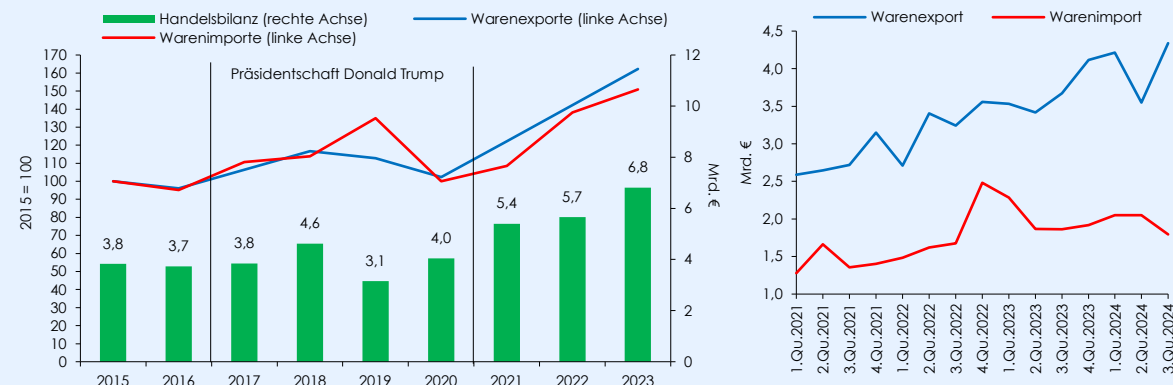
Anmerkung: Um Saisoneffekte und Arbeitstage bereinigte Exportwerte.
Quelle: Statistik Austria, Eurostat, WIFO-Berechnungen.

Innerhalb der EU ist die Bedeutung der Güternachfrage aus Deutschland vor allem für die mittel- und osteuropäischen Länder, wie auch für Österreich, sehr hoch, wodurch die auf Investitionsgüter spezialisierte österreichische Sachgütererzeugung derzeit deutlich belastet wird. Rund 7% der inländischen Wertschöpfung und 6% der heimischen Beschäftigung hängen an der Importnachfrage Deutschlands, womit Österreich unmittelbar nach Ungarn zu den mit der deutschen Volkswirtschaft am stärksten vernetzten EU-Mitgliedsländern zählt (Prognos AG, 2024). Im Gegensatz dazu weisen die südeuropäischen Länder, wie Spanien, die geringsten Verflechtungen mit Deutschland auf (Christen & Stehrer, 2024).

Kasten 3.2: Die USA als Wachstumsstütze der heimischen Exportwirtschaft

Mit einem Anteil von rund 7,3% an den österreichischen Gesamtexporten stellten die USA 2023 den zweitwichtigsten Handelspartner für die österreichische Exportwirtschaft dar. Mit einem Exportzuwachs von 14% (nominell) von Jänner bis September 2024 bildeten die Warenexporte in die USA die wichtigste Wachstumsstütze. Auch während der ersten Präsidentschaft von Donald Trump blieb die Dynamik der heimischen Warenexporte und -importe in die und aus den USA, mit Ausnahme des Krisenjahres 2020, durchwegs dynamisch. Seit 2021 und der Amtsübernahme von Joe Biden war der jährliche Exportzuwachs mit durchschnittlich etwas mehr als 15% überaus lebhaft (siehe Abbildung K2).

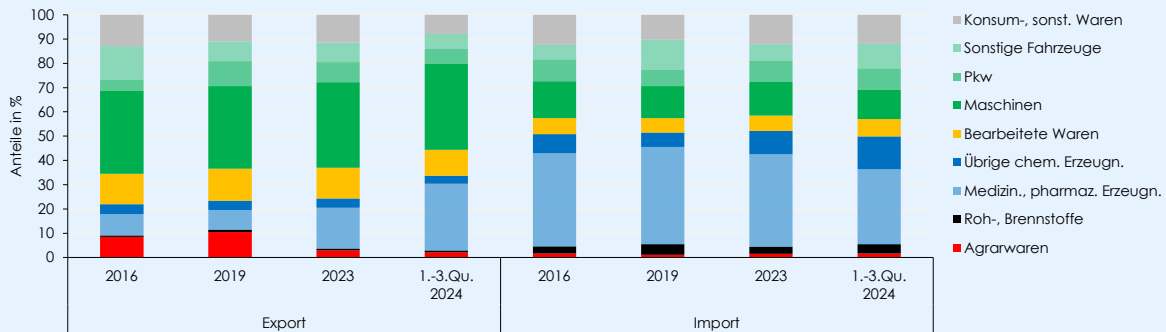
Abbildung K2: Österreichs Außenhandel mit den USA



Quelle: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond.

Besonders die anhaltend starke Nachfrage nach medizinischen und pharmazeutischen Produkten aus Österreich beflügelte diese Dynamik, sodass sich der Anteil dieser Warengruppe an den Gesamtexporten in die USA von 8,8% im Jahr 2016 auf 27,5% im bisherigen Jahresverlauf 2024 mehr als verdreifachte. Auch die Bedeutung von Maschinen- sowie Pkw-Exporten legten seit 2016 deutlich zu, wie Abbildung K3 veranschaulicht. Importseitig wurden seit 2016 vor allem verstärkt andere chemische Erzeugnisse importiert, ebenso nahm die Einfuhr sonstiger Fahrzeuge, insbesondere von Flugzeugen, an Bedeutung zu.

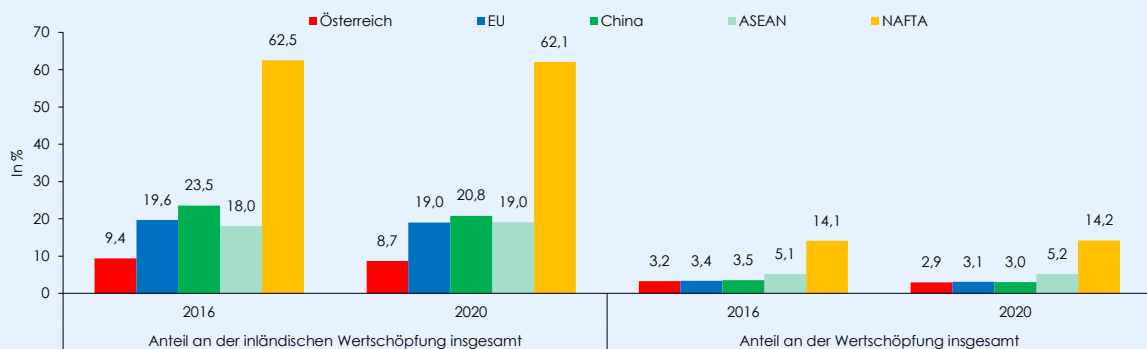
Abbildung K3: Warenstruktur des österreichischen Außenhandels mit den USA



Quelle: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond.

Neben den direkten bilateralen Handelsbeziehungen spielen zunehmend auch die indirekten Handelsverflechtungen eine Rolle. Auf Basis von detaillierten Input-Output-Tabellen ist es möglich, mehrstufige Produktionsketten nachzuvollziehen und damit die Bedeutung sowohl direkter als auch indirekter Zuliefer- und Nachfragestrukturen zu erfassen. Auf Basis der OECD TiVA Daten zeigt Abbildung K4 den Wertschöpfungsanteil der österreichischen Warenexporte in der Endnachfrage der USA in den Jahren 2016 und 2020 (letzter verfügbares Jahr).

Abbildung K4: Wertschöpfungsanteil in der Endnachfrage der USA



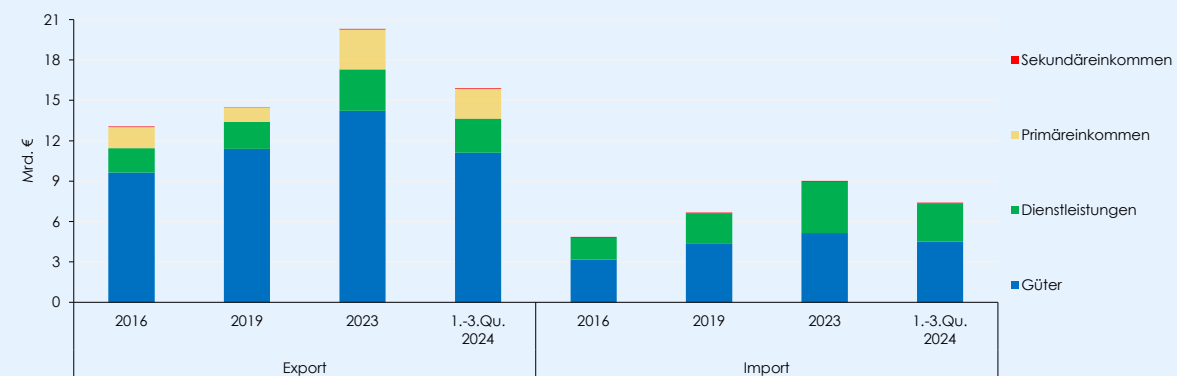
Anmerkung: ASEAN – Brunei, Kambodscha, Indonesien, Laos, Malaysia, Myanmar, Philippinen, Singapur, Thailand, Vietnam; NAFTA – Kanada, Mexiko.
Quelle: OECD TiVA ed. 2023.

Im Vergleich zu den Bruttohandelsströmen zeigt sich eine höhere Bedeutung der Endnachfrage der USA in den Wertschöpfungsströmen. Während auf Basis der Außenhandelsstatistik der Anteil der USA an den Warenexporten im Jahr 2020 6,5% betrug (2023: 7,3%; siehe Übersicht 3.2), lag der Anteil der österreichischen Wertschöpfung in der Endnachfrage der USA im Jahr 2020 bei 8,7%. Dieser Unterschied ist auf den indirekten österreichischen Wertschöpfungsgehalt in den Exporten anderer Länder, beispielsweise Deutschlands, in die USA zurückzuführen, der in konventionellen Außenhandelsdaten nicht erfasst wird. Im Vergleich zwischen 2016 und 2020 ist dieser Wertschöpfungsgehalt der österreichischen Waren leicht zurückgegangen. In der Gegenüberstellung mit anderen zentralen Handelspartnern zeigt sich, dass sich der inländische Wertschöpfungsanteil in der Endnachfrage der USA auch im EU-Durchschnitt sowie im Handel mit China verringert hat. Dies lässt sich größtenteils auf die "America First"-Strategien der USA im Zuge der ersten Präsidentschaft von Donald Trump zurückführen. Das zentrale Argument dieser wirtschafts- und handelspolitischen Agenda bildete das hohe Handelsbilanzdefizit der USA gegenüber den wichtigsten Handelspartnern. Mit massiven Zollerhöhungen, besonders gegenüber China, zielte Trump

darauf ab, eine Abschottung gegenüber Importen voranzutreiben, um die heimische Industrie vor Wettbewerb zu schützen und bilaterale Handelsungleichgewichte abzubauen. Diese ungelösten Handelsspannungen, besonders zwischen den USA und China, sind erneut ein Auslöser für die umgesetzten Zollerhöhungen der USA gegenüber zentralen Handelspartnern, wie der EU, Mexiko, Kanada und China, die für alle Länder negative Auswirkungen mit sich bringen würden (siehe Kasten 4.2).

Die Beziehungen der USA mit zentralen Handelspartnern, wie der EU, bzw. Deutschland und Österreich, erscheinen weitaus ausgewogener aus der Perspektive der Leistungsbilanz, die neben dem Warenhandel auch den Handel mit Dienstleistungen sowie die Primär- und Sekundäreinkommen berücksichtigt. Abbildung K5 zeigt die wirtschaftlichen Beziehungen Österreichs mit den USA auf Basis der Leistungsbilanz und ihrer Teilkomponenten. Wenngleich Österreich im Güterhandel mit den USA einen hohen Überschuss aufweist, der sich in den letzten Jahren deutlich ausweitete, zeigt sich bei den Dienstleistungen ein negativer Saldo von rund 0,7 Mrd. € im Jahr 2023. Während Österreich 2016 noch einen Überschuss im Dienstleistungshandel von 0,2 Mrd.€ verzeichnete, drehte sich der Saldo ins Negative und stieg in den letzten Jahren stetig an.

Abbildung K5: Österreichs Leistungsbilanz mit den USA



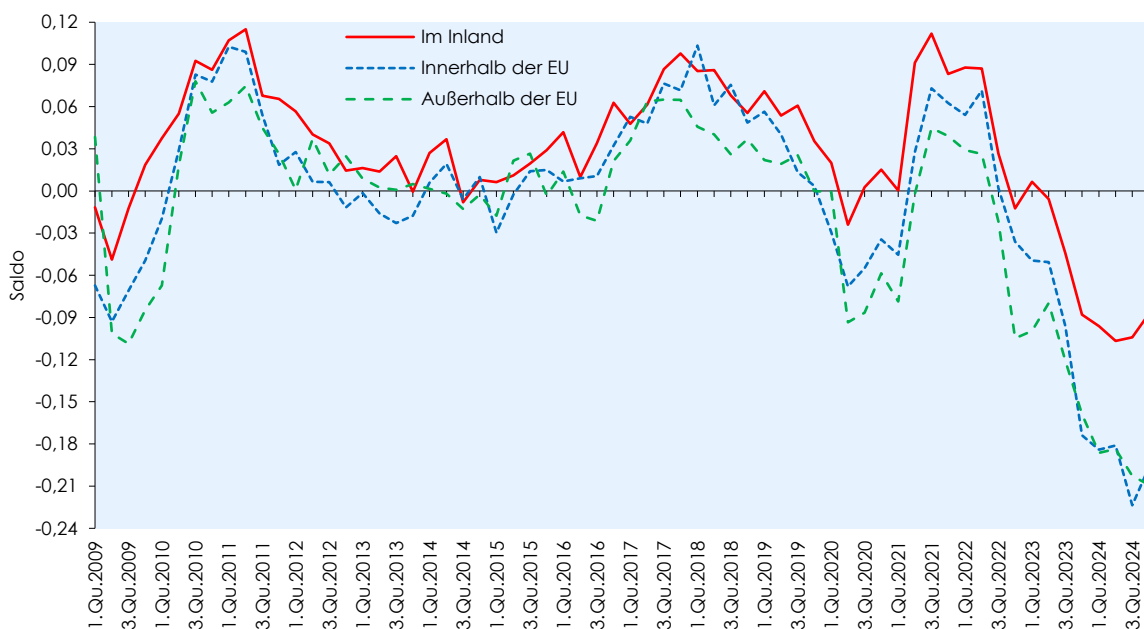
Quelle: OeNB.

Die verschlechterte Wettbewerbsposition Österreichs bringt deutliche Marktanteilsverluste im österreichischen Warenexport 2024. Dieser Rückgang von Marktanteilen ist stark durch die robuste Exportentwicklung im Jahr 2023 beeinflusst, die in Zugewinnen beim Weltmarktanteil österreichischer Warenlieferungen resultierte. Diese Steigerung des Marktanteils kann auf mehrere Faktoren zurückgeführt werden. So profitierte die österreichische Exportwirtschaft besonders von hohen Maschinenexporten nach Deutschland und in die USA und konnte durch eine nur moderate Überwälzung der hohen Preis- und Kostensteigerungen im Inland auf die Exportpreise ihre preisliche Wettbewerbsfähigkeit kurzfristig erhalten (Friesenbichler et al., 2024). Diese Schmälerung der Unternehmensgewinne birgt allerdings Risiken für die mittelfristige Entwicklung. Das Inflationsdifferenzial zwischen Österreich und dem Euro-Raum hat sich im Jahresverlauf 2024 zwar weitgehend geschlossen, Preisunterschiede bleiben allerdings bestehen. Zusätzlich sorgen die Lohnsteigerungen, die in Österreich ab 2023 deutlich stärker als im Euro-Raum ausgefallen sind, sowie die Aufwertung des Euro im Jahresverlauf 2024 für eine Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit (Baumgartner & Kaniowski, 2025). So wird der real-effektive Wechselkurs für Industriewaren nach 3,4% im Jahr 2023 um 1,1% im Jahr 2024 ansteigen. Diese Verschlechterung in der preislichen Wettbewerbsfähigkeit und ein negativer Warenstruktureffekt durch die schwache Investitionsnachfrage bei den Handelspartnern bringen für 2024 deutliche Marktanteilsverluste mit sich. **Die (nominelle) Marktanteilsentwicklung zeigt auf Basis von Daten bis zum September 2024 Verluste von 7,2% gegenüber dem Vorjahreszeitraum, vor allem aufgrund der rückläufigen Ausfuhren nach Deutschland und Italien sowie in die MOEL 5.**

Aufgrund der hohen Nachfrage nach chemischen Erzeugnissen sowie Maschinen und Fahrzeugen konnten die heimischen Exporteure ihre Marktposition in den USA (+7,4%) und in China (+4,3%) allerdings ausweiten. Gemessen an den Exporten des Euro-Raums verringerte sich der Marktanteil Österreichs im gleichen Zeitraum um 3,5%¹⁹⁾.

Diesem Bild entsprechend schätzen die heimischen Industrieunternehmen in der Dezemberumfrage 2024 des WIFO-Konjunkturtests ihre internationale Wettbewerbsposition im Vergleich zu den Mitbewerbern in der EU, aber insbesondere im Vergleich zur Konkurrenz außerhalb der EU, weiterhin sehr negativ ein (Abbildung 3.3). Allerdings scheint zumindest im Wettbewerb innerhalb der EU der Tiefpunkt mit Ende des 3. Quartals 2024 überschritten zu sein, denn erstmals zeichnete sich im 4. Quartal 2024 eine leichte Verbesserung bei der Einschätzung der Unternehmen ab. Im Vergleich zur Konkurrenz außerhalb der EU fällt die Bewertung der Unternehmen allerdings erneut schlechter aus. Historische Tiefstände erreichen die Einschätzungen zur Wettbewerbsposition vor allem in der für Österreich bedeutsamen Investitionsgüterproduktion.

Abbildung 3.3: Unternehmenseinschätzung zur eigenen Wettbewerbsposition in den letzten 3 Monaten in der Sachgütererzeugung



Anmerkung: Saldo errechnet aus dem Anteil der Unternehmen, die in den kommenden 3 Monaten eine steigende Wettbewerbsposition erwarten minus dem Anteil der Unternehmen, die in den kommenden 3 Monaten eine sinkende Wettbewerbsposition erwarten.

Quelle: WIFO-Konjunkturtest.

Auch im österreichischen Dienstleistungsaußenhandel schwächt das schwierige wirtschaftliche Umfeld die Wachstumsdynamik. Zusätzlich dämpft der relative Preisauftrieb im Tourismus die Wettbewerbsfähigkeit und Ausgabenbereitschaft ausländischer Gäste. Wenngleich der Dienstleistungsexport am Beginn des Jahres 2024 wieder vom starken Wintertourismus getragen

¹⁹⁾ Die Entwicklung nomineller Marktanteile reflektiert auch Preis- und Wechselkursveränderungen. Wird der Marktanteil für Länder im gleichen Währungsraum berechnet, gehen die Marktanteilsveränderungen ausschließlich auf die Preisveränderungen zurück.

wurde und sich ab dem 2. Quartal auch die grenzüberschreitenden Transportdienstleistungen zunehmend erholten, war auch die Entwicklung der Dienstleistungsexporte von Wachstumseinbrüchen gezeichnet. Bis zum 3. Quartal 2024 verzeichneten die preisereinigten Dienstleistungsexporte einen Rückgang um 2,1%. Damit zeigte sich der Dienstleistungshandel allerdings robuster als der österreichische Warenexport. Doch das positive Preisdifferenzial zu anderen Ländern in Europa belastet die Wettbewerbsfähigkeit des Dienstleistungssektors.

3.2 Warenaußenhandel

Die österreichischen Warenexporte schrumpften nach vorläufigen Daten der Statistik Austria bis zum Ende des 3. Quartals 2024 um 4,1% nominell und real (preisbereinigt) um 5,1% (Übersicht 3.1). Das schwache wirtschaftliche Umfeld und die flauere Industrieproduktion, insbesondere die schwache Konjunktur in Deutschland, ließen die Wachstumsdynamik in den österreichischen Hauptmärkten in Europa einbrechen. Dies ist zu einem überwiegenden Teil auf die schlechte Auftragslage, besonders in der Investitionsgüterbranche, zurückzuführen, wodurch vor allem die auf diese Länder- bzw. Warenstruktur spezialisierte heimische Exportwirtschaft massiv belastet wird. Besonders negativ für den österreichischen Export verlief die Entwicklung im ersten Halbjahr 2024. Nach einem nominellen Rückgang der Ausfuhren um 4,5% im 1. Quartal, fielen vor allem im 2. Quartal die Exportrückgänge nochmals deutlich stärker aus. Auch die heimischen Ausfuhren in die Extra-EU, die im 1. Quartal noch zulegten (+5,0%), entwickelten sich ab dem 2. Quartal 2024 rückläufig. Auch im 3. Quartal verzeichneten die heimischen Exporte einen Rückgang um 1,8% (nominell) bzw. um 4,0% (real), wobei sich der Intra-EU-Handel zuletzt aber deutlich weniger negativ entwickelte (3. Quartal nominell -1,2%). Dies ist zu einem überwiegenden Teil auf eine Verbesserung in den Ausfuhren nach Deutschland zurückzuführen. Erstmals seit dem 2. Quartal 2023 legten die Exporte nach Deutschland im Vorjahresvergleich wieder zu (+2,4%). Die zwei wichtigsten Wachstumsstützen von Jänner bis September 2024 blieben die USA (+14,0%) und China (+7,3%), wenngleich auch in diesen Märkten die Nachfrage im 2. Quartal deutlich nachließ, aber am aktuellen Rand wieder an Schwung gewann.

Übersicht 3.1: Österreichs Warenaußenhandel im Überblick

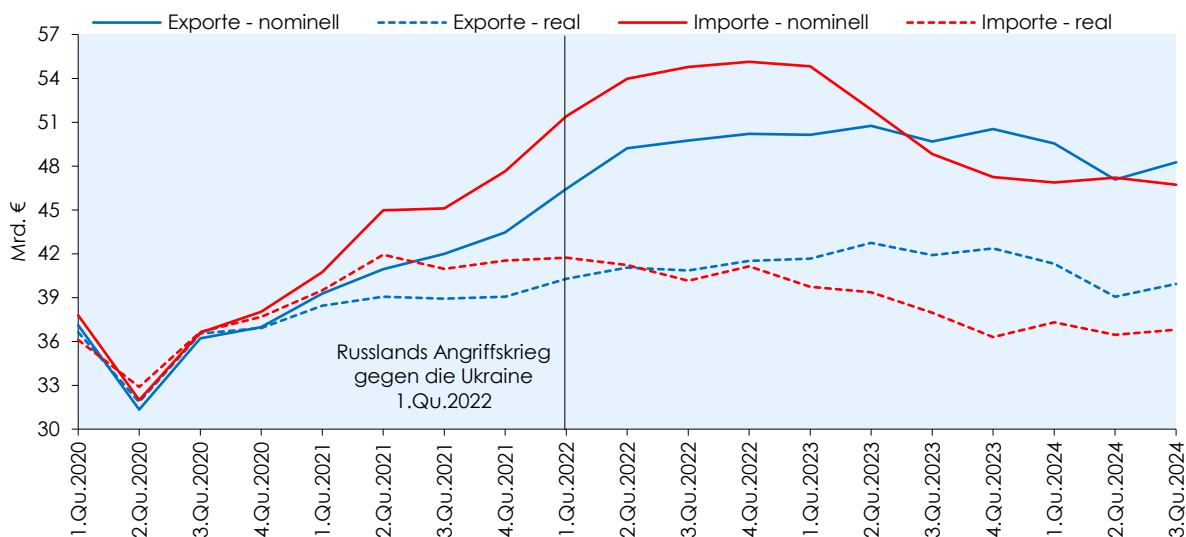
	Export	Export	Export	Export	Import	Import	Import	Import	Handelsbilanz	Handelsbilanz	ToT ¹⁾
	Nom. Mrd. €	Nom. Veränd. in %	Real Veränd. in %	Preise ¹⁾ Veränd. in %	Nom. Mrd. €	Nom. Veränd. in %	Real Veränd. in %	Preise ¹⁾ Veränd. in %	Nom. Mrd. €	Nom. Veränd. in %	Veränd. in %
1.-3.Qu.2023	149,9	3,6	3,3	0,2	155,0	-2,8	-4,9	1,9	-5,1	9,8	-1,7
1.-3.Qu.2024	143,8	-4,1	-5,1	1,1	140,3	-9,5	-5,6	-4,1	3,5	8,6	5,3
1.Qu.2023	51,8	9,8	5,2	4,4	55,1	6,7	-4,6	11,8	-3,3	1,2	-6,7
2.Qu.2023	50,8	3,0	3,9	-0,9	52,0	-3,9	-4,5	0,6	-1,3	3,6	-1,5
3.Qu.2023	47,3	-1,8	0,8	-2,5	47,9	-10,9	-5,5	-5,7	-0,5	5,0	3,4
4.Qu.2023	50,8	1,7	2,9	-1,2	47,8	-14,3	-11,8	-2,8	3,1	8,8	1,6
1.Qu.2024	49,5	-4,5	-3,9	-0,5	47,1	-14,5	-7,7	-7,4	2,4	5,7	7,4
2.Qu.2024	47,8	-5,8	-7,2	1,5	47,4	-9,0	-5,8	-3,4	0,4	1,7	5,0
3.Qu.2024	46,5	-1,8	-4,0	2,3	45,8	-4,3	-3,0	-1,3	0,7	1,2	3,7

Quelle: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Preise laut VGR.

Die Warenimporte sanken bis zum Herbst 2024 nominell um 9,5% und real um 5,6%. Die Wachstumsdynamik laut der saisonbereinigten Warenimportwerte blieb über den Jahresverlauf 2024 sehr verhalten und resultierte in negativen Vorjahresveränderungsraten. Diese Entwicklung der österreichischen Wareneinfuhr ist ein Ergebnis der Schwäche in der heimischen Industrieproduktion und Investitionstätigkeit. Zudem macht sich auch die schwache inländische Nachfrage, insbesondere der Konsum sogenannter dauerhafter Konsumgüter, bemerkbar, wobei der prognostizierte Zuwachs 2024 von 0,5% vor allem auf einen starken Anstieg der Pkw-Neuzulassungen im 4. Quartal zurückzuführen ist²⁰⁾. Trotz steigender Realeinkommen im Jahr 2024 entwickelte sich der private Konsum rückläufig und im Herbst verschlechterte sich aufgrund pessimistischerer Einschätzungen zur Wirtschaftslage und zur finanziellen Situation der privaten Haushalte das Verbrauchervertrauen erneut (Ederer & Schiman-Vukan, 2024)²¹⁾. Insgesamt schwächten sich die deutlichen Wachstumseinbrüche im Quartalsverlauf allerdings ab, sodass die Warenimporte im 3. Quartal 2024 preisbereinigt nur noch um 3,0% zurückgingen.

Abbildung 3.4: Entwicklung der österreichischen Warenexporte und -importe

Saisonbereinigt



Anmerkung: Um Saisoneffekte und Arbeitstage bereinigte Export- und Importwerte.
Quelle: WIFO-Berechnungen.

Die Warenhandelsbilanz verbesserte sich laut vorläufigen Daten bis September 2024 um 8,6 Mrd. € und bringt für 2024 einen Handelsbilanzüberschuss. Diese Verbesserung wird von einem positiven Terms-of-Trade-Effekt begleitet. Mit dem weitaus stärkeren Einbruch der Importe als der Exporte belief sich die Warenhandelsbilanz bis zum 3. Quartal 2024 auf +3,5 Mrd. €, womit 2024 ein Handelsbilanzüberschuss erzielt wird. Die Verbesserung der Handelsbilanz ist vorwiegend aus einem positiven Mengeneffekt aufgrund der negativeren Importe

²⁰⁾ Zu den dauerhaften Konsumgütern zählen z. B. Möbel, Sportgeräte, Fahrräder, Kühlschränke oder Waschmaschinen.

²¹⁾ Laut WIFO-Prognose vom Dezember 2024 dürfte das real verfügbare Einkommen der privaten Haushalte 2024 um rund 2,8% steigen, während der private Konsum 2024 um 0,3% sinkt.

zurückzuführen, darüber hinaus lieferte auch die Verbesserung der Terms-of-Trade (Verhältnis der Export- zu den Importpreisen) einen wichtigen positiven Beitrag. Nach den massiven Rohstoff- und Energieteuerungen in den Jahren 2022 und 2023, die aufgrund des höheren Energieanteils bei den Importen die österreichische Handelsbilanz stark belastet haben, löste der Rückgang der Energiepreise (vor allem bei Erdgas) im Jahr 2024 eine Gegenbewegung in den Außenhandelspreisen für Waren aus. Gemäß Daten der Statistik Austria ist für das Gesamtjahr 2024 eine stark positive Terms-of-Trade-Verbesserung um 3,9% zu erwarten, die neben abnehmenden Importpreisen eine Zunahme der Exportpreise widerspiegelt. Das im Jahr 2023 noch angelegte "Pricing-to-market"-Verhalten österreichischer Exporteure, also eine Kompensation der preislichen Wettbewerbsnachteile in den Gewinnmargen der Unternehmen statt der Weitergabe in die Exportpreise (Oberhofer et al., 2024), war 2024 nicht mehr haltbar, wodurch die Exportpreise im bisherigen Jahresverlauf wieder anzogen.

Die schwache Auslandsnachfrage dämpfte in nahezu allen Exportmärkten die Entwicklung der Warenexporte bis zum 3. Quartal 2024. Die wichtigsten Stützen im Export blieben die USA und China, zuletzt zeichnete sich auch eine Kehrtwende in den Ausfuhren nach Deutschland ab. Während im 1. Quartal 2024 noch positive Beiträge zum Exportwachstum von den Ausfuhren in die Extra-EU-Länder ausgingen, verzeichneten die heimischen Unternehmen im 2. Quartal auch außerhalb der EU deutliche Exporteinbußen (Abbildung 3.5). Die leichte Verbesserung im 3. Quartal zeigt sich vor allem in den Lieferungen in wichtige europäische Partnerländer (Übersicht 3.2).

Übersicht 3.2: Entwicklung des österreichischen Warenaußenhandels nach Regionen und Top-10-Exportmärkten

Nominell

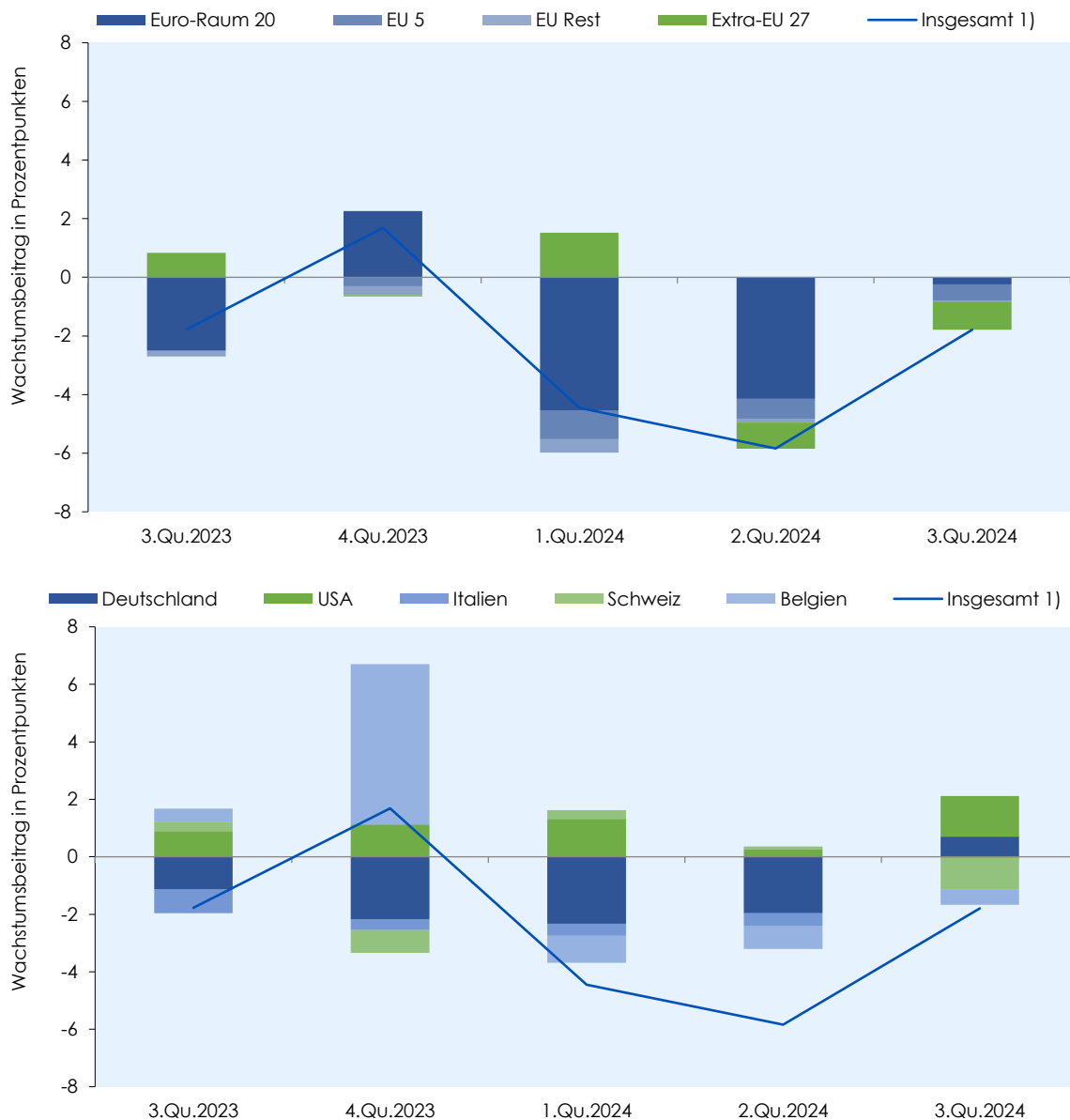
	Export 2023 Anteile in %	Export 1.-3.Qu.2024 Veränd. in %	Import 2023 Anteile in %	Import 1.-3.Qu.2024 Veränd. in %	Handelsbilanz 1.-3.Qu.2024 Mrd. €	Handelsbilanz 1.-3.Qu.2024 Veränd. in Mrd. €
Intra-EU 27	68,4	-5,9	64,8	-6,4	3,00	0,42
Euro-Raum 19	53,4	-5,7	51,9	-6,2	0,04	0,35
EU 5	13,4	-5,5	11,4	-7,7	2,83	0,24
EU-Rest	1,6	-13,2	1,5	-6,3	0,02	-0,18
MOEL 5	15,0	-4,5	13,1	-7,5	2,88	0,50
Extra-EU 27	31,6	-0,3	35,2	-15,0	0,48	8,14
Westbalkan	1,1	2,4	1,0	-2,7	0,16	0,08
Schwarzmeerraum	1,5	-5,8	2,0	-6,1	-0,90	0,07
NAFTA	9,2	9,4	4,6	-5,9	7,90	1,68
6 dyn. Länder Asiens	2,0	-8,7	2,6	-33,7	0,00	1,18
BRICS	4,7	1,1	10,7	-9,4	-7,46	1,47
Deutschland	29,1	-4,2	31,9	-8,0	-2,51	2,07
USA	7,3	14,0	3,9	-2,0	6,21	1,60
Italien	6,1	-5,0	6,4	-5,5	-0,48	0,07
Schweiz	5,0	-4,1	5,1	-37,5	2,42	2,61
Belgien	3,7	-29,6	1,5	1,8	0,47	-1,18
Polen	3,7	-0,6	3,2	-9,0	0,89	0,42
Frankreich	3,6	-2,3	2,6	-5,7	1,52	0,10
Ungarn	3,6	-5,4	2,5	-7,4	1,60	-0,01
Tschechien	3,6	-7,5	4,1	-7,5	-0,85	0,06
Vereinigtes Königreich	2,7	-7,4	1,5	-31,8	2,09	0,49
Insgesamt	100,0	-4,1	100,0	-9,5	3,48	8,56

Anmerkung: EU 5 = Bulgarien, Polen, Rumänien, Tschechien, Ungarn; EU-Rest = Dänemark, Schweden; MOEL 5 = Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn; Westbalkan = Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro, Serbien; Schwarzmeerraum = Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldawien, Türkei, Ukraine; 6 dynamische Länder Asiens = Hongkong, Malaysia, Singapur, Südkorea, Taiwan, Thailand; BRICS = Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika.

Quelle: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macroband.

Insgesamt brachen die österreichischen Intra-EU-Exporte bis zum 3. Quartal 2024 um 5,9% ein, während österreichische Extra-EU-Exporte im Vorjahresvergleich lediglich um 0,3% zurückgingen. Zu dieser weniger negativen Entwicklung der österreichischen Ausfuhren außerhalb der EU trugen maßgeblich die Exporte in die USA bei, die in allen drei Quartalen des Jahres 2024 positive Wachstumsbeiträge lieferten (Abbildung 3.5) und insgesamt von Jänner bis September um 14,0% wuchsen.

Abbildung 3.5: Wachstumsbeiträge zur Entwicklung der österreichischen Warenexporte nach Regionen und Top-5-Exportmärkten



Anmerkung: EU 5 = Bulgarien, Rumänien, Polen, Tschechien, Ungarn; EU-Rest = Dänemark, Schweden.
 Quelle: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Veränderung gegen das Vorjahr in %.

Damit blieben die USA, die 2023 mit einem Anteil von rund 7,3% an den österreichischen Gesamtexporten den zweitwichtigsten Handelspartner darstellten, die wichtigste Stütze der heimischen Exportwirtschaft. Die positive Entwicklung der Ausfuhren in die USA ist einer anhaltend

starken Nachfrage nach österreichischen Produkten aus der Chemieindustrie, allen voran medizinische und pharmazeutische Erzeugnisse, zuzuschreiben (vgl. Kasten 3.2). Auch die Ausfuhren nach China, an 11. Stelle im Exportmarktranking mit einem Anteil von 2,5%, legten bis Ende September 2024 um 7,3% zu²²). Diese konzentrierten sich im ersten Halbjahr 2024 vor allem auf Maschinen und Fahrzeuge, zuletzt aber insbesondere auch auf medizinische und pharmazeutische Erzeugnisse. Im zweitwichtigsten Extra-EU-Exportmarkt, der Schweiz, sanken die Warenexporte im Vergleich zum Vorjahr um 4,1%, wobei in der ersten Jahreshälfte die Exportdynamik noch zulegen und einen positiven Wachstumsbeitrag lieferte. Der Einbruch der Lieferungen in die Schweiz war im 3. Quartal 2024 mit -20,5% überaus stark und betraf vorwiegend österreichische Ausfuhren von chemischen Erzeugnissen, insbesondere medizinische und pharmazeutische Erzeugnisse. Auch die Ausfuhren von Brennstoffen und Energie zeigten sich im bisherigen Jahresverlauf rückläufig.

Dagegen lieferten die Ausfuhren innerhalb der EU, insbesondere nach Deutschland (-4,2%), Italien (-5,0%), Frankreich (-2,3%), aber auch in die MOEL 5 (-4,5%; insbesondere Ungarn: -5,4% und Tschechien: -7,5%) durchwegs negative Wachstumsbeiträge. Allerdings zeichnete sich in den Ausfuhren nach Deutschland zuletzt eine Kehrtwende mit positiven Zuwachsraten ab (3. Quartal: +2,4%). Diese Verbesserung im 3. Quartal wird vor allem durch Exporte chemischer Erzeugnisse sowie der Autozulieferindustrie getrieben (Abbildung 3.5).

Die deutlichen Rückgänge der österreichischen Warenimporte sind regional breit gestreut, die stärksten verzeichneten die Lieferungen aus der Schweiz. Bedingt durch die schwache heimische Industrieproduktion, Investitionstätigkeit und inländische Nachfrage lagen die Warenimporte bis zum 3. Quartal 2023 um 9,5% unter dem Vorjahresniveau, wobei die Rückgänge im Intra-EU-Warenimport mit 6,4% hinter den Einbußen aus den Extra-EU-Märkten zurückblieben, die sich mit einem Rückgang der Warenimporte um 15,0% niederschlugen. Einen starken Einbruch verzeichneten die österreichischen Einfuhren aus der Schweiz (-37,5%), zurückzuführen vorwiegend auf medizinische und pharmazeutische Produkte sowie sonstige Waren. Der markante Einbruch der Einfuhren aus dem Vereinigten Königreich ist einem deutlichen Rückgang bei Maschinen und Fahrzeugen geschuldet. Auch die Importe aus den sechs dynamischen Ländern Asiens verringerten sich aufgrund eines Rückgangs der Importe im Maschinen- und Fahrzeugbau sowie von konsumnahen Fertigwaren kräftig. Gleichzeitig drückte auch der Rückgang der Energiepreise die nominelle Entwicklung der Brennstoffeinfuhren. Ein Teil der kräftigen Importrückgänge ist somit auch auf den Preiserückgang (erstes Halbjahr 2024: -37,4%; 3. Quartal: +4,0%), aber vor allem auch auf den Mengenrückgang bei Erdgasimporten (erstes Halbjahr 2024: -21,7%; 3. Quartal: -18,0%) zurückzuführen. Scheinbar sind die Lager noch gut gefüllt bzw. gibt es derzeit weniger Bedarf Vorsorgelager aufzubauen.

Auch im Intra-EU-Handel sind bis Ende September 2024 deutliche Rückgänge bei den österreichischen Wareneinfuhren zu verzeichnen. Insbesondere die Lieferungen aus Deutschland (-8,0%) und den MOEL 5 (-7,5%), die für die österreichischen Wertschöpfungsverflechtungen zentral sind, brachen kräftig ein. Lediglich die Warenimporte aus Belgien legten von Jänner bis

²²) Im Vergleich dazu sanken die Exporte nach China von Jänner bis September 2023 um 6,6%. Die Importe Österreichs aus China nahmen in den ersten drei Quartalen des Jahres 2024 (2023) um 2,7% (9,6%) ab, wodurch sich das Handelsbilanzdefizit verbesserte.

September 2024 um 1,8% zu. Diese positive Wachstumsdynamik ist auf einen Sondereffekt bei der Einfuhr von Lactamen (Grundstoff für die Antibiotikaherstellung) im 1. Quartal 2024 zurückzuführen. Diese Warenlieferungen aus Belgien machten von Jänner bis September 2024 rund 6,5% der Gesamtimporte Österreichs aus Belgien aus. Ohne diesen Sondereffekt wären die Importe Österreichs aus Belgien im bisherigen Jahresverlauf um 4,8% gesunken.

Übersicht 3.3: Entwicklung des österreichischen Warenaußenhandels nach Warengruppen

Nominell

	Export 2023 Anteile in %	Export 1.-3.Qu.2024 Veränd. in %	Import 2023 Anteile in %	Import 1.-3.Qu.2024 Veränd. in %	Handelsbilanz 1.-3.Qu.2024 Mrd. €	Handelsbilanz 1.-3.Qu.2024 Veränd. in Mrd. €
Nahrungsmittel	7,8	1,5	7,9	8,5	-0,81	-0,83
Rohstoffe	2,7	2,7	3,7	-5,0	-1,16	0,40
Holz	1,0	-3,0	0,8	-12,9	0,31	0,13
Brennstoffe	3,7	-26,3	9,0	-23,0	-6,40	1,66
Chemische Erzeugnisse	17,2	5,6	14,3	-9,2	5,29	3,35
Bearbeitete Waren	19,6	-4,8	14,8	-9,6	7,79	0,79
Papier	2,2	1,2	1,2	-5,6	1,73	0,15
Textilien	0,9	-5,4	1,0	-7,8	-0,12	0,05
Eisen, Stahl	5,3	-8,0	2,6	-17,1	4,15	0,06
Maschinen, Fahrzeuge	37,5	-5,8	34,5	-8,2	4,63	1,06
Maschinen	24,9	-6,4	19,3	-11,5	8,51	1,06
Autozulieferindustrie	5,0	-3,9	3,9	-4,6	1,58	-0,02
Pkw	4,2	-10,6	5,3	-5,2	-2,09	-0,25
Konsumnahe Fertigwaren	11,4	-8,5	15,9	-14,3	-5,85	2,13
Insgesamt	100,0	-4,1	100,0	-9,5	3,48	8,56

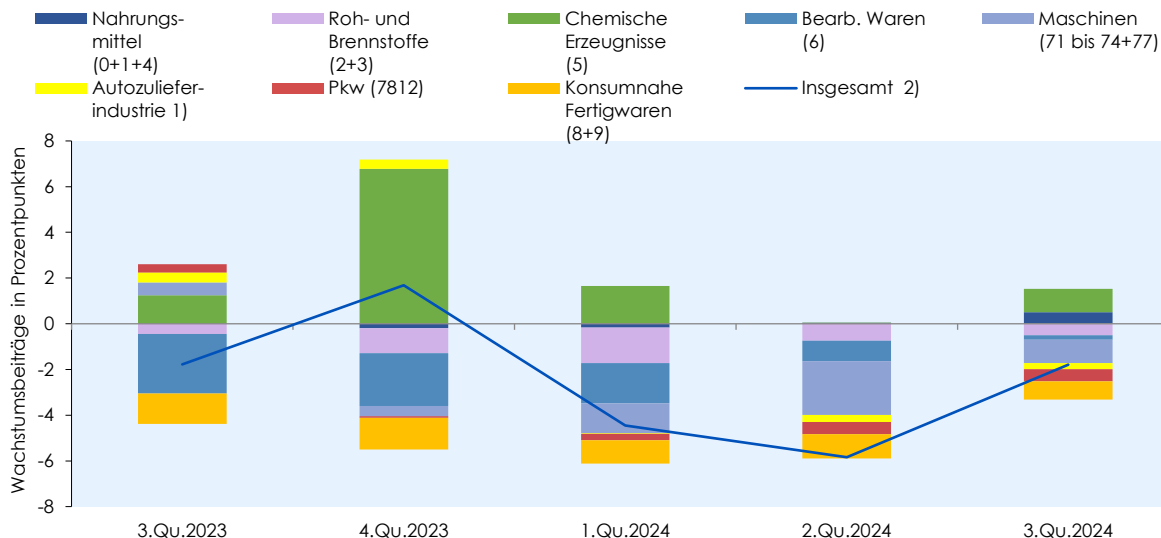
Anmerkung: Maschinen (SITC 71 bis 74+77); Autozulieferindustrie (SITC 7132+7139+781-7812+784); Pkw (SITC 7812).

Quelle: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond.

Ein starker Rückgang war in den von der Industrierezession betroffenen Branchen Maschinen und Fahrzeuge zu verzeichnen. Nur die Exporte von chemischen Erzeugnissen stützten die österreichischen Warenexporte in den ersten drei Quartalen des Jahres 2024 und bringen positive Wachstumsbeiträge (Übersicht 3.3, Abbildung 3.6). Die Exporte von Maschinen und Fahrzeugen lagen bis September 2024 um 5,8% unter dem Vorjahresniveau, die österreichischen Lieferungen chemischer Erzeugnisse wuchsen im gleichen Zeitraum um 5,6%. Hier konnten sich österreichische Exportunternehmen in speziellen Nachfragenischen vor allem in den USA und in China und bei pharmazeutischen Erzeugnissen behaupten und positive Wachstumsbeiträge erzielen. Die Entwicklung der übrigen Warenbereiche des Exports verzeichnete durchwegs starke Wachstumseinbrüche – insbesondere industrielle Vorprodukte, Maschinen und Pkw – und spiegelt die anhaltende Schwäche der europäischen Industrie und den Abbau von Lagerbeständen wider.

In nahezu allen Warengruppen, insbesondere aber bei industriellen Vorprodukten, wie Eisen und Stahl, sowie Maschinen, fiel die österreichische Importentwicklung im Vergleich zum Vorjahr negativ aus. Lediglich Nahrungsmittelimporte legten zu. Die Verbesserung der Handelsbilanz ist zum Überwiegenden Teil auf den Außenhandel mit medizinischen und pharmazeutischen Erzeugnissen zurückzuführen. Zusätzlich verbesserte sich die Energiebilanz um 1,7 Mrd. €. Der Saldo im Außenhandel mit Maschinen stieg um 1,1 Mrd. €.

Abbildung 3.6: Wachstumsbeiträge zur Entwicklung der österreichischen Warenexporte nach Warengruppen (SITC)

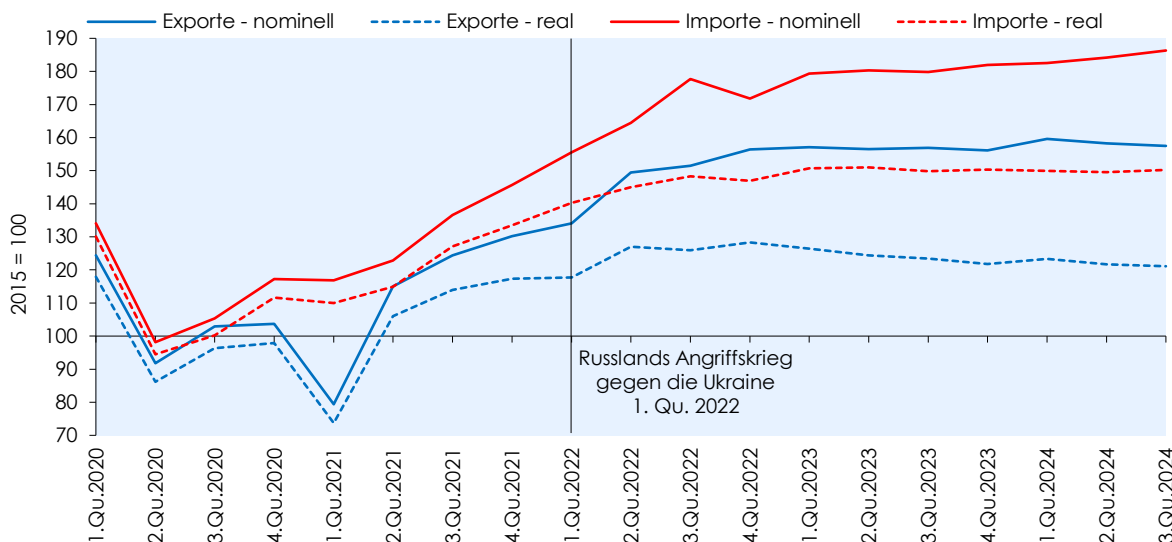


Quelle: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) SITC 7132+7139+781-7812+784. – 2) Veränderung gegen das Vorjahr in %.

3.3 Dienstleistungsausßenhandel

Die negativen Einflüsse der Industrierezession und der Überinflation belasteten auch den österreichischen Dienstleistungshandel im Jahr 2024. Die Entwicklung der preis- und saisonbereinigten Quartalsdaten zeigt eine überaus verhaltene Dynamik der Dienstleistungsexporte im bisherigen Jahresverlauf 2024 mit einer stetigen – wenn auch leichten – Abflachung seit dem 1. Quartal 2024 (Abbildung 3.7).

Abbildung 3.7: Entwicklung der Dienstleistungsexporte und -importe Österreichs laut VGR Saisonbereinigt



Anmerkung: Um Saisoneffekte und Arbeitstage bereinigte reale Export- und Importwerte.
Quelle: Berechnungen der Statistik Austria.

Getrieben durch die globalen wirtschaftlichen und geopolitischen Herausforderungen dämpfen auch die Hemmnisse im Dienstleistungshandel die aktuelle Wachstumsdynamik. Viele Volkswirtschaften, darunter auch die EU-Mitgliedsländer, setzen neue Instrumente ein, wie Screening-Mechanismen für ausländische Direktinvestitionen, die unmittelbar auch die Erbringung von Dienstleistungen erschweren und somit auch mittelfristig die Entwicklung des Dienstleistungshandels belasten (OECD, 2024b; vgl. Kapitel 5.2).

Das positive Preisdifferenzial gegenüber anderen großen Tourismusländern in Europa und die relativ hohen Lohnsteigerungen 2023 in Österreich belasteten im Jahr 2024 den heimischen Tourismus, der – wie auch der österreichische Warenexport – mit einer Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit zu kämpfen hatte (Fritz & Ehn-Fragner, 2024). Der wachsende Abstand zwischen nomineller und realer Entwicklung spiegelt das im Dienstleistungsaußenhandel weiterhin steigende Preisniveau wider. In den ersten drei Quartalen 2024 führte diese Entwicklung im Vorjahresvergleich laut den vorläufigen Daten aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) der Statistik Austria zu einem Anstieg der nominellen Dienstleistungsexporte um 1,1%, aber zu einem Rückgang des preisbereinigten (realen) Dienstleistungsexports um 2,1% (Übersicht 3.4). Allerdings erweisen sich die Dienstleistungsexporte im aktuellen schwierigen Umfeld stabiler und sind von weitaus geringeren Wachstumseinbrüchen gekennzeichnet als die Warenexporte (real: -5,1%).

Übersicht 3.4: Österreichs Dienstleistungsaußenhandel lt. VGR im Überblick

	Export Nom. Mrd. €	Export Nom. Veränd. in %	Export Real Veränd. in %	Export Preise Veränd. in %	Import Nom. Mrd. €	Import Nom. Veränd. in %	Import Real Veränd. in %	Import Preise Veränd. in %	Handels- bilanz Nom. Mrd. €	Handels- bilanz Nom. Veränd. In Mrd. €	ToT Veränd. in %
1.-3.Qu.2023	62,4	8,4	1,2	7,1	57,8	8,0	4,0	3,9	4,6	0,5	3,1
1.-3.Qu.2024	63,1	1,1	-2,1	3,3	59,3	2,6	-0,4	3,0	3,8	-0,8	0,3
1.Qu.2023	22,3	18,6	8,7	9,1	17,6	15,9	7,8	7,5	4,8	1,1	1,5
2.Qu.2023	18,7	4,2	-2,6	6,9	19,2	9,6	4,3	5,1	-0,5	-0,9	1,7
3.Qu.2023	21,4	2,8	-2,7	5,7	21,0	1,0	0,8	0,2	0,4	0,4	5,5
4.Qu.2023	21,4	-0,6	-5,5	5,1	20,1	5,9	2,2	3,6	1,3	-1,2	1,5
1.Qu.2024	23,1	3,3	-0,9	4,2	17,8	1,6	-0,3	2,0	5,2	0,4	2,2
2.Qu.2024	18,8	0,8	-2,5	3,4	19,6	2,0	-1,0	3,1	-0,8	-0,2	0,3
3.Qu.2024	21,2	-0,9	-3,1	2,3	21,8	3,8	0,1	3,8	-0,6	-1,0	-1,4

Anmerkung: Abweichung zu den Daten laut Zahlungsbilanz ergeben sich aus Abgrenzungsunterschieden.

Quelle: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond.

Die Dynamik der Importe von Dienstleistungen schwächte sich 2024 ebenfalls ab und führte zu einem Rückgang der Einfuhren um real 0,4%. Insgesamt verschlechterte sich der Dienstleistungssaldo um 0,8 Mrd. €. Nach den vorläufigen VGR-Daten der Statistik Austria sind die österreichischen Dienstleistungsimpote bis September 2024 real um 0,4% leicht zurückgegangen. Während sich im Jahr 2023 aufgrund des Inflationsdifferenzials zum Ausland, was wiederum im Tourismus zu höheren Preisen im Inland (Reiseverkehrsexport) als im Ausland (Reiseverkehrsimpote) führte, die Terms-of-Trade kräftig verbesserten (+3,1%), konnte in den vorläufigen Daten bis September 2024 nur eine leichte Verbesserung um 0,3% verzeichnet werden. Aufgrund der schwächeren Wachstumsdynamik der Dienstleistungsexporte verschlechterte sich der Dienstleistungssaldo in den ersten drei Quartalen 2024 um 0,8 Mrd. € auf +3,8 Mrd. € (Übersicht 3.4).

Der starke Wintertourismus zu Beginn des Jahres 2024 trug das noch starke Wachstum der Dienstleistungsexporte in die Intra-EU-Länder. Nach vorläufigen Daten der Zahlungsbilanz-

statistik der OeNB (Übersicht 3.5) wuchsen die österreichischen nominellen Intra-EU-Dienstleistungsexporte in den ersten drei Quartalen mit 4,0% dynamischer als die Extra-EU-Exporte (+1,5%)²³⁾. Vor allem im 1. Quartal 2024 trug die Belebung der Nachfrage aus der EU und hier insbesondere aus dem Euro-Raum sowie den mittel- und osteuropäischen Ländern (EU 5 bzw. MOEL 5) zum Wachstum der Dienstleistungsexporte bei. Ausschlaggebend dafür war vor allem der starke Wintertourismus, der traditionell von Gästen aus Deutschland, Italien, den Niederlanden sowie Ost- und Mitteleuropa getragen wird.

Übersicht 3.5: Entwicklung des österreichischen Dienstleistungsaußenhandels laut Zahlungsbilanz nach Regionen und Top-10-Exportmärkten

Nominell

	Export		Import		Saldo	
	2023	1.-3.Qu.2024	2023	1.-3.Qu.2024	1.-3.Qu.2024	1.-3.Qu.2024
	Anteile in %	Veränd. In %	Anteile in %	Veränd. In %	Mio. €	Veränd. In Mio. €
Intra-EU 27	75,1	4,0	74,6	4,0	3.594	139
Euro-Raum 20	63,3	4,6	60,2	3,9	4.861	443
EU 5	8,9	4,3	12,1	6,5	-1.634	-214
EU-Rest	2,8	-8,7	2,3	-5,0	367	-90
MOEL 5	9,5	2,6	13,0	4,7	-1.780	-201
Extra-EU 27	24,9	1,5	25,4	3,8	512	-314
BRICS	1,8	5,0	2,9	-13,8	-350	283
Deutschland	40,5	4,0	28,1	2,4	9.908	612
Schweiz	7,0	1,5	4,4	-2,3	1.929	124
Italien	4,8	7,6	5,3	3,3	-299	114
Niederlande	4,4	4,9	3,4	1,2	1.073	120
Vereinigtes Königreich	3,9	4,1	4,3	12,6	-111	-199
USA	3,7	13,2	4,9	5,7	-358	137
Tschechien	2,5	1,4	2,3	1,4	309	5
Ungarn	2,5	0,9	3,0	8,9	-300	-139
Frankreich	2,2	3,8	2,1	14,3	2	-126
Irland	2,0	-4,4	4,3	0,2	-1.392	-61
Insgesamt	100,0	3,4	100,0	4,0	4.106	-175

Anmerkung: Daten laut Zahlungsbilanz; Abweichung zu den Daten laut VGR ergeben sich aus Abgrenzungsunterschieden.

EU 5 = Bulgarien, Polen, Rumänien, Tschechien, Ungarn; EU-Rest = Dänemark, Schweden. MOEL 5 = Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn; BRICS = Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika.

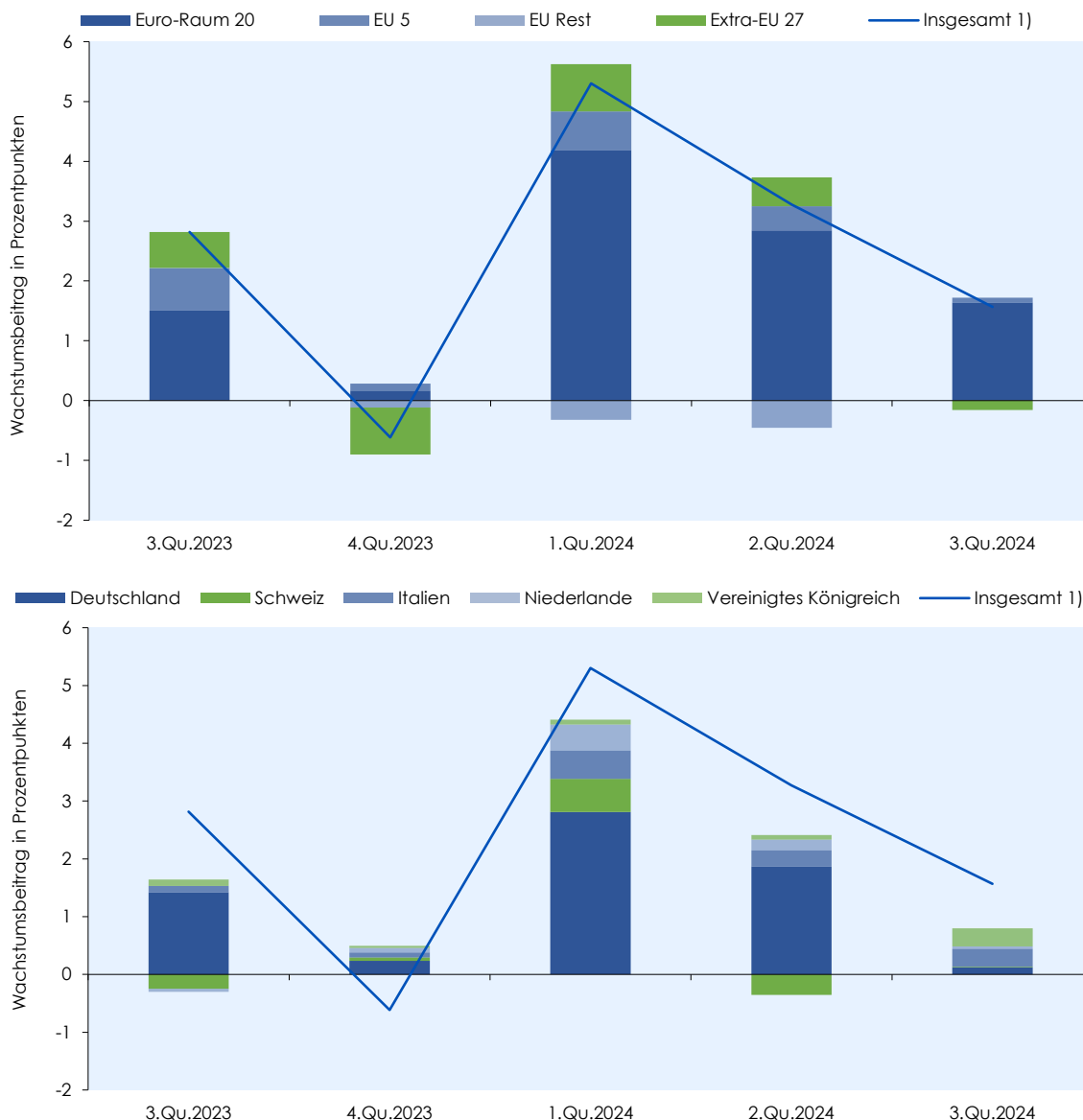
Quelle: OeNB, Statistik Austria.

In den übrigen Quartalen schrumpfte auch das Wachstum der Intra-EU-Exporte deutlich, das im ersten Halbjahr 2024 hauptsächlich durch die Erbringung von Dienstleistungen in Deutschland getragen wurde (Abbildung 3.8). Im 3. Quartal kamen die Wachstumsbeiträge vor allem vom Dienstleistungsexport nach Italien. Der heimische Extra-EU-Dienstleistungsexport lieferte nur im ersten Halbjahr 2024 positive Wachstumsbeiträge. Während diese Impulse im 1. Quartal 2024 von der Schweiz, dem zweitwichtigsten ausländischen Absatzmarkt für österreichische Dienstleistungen, getragen wurden, verzeichnete im 3. Quartal die österreichische Dienstleistungserbringung im Vereinigten Königreich einen positiven Wachstumsbeitrag.

²³⁾ Detaillierte Auswertungen des Dienstleistungsaußenhandels nach Partnerregionen bzw. -ländern oder nach Dienstleistungsarten sind ausschließlich auf Basis der Zahlungsbilanzstatistik der OeNB und nur zu laufenden Preisen (nominell) möglich. Unterschiede zum Dienstleistungsverkehr laut VGR (Übersicht 3.4) sind vor allem auf Abgrenzungsunterschiede im Reiseverkehr zurückzuführen.

Seit Ausbruch des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine stiegen die österreichischen Dienstleistungsexporte in die BRICS-Länder wieder. Dies ist besonders auf eine Zunahme der Exporte nach China zurückzuführen. Während die Dienstleistungsexporte nach Russland aufgrund des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine weiterhin stark abnahmen, allen voran das grenzüberschreitende Transportwesen, verzeichneten die Reiseverkehrsexporte sowie die Exporte von unternehmensbezogenen Dienstleistungen nach China im ersten Halbjahr 2024 (letzter verfügbare Daten) einen starken Zugewinn. Auch die Einnahmen aus Reiseverkehrsexporten nach Brasilien trugen zum Gesamtzuwachs der Dienstleistungsexporte in die BRICS-Länder positiv bei.

Abbildung 3.8: Wachstumsbeiträge zur Entwicklung der österreichischen Dienstleistungsexporte laut Zahlungsbilanz nach Regionen und Top-5-Exportmärkten



Anmerkung: EU 5 = Bulgarien, Rumänien, Polen, Tschechien, Ungarn; EU-Rest = Dänemark, Schweden.
 Quelle: OeNB, Statistik Austria. – 1) Veränderung gegen das Vorjahr in %.

Die Erholung im Reiseverkehr schreitet trotz des schwierigen wirtschaftlichen Umfelds voran, aber die relative Preisentwicklung im Vergleich zu anderen europäischen Ländern schwächt zunehmend die österreichische Wettbewerbsfähigkeit. Vor allem die starken heimischen Preissteigerungen im Beherbergungs- und Gaststättenwesen führten im Jahresverlauf 2024 zu einer zunehmenden Zurückhaltung bei den Ausgaben ausländischer Gäste (Fritz & Ehn-Fragner, 2024). Das kumulierte Wachstum der Reiseverkehrsexporte bis zum Ende des 3. Quartals betrug 5,7% (Übersicht 3.6). Der Reiseverkehr erreichte damit einen Anteil an den gesamten Exporteinnahmen des Dienstleistungssektors von rund 27%. Der traditionelle Überschuss im Außenhandel mit Reiseverkehrsdienstleistungen verschlechterte sich geringfügig auf rund 6,9 Mrd. € bis zum Ende des 3. Quartals 2024.

Übersicht 3.6: Entwicklung des österreichischen Dienstleistungsaußenhandels laut Zahlungsbilanz nach Dienstleistungsarten

Nominell

	Export 2023 Anteile in %	Export 1.-3.Qu.2024 Veränd. in %	Import 2023 Anteile in %	Import 1.-3.Qu.2024 Veränd. in %	Saldo 1.-3.Qu.2024 Mio. €	Saldo 1.-3.Qu.2024 Veränd. in Mio. €
Gebühren für Lohnveredelung, Reparaturdienstleistungen	4,0	-2,2	5,8	5,7	-1.028	-243
Transport	23,4	2,5	25,1	1,3	159	168
Reiseverkehr	27,3	5,7	18,0	9,6	6.863	-53
Bauleistungen	1,3	0,1	1,2	-15,5	191	105
Versicherungs- und Finanzdienstleistungen	3,6	6,7	4,0	3,0	-8	84
Telekommunikations-, EDV- und Informationsdienstleistungen	12,7	2,9	13,9	4,9	-415	-159
Sonst. Unternehmensdienstleistungen, Patente, Lizenzen	25,8	2,4	29,1	2,3	-1.121	-6
Persönliche Dienstleistungen, Regierungsleistungen	1,8	4,3	2,8	7,2	-531	-68
Insgesamt	100,0	3,4	100,0	4,0	4.110	-172

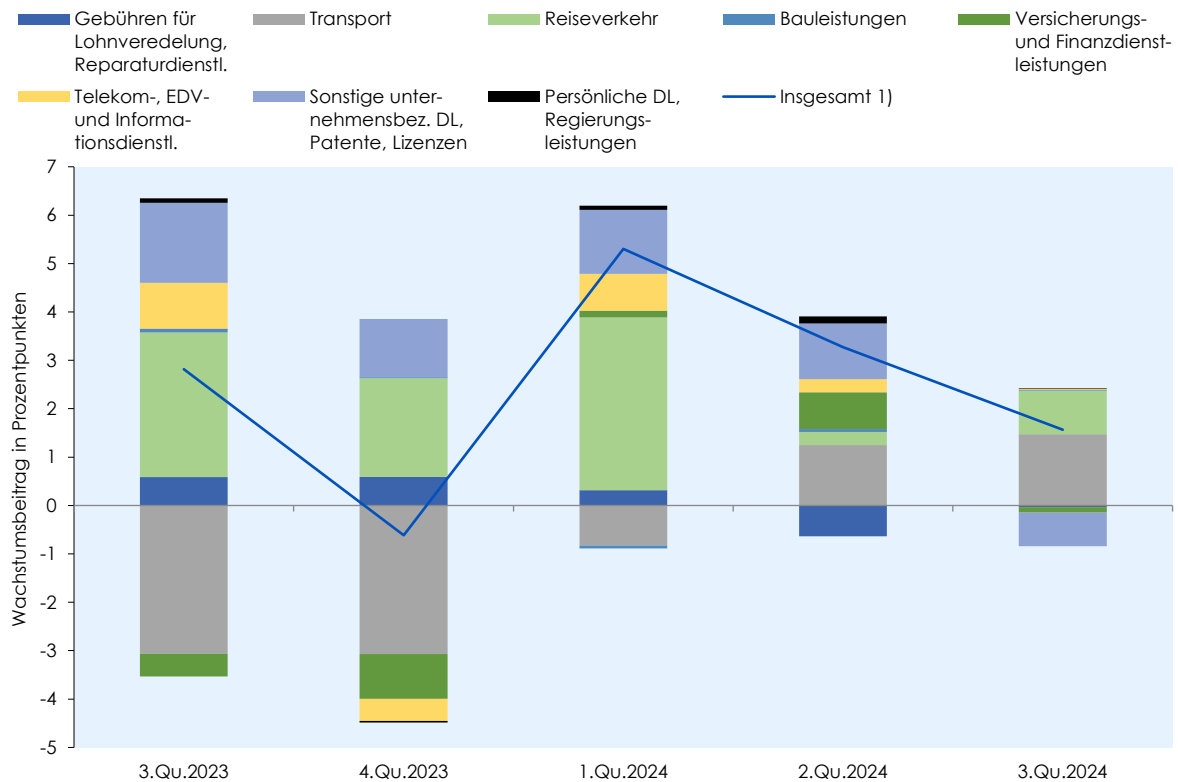
Quelle: OeNB, Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond.

Die Exporte von Transportdienstleistungen erholten sich wieder und wuchsen um 2,5%. Transportdienstleistungen sind eng mit dem grenzüberschreitenden Warenhandel verbunden. Auf die Exporte der Transportdienstleistungen entfielen 2023 rund 23% der Einnahmen aus dem Dienstleistungsexport. Transporte werden dabei zum Großteil im Straßenverkehr erbracht. Der Export von Transportdienstleistungen wuchs bis zum 3. Quartal 2024 um insgesamt 2,5% gegenüber dem Vorjahr, wobei der Wachstumsbeitrag im 1. Quartal 2024 noch negativ, in den Quartalen danach aber deutlich positiv ausfiel (Abbildung 3.9). Der Saldo erreichte einen Überschuss von rund 0,2 Mrd. € (Übersicht 3.6).

Die Exporte von unternehmensbezogenen Dienstleistungen lieferten einen positiven Wachstumsbeitrag und stiegen bis zum 3. Quartal 2023 um 2,4% gegenüber dem Vorjahr. Wie Transportdienstleistungen sind die unternehmensbezogenen Dienstleistungen eng mit den internationalen Warenlieferungen verwoben. Während der Export von unternehmensbezogenen Dienstleistungen im ersten Halbjahr 2024 noch positiv zum Wachstum beitrug, fiel der Wachstumsbeitrag im 3. Quartal negativ aus. Der Anteil der unternehmensbezogenen Dienstleistungen, zu denen technische Dienstleistungen, Rechts- und Unternehmensdienstleistungen sowie

Forschungs- und Entwicklungsdienstleistungen gehören, lag 2023 bei 25,8%. Auch die Importe von unternehmensbezogenen Dienstleistungen expandierten, sodass der Saldo bis September 2024 nahezu unverändert blieb und ein Defizit von rund 1,1 Mrd. € erreichte.

Abbildung 3.9: Wachstumsbeiträge zur Entwicklung der österreichischen Dienstleistungsexporte laut Zahlungsbilanz nach Dienstleistungsarten



Quelle: OeNB, Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Veränderung gegen das Vorjahr in %.

4. Österreichischer Außenhandel: Erwartungen und kurzfristige Prognose 2024 bis 2026

Elisabeth Christen

4.1 Kurzfristige Prognose des Waren- und Dienstleistungsaußenhandels

Die kurzfristige Prognose stützt sich in Bezug auf die Annahmen zu der internationalen Konjunktur, den Weltmarktpreisen für Rohstoffe, Energie und Vorleistungen sowie der Stimmungslage und den Einschätzungen der Unternehmen auf den Informationsstand von Mitte Dezember 2024. Der Prognosezeitraum reicht vom 4. Quartal 2024 bis zum 4. Quartal 2026.

Kasten 4.1: Prognoseannahmen zur US-Zollpolitik

Entsprechend den Annahmen zur internationalen Konjunktur von Oxford Economics unterstellt die Prognose, dass die USA schrittweise Pauschalzölle in Höhe von 30% auf chinesische Exporte einführen werden, worauf China mit Vergeltungszöllen in der Höhe von 25% reagieren wird. Gegenüber anderen Ländern werden die USA selektive Zölle auf Stahl, Aluminium und Kraftfahrzeuge einheben. Für die EU wird in dieser Prognose ein Zollsatz von 25% auf diese Produkte angenommen, für Kanada, Mexiko, Japan, Südkorea und Vietnam ein Zollsatz von 10%. In Summe steigt somit der effektive Zollsatz der USA dadurch von 3% auf knapp 6%²⁴⁾. In diesem Szenario ergeben sich für den österreichischen Außenhandel nur geringfügige Effekte. Die Annahmen der Prognose zur Zollpolitik liegen sehr nahe an den bisher angeordneten Maßnahmen von Donald Trump gegenüber China (10% Zoll auf chinesische Waren) und Zölle auf Stahl und Aluminium für alle Handelspartner (ab 12. März 2025 in der Höhe von 25%)²⁵⁾. Die mögliche Einführung weiterer Zölle im Sinne reziproker Zölle, die erhoben werden sollen, wenn andere Länder höhere Zollsätze auf US-Waren verhängen, wäre mit weitaus stärkeren Effekten verbunden (siehe Kasten 4.2).

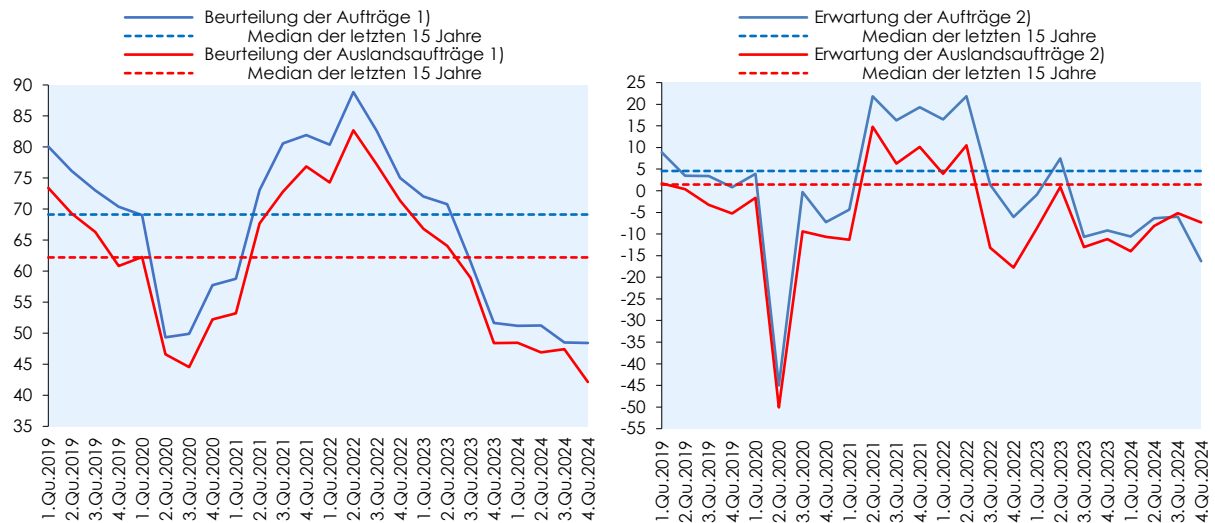
Im Jahr 2024 dürfte der österreichische Warenexport real um 4,5% einbrechen. Für die Folgejahre 2025 und 2026 wird ein Zuwachs von 1,5% bzw. 2,0% prognostiziert. Der Gesamtexport von Waren und Dienstleistungen wird 2024 einen Rückgang von 2,9% verzeichnen, im Jahr 2025 und 2026 könnte ein Wachstum um 1,4% bzw. 2,3% erreicht werden. Der österreichische Warenexport verzeichnete angesichts der weltweiten Industrieschwäche und des wenig dynamischen Welthandels besonders im ersten Halbjahr 2024 deutliche Einbußen. Vor allem im 2. Quartal fielen die Exportrückgänge nochmals deutlich negativer aus und auch die heimischen Ausfuhren in die Extra-EU, die im 1. Quartal noch zulegten (+5,0%), entwickelten sich ab

²⁴⁾ Wie die Erfahrungen aus Trumps erster Amtszeit zeigen, treten die höheren Zölle nicht sofort in Kraft, sondern mit bis zu einem Jahr Verzögerung. Folglich wird sich die Umsetzung der unterstellten Zollpolitik erst im Jahresverlauf 2025 abzeichnen und davor noch zu Vorzieheffekten und einer Belebung des Welthandels führen.

²⁵⁾ Eine Beurteilung der aktuellen Zollerhöhungen der USA auf Importe aus China (10%) und Kanada und Mexiko (25%), die Anfang Februar für 30 Tage ausgesetzt wurden, zeigt eine Kurzanalyse des WIFO (<https://www.wifo.ac.at/news/zoelle-der-usa-treffen-nordamerika-wirtschaftlich-hart/>). Insbesondere die Zölle gegen Kanada und Mexiko führen zu deutlichen wirtschaftlichen BIP-Einbußen in den betroffenen Ländern, während die Zölle auf chinesische Importe lediglich zu einem leichten Rückgang des chinesischen BIP führen.

dem 2. Quartal zunehmend rückläufig. Insbesondere die schwache Konjunktur in Deutschland dämpft die heimische Exportwirtschaft, sodass die Exporte nach Deutschland bis September 2024 um 4,2% zurückgingen. Die wichtigste Wachstumsstütze für die heimische Exportwirtschaft von Jänner bis September 2024 blieben die USA (+14,0%). Diese positive Entwicklung der Ausfuhren in die USA sind einer anhaltend starken Nachfrage nach chemischen Erzeugnissen aus Österreich zuzuschreiben (vgl. Kapitel 3 und Kasten 3.2). Am Jahresende 2024 zeigten sich die globale Industriekonjunktur und der weltweite Warenhandel aufwärtsgerichtet und die Weltwirtschaft befand sich auf einem moderaten Expansionskurs, der sich 2025 und 2026 fortsetzen könnte (Ederer & Schiman-Vukan, 2024). Die vom neuen US-Präsidenten Donald Trump angekündigten fiskal- und handelspolitischen Maßnahmen, deren konkrete Ausgestaltung allerdings noch offen ist, bringt aber eine erhebliche Unsicherheit für den Welthandel mit sich (siehe Kasten 4.2). Im Euro-Raum zeichnet sich auf Basis der Vorlaufindikatoren trotz des leichten Zuwachses im 3. Quartal kein Konjunkturaufschwung ab (Bilek-Steindl, 2024). Bei den europäischen Haupthandelspartnern dürfte damit die schwache Industriekonjunktur im Winterhalbjahr 2024/25 weiter anhalten.

Abbildung 4.1: Beurteilung und Erwartung von Aufträgen in der Sachgüterzeugung



Quelle: WIFO-Konjunkturtest, WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Anteil der Unternehmen, die ihre Aufträge bzw. Auslandsaufträge als "ausreichend" oder "mehr als ausreichend" beurteilen in %. – 2) Anteil der Unternehmen, die in den kommenden drei Monaten steigende Aufträge erwarten, minus Anteil der Unternehmen, die in den kommenden drei Monaten sinkende Aufträge erwarten in Prozentpunkten.

Die wichtigsten Vorlaufindikatoren weisen für die Wintermonate 2024/25 auf keine deutliche Trendwende in der österreichischen Exportentwicklung hin. Die pessimistischen Einschätzungen zur Auftragslage in der Industrie setzten sich laut der WIFO-Konjunkturumfrage auch zu Jahresende 2024 fort (Abbildung 4.1). Nur 42% der Unternehmen – und damit deutlich weniger als im langfristigen Durchschnitt von 62% – berichteten im Dezember 2024 von zumindest ausreichenden Exportaufträgen. Darüber hinaus erwartete die Mehrheit der Unternehmen weiterhin sinkende Aufträge aus dem Ausland, wobei sich die Erwartungen der Unternehmen zuletzt nach einer Aufhellung im Jahresverlauf bis Ende September im 4. Quartal 2024 wieder verschlechterten. Entscheidend für die zu erwartende Entwicklung ist, dass sich in den letzten beiden Quartalen des Jahres 2024 die Stimmung und Auftragslage in den Investitionsgüterbranchen wieder deutlich eintrübten. Sie sind die wichtigsten Träger der österreichischen Exportwirtschaft. Aber

auch bei den industriellen Vorprodukten und dauerhaften Konsumgütern haben sich die Erwartungen der Unternehmen zuletzt wieder verschlechtert. Die von Statistik Austria im Jänner 2024 veröffentlichten vorläufigen Außenhandelsdaten weisen für den Oktober einen Rückgang der nominellen Warenexporte um 2,0% aus.

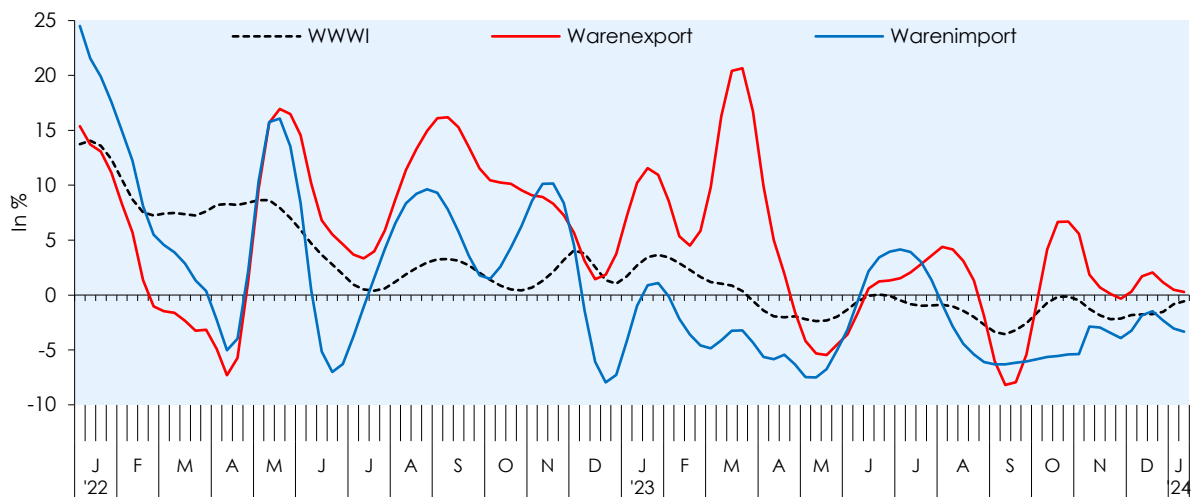
Übersicht 4.1: Aktuelle Entwicklung des österreichischen nominellen Warenaußenhandels

	Export	Export	Import	Import
	Mrd. €	Veränd. In %	Mrd. €	Veränd. In %
Jänner bis Oktober 2023	167,6	3,8	171,9	-3,7
Jänner bis Oktober 2024	161,3	-3,8	157,7	-8,3
September bis Oktober 2023	34,1	-0,9	33,6	-12,3
September bis Oktober 2024	33,3	-2,4	32,8	-2,5
September 2023	16,5	-7,0	16,7	-13,5
Oktober 2023	17,7	5,5	16,9	-11,1
September 2024	16,0	-2,8	15,4	-7,9
Oktober 2024	17,3	-2,0	17,4	2,9

Quelle: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond.

Auch der wöchentliche WIFO-Wirtschaftsindex (WWWI)²⁶⁾ für den Warenexport, mit Stand von Mitte Jänner 2025, deutet nach dem erneuten leichten Aufwärtstrend Anfang Dezember für den Jahreswechsel 2024/25 wieder eine Verschlechterung der Exportentwicklung an (Abbildung 4.2). Derzeit ist die Erholung bei den Warenexporten stets nur von kurzer Dauer, eine Trendwende und nachhaltige Erholung der Exportwirtschaft sind derzeit noch nicht in Sicht.

Abbildung 4.2: Die Entwicklung des wöchentlichen WIFO-Wirtschaftsindex



Quelle: WIFO-Berechnungen.

²⁶⁾ Der WWWI ist ein Maß für die realwirtschaftliche Aktivität der österreichischen Volkswirtschaft auf wöchentlicher Basis. Er beruht auf wöchentlichen, monatlichen und vierteljährlichen Indikatoren. Der Index ist auf die Werte der Veränderungsrate des BIP bzw. der Teilindikatoren gegenüber einer entsprechenden Referenzperiode skaliert (https://www.wifo.ac.at/themen/konjunktur_und_prognosen/woechentlicher_wifo_wirtschaftsindex).

Aufgrund der anhaltenden Industrierezession und Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit zeichnet sich auf Basis der Daten laut Außenhandelsstatistik der Statistik Austria im Gesamtjahr 2024 ein Rückgang der österreichischen Warenexporte um preisbereinigt (real) 4,5% ab. Bis Oktober 2024 nahmen die Warenexporte zu laufenden Preisen um 3,8% ab (Übersicht 4.1). Die nominelle Wachstumsdynamik der Warenexporte dürfte mit der erwarteten schwachen Entwicklung in den verbleibenden Monaten des Jahres 2024 um rund 3,8% einbrechen. Die Analyse der ersten drei Quartale des Jahres 2024 im Kapitel 3 verdeutlicht die breit gestreuten Wachstumseinbrüche der Ausfuhren, insbesondere nach Deutschland, aufgrund der schwachen Nachfrage nach Investitionsgütern. Zusätzlich belastet das positive Preisdifferential zu europäischen Mitbewerbern die österreichische Wettbewerbsfähigkeit. Dies beeinträchtigt besonders die Kosten- und Preisposition in energieintensiven Teilbereichen der österreichischen Industrie. Aufgrund von Verlusten in der preislichen Wettbewerbsfähigkeit und eines negativen Warenstruktureffekts durch die schwache Investitionsnachfrage bei den Handelspartnern zeichnen sich für das Jahr 2024 deutliche Marktanteilsverluste im österreichischen Warenexport ab (vgl. Kapitel 3).

Übersicht 4.2: Prognose des österreichischen Außenhandels und weiterer Kennzahlen

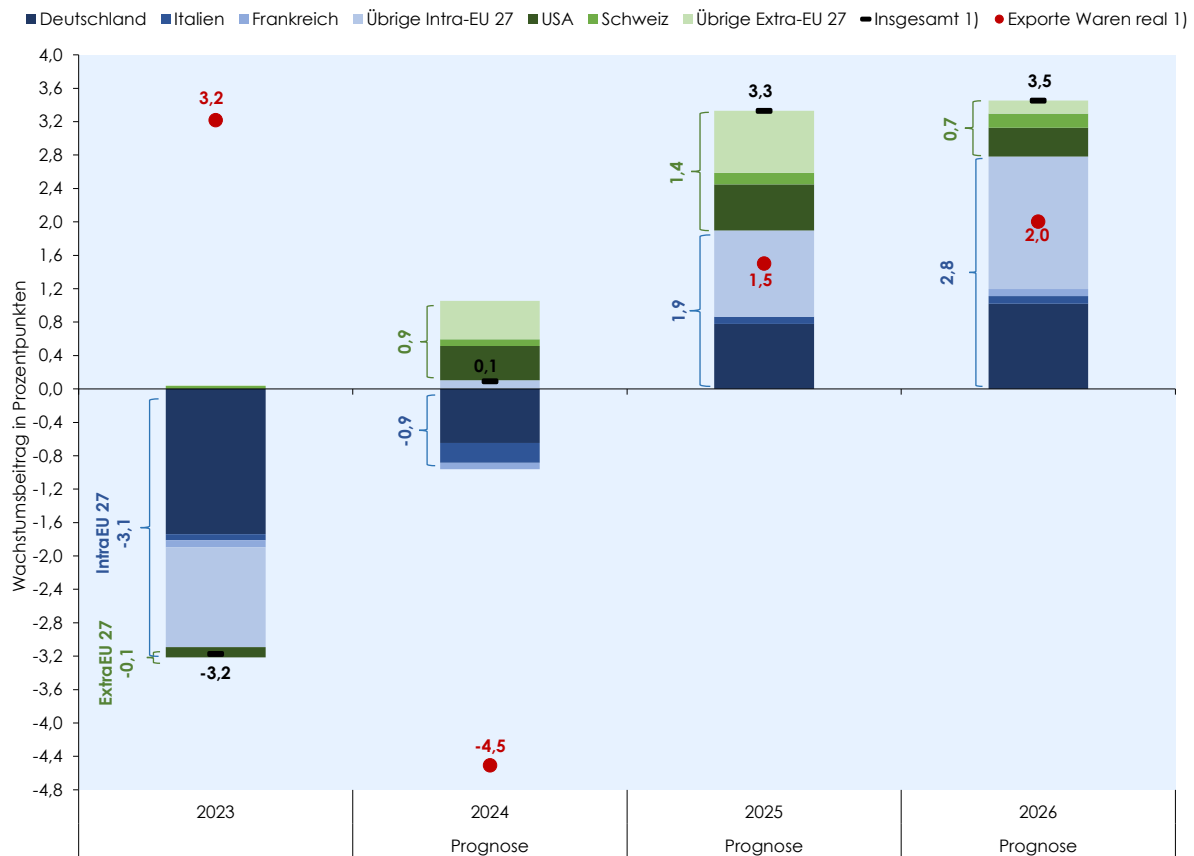
	2023	2024 Prognose	2025 Prognose	2026 Prognose
<i>Veränderung gegen das Vorjahr in %</i>				
Marktwachstum Österreich ¹⁾	-3,2	0,1	3,3	3,5
Exporte real ²⁾ insgesamt	-0,4	-2,9	1,4	2,3
Waren lt. AH-Statistik	3,2	-4,5	1,5	2,0
Waren, fob	-0,4	-4,5	1,5	2,0
Dienstleistungen	-0,6	0,9	1,2	3,1
Importe real ²⁾ insgesamt	-4,6	-2,5	1,7	2,3
Waren lt. AH-Statistik	-6,7	-4,9	2,0	3,0
Waren, fob	-7,4	-4,9	2,0	3,0
Dienstleistungen	3,6	3,4	1,2	0,6
Terms-of-Trade (Waren)	-1,0	3,9	-0,5	0,0
<i>Effektiver Wechselkursindex Industriewaren</i>				
Nominell	1,9	1,0	0,0	0,5
Real	3,4	1,1	-0,3	0,2
Erdölpreis, Brent, \$ je Barrel	-16,9	-2,7	-11,3	-2,1
Erdölpreis, Brent, € je Barrel	-19,0	-2,6	-8,7	-2,1
<i>Mrd. €</i>				
Handelsbilanz Waren lt. AH-Statistik, nominell	-2,0	6,2	4,5	2,7
In % des BIP	-0,4	1,3	0,9	0,5
Leistungsbilanz nominell	6,3	11,5	10,3	10,9
In % des BIP	1,3	2,4	2,0	2,1

Quelle: WIFO-Prognose vom Dezember 2024. – ¹⁾ Veränderungsrate real der Warenimporte der Partnerländer, gewichtet mit den österreichischen Warenexportanteilen. – ²⁾ Referenzjahr 2015, berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen.

Der Rückgang der österreichischen Exporte von real 4,5% wird im Jahr 2024 auch das Wachstum der österreichischen Exportmärkte auf Basis der Importprognosen der wichtigsten Handelspartner deutlich übertreffen (+0,1%; Abbildung 4.3). Das schwache österreichische Marktwachstum ist auch ein Spiegelbild der Investitionsgüterschwäche, wobei hier besonders die schwache Nachfrage Deutschlands negativ durchschlägt. Somit liegt das Wachstum der Exportmärkte auf Basis der internationalen Konjunkturprognosen in den Prognosejahren über der Veränderung der österreichischen Warenausfuhren. Gleichzeitig nimmt die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Unternehmen nach der deutlichen Verschlechterung im Jahr 2023 auch 2024 weiter ab. Der real-effektive Wechselkursindex für Industriewaren, auf Basis des

harmonisierten Verbraucherpreisindex, wird 2024 mit einer Rate von 1,1% ansteigen, dürfte sich aber in den Jahren 2025 und 2026 wieder stabilisieren (Übersicht 4.2). Folglich dürften in der österreichischen Industrie daher im Jahr 2024 nicht nur die nominellen Marktanteile österreichischer Exporteure abnehmen, sondern auch die um Preis- und Wechselkurseffekte bereinigten realen Exportmarktanteile. Die österreichische Exportwirtschaft wird folglich ihre Marktposition in den Partnerländern nicht halten können.

Abbildung 4.3: Wachstum der österreichischen Exportmärkte – 2023 und Prognose 2024 bis 2026 nach Regionen und den Top-5-Exportmärkten



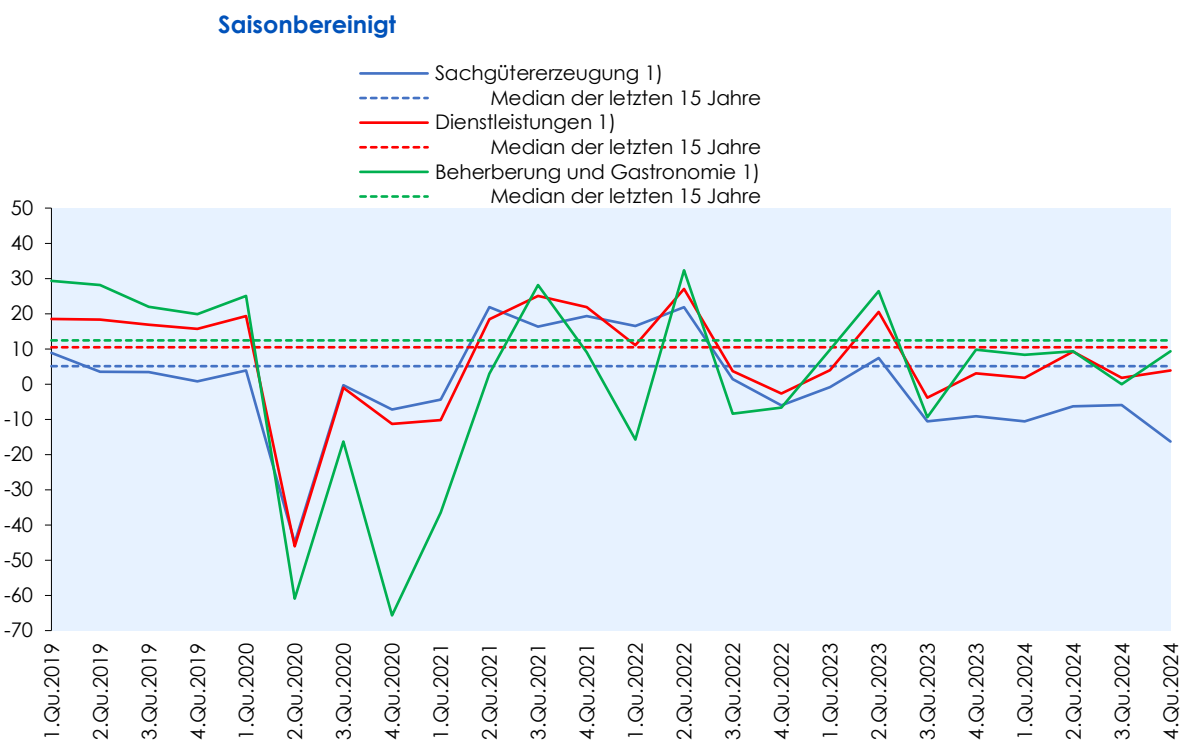
Quelle: WIFO-Prognose vom Dezember 2024; eigene Berechnungen. – 1) Veränderung gegen das Vorjahr in %.

Mit der erwarteten moderaten Erholung der globalen Industrie- und Investitionskonjunktur dürften ab dem späteren Frühjahr 2025 wieder positive Impulse aus der Weltwirtschaft wirksam werden und ein moderates Wachstum der heimischen Exporte einleiten. Das Wachstum der Warenexporte könnte 2025 real 1,5% betragen. Begünstigend für die Entwicklung im Jahr 2025 dürfte dabei vor allem die Belebung der Konjunktur in den Haupthandelspartnerländern, allen voran die steigende Importnachfrage Deutschlands, sein. Zudem zeichnet sich auch keine weitere Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Österreichs ab. Allerdings belasten die Regierungskrisen in Österreich, Deutschland oder Frankreich das Vertrauen der Unternehmen in Europa, gepaart mit einem Strukturwandel in der Automobilindustrie und handelspolitischen Fragen in Bezug auf den Wettbewerb mit China. Dieses unsichere Umfeld wird der wichtigste Hemmschuh für eine starke Erholung der Investitionstätigkeit sein. Auch die konkrete Ausgestaltung und Umsetzung aller angekündigten wirtschaftspolitischen Maßnahmen der

neuen US-Administration sind ein großer Unsicherheitsfaktor. Im Einklang mit den Oxford World Economic Prospects, die die Basis für die unterstellten Annahmen zur internationalen Konjunktur in der WIFO-Prognose bilden, unterstellt die vorliegende Prognose, dass die USA 2025 schrittweise zielgerichtete Zölle gegenüber China, Mexiko, Kanada und der EU einführen werden (siehe Kasten 4.1). Diese Zollanhebungen dürften Vorzieheffekte bei den Importen der USA bewirken und sich auch leicht positiv auf Österreich auswirken. Mit der Belebung der Konjunktur in den Haupthandelspartnern dürfte der Exportzuwachs im Jahr 2025 vom Intra-EU-Handel getragen werden, wenngleich auch vom Extra-EU-Handel weiterhin positive Impulse ausgehen werden (Abbildung 4.3).

Das Wachstum des österreichischen Warenexports erhöht sich 2026 nur geringfügig und lässt einen preisbereinigten Zuwachs von 2,0% erwarten. Mit der weiteren Belebung der internationalen Konjunktur, die im Jahr 2026 auch die Investitionsgüternachfrage erfassen dürfte, werden die österreichischen Warenexporte stärker als 2025 zulegen. Mit dem Anziehen der Investitionen und Industrieproduktion in Europa werden sich die Marktanteilsverluste für österreichische Exporteure im Jahr 2026 verringern. Wettbewerbsnachteile werden ab dem Jahr 2026 aber vermehrt auch durch Umlenkungseffekte der Handelsströme aufgrund der industrie- und handelspolitischen Maßnahmen der USA gegenüber anderen Märkten wie China spürbar werden, wenn Unternehmen aus diesen Ländern ihre Verluste am US-Markt mit Exporten nach Europa kompensieren. Die wichtigsten Wachstumsimpulse dürften 2026 aus den EU-Mitgliedsländern, und hier insbesondere aus Deutschland, zu erwarten sein.

Abbildung 4.4: Erwartung von Aufträgen in der Sachgütererzeugung und im Dienstleistungssektor



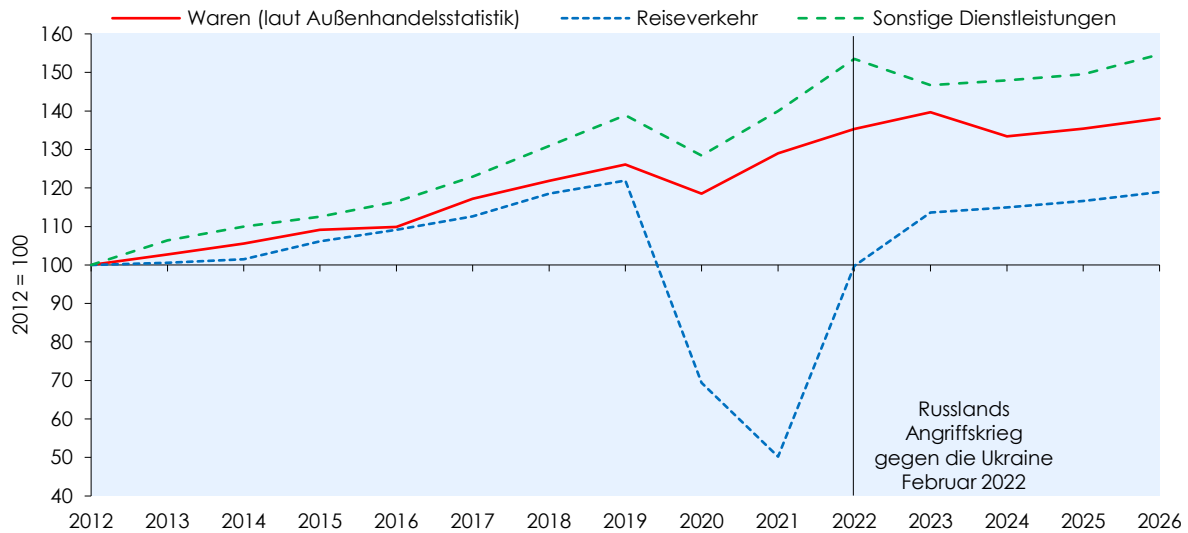
Quelle: WIFO-Konjunkturtest, WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Anteil der Unternehmen, die in den kommenden drei Monaten steigende Aufträge erwarten, minus Anteil der Unternehmen, die in den kommenden drei Monaten sinkende Aufträge erwarten in Prozentpunkten.

Getrieben durch die rege Nachfrage ausländischer Gäste im Winter- und besonders Sommer-tourismus schritt die Erholung der Reiseverkehrsexporte im Jahr 2024 weiter voran. Gleichzeitig beeinträchtigt das positive Preisdifferenzial die preisliche Wettbewerbsfähigkeit des Dienstleistungssektors zunehmend. Laut derzeitiger Prognose zeichnet sich im Dienstleistungsexport 2024 ein Zuwachs von 0,9% ab, 2025 könnte ein Wachstum von 1,2% erreicht werden. Im Jahr 2026 werden die Dienstleistungsexporte mit 3,1% noch kräftiger wachsen. Der Dienstleistungsexport wurde zu Beginn des Jahres 2024 durch den starken Wintertourismus gestützt, jedoch zeichneten sich aufgrund des rückläufigen Warenexports auch noch negative Entwicklungen im grenzüberschreitenden Transportwesen (1. Quartal) und bei unternehmensbezogenen Dienstleistungen (3. Quartal) ab, sodass sich im bisherigen Jahresverlauf die Dynamik abschwächte (vgl. Kapitel 3). Hinweise auf die Eintrübung der Stimmung im Dienstleistungsbereich liefert auch der WIFO-Konjunkturtest. Die zu Beginn des letzten Jahres noch aufwärtsgerichtete Stimmung bei den Geschäftserwartungen des Dienstleistungssektors trübte sich in den Sommermonaten 2024 wieder ein und hat sich seither nur allmählich erholt (Abbildung 4.4). Die Gesamtschätzung der Dienstleistungsunternehmen zeichnet vor allem die Erwartungen der Tourismusbetriebe nach. Diese verschlechterten sich zwischenzeitlich deutlich, hellten sich aber zuletzt mit der Erwartung einer guten Wintersaison 2024/25 wieder merklich auf. Die erwartete Auftragslage blieb aber am Jahresende weiterhin unter dem langjährigen Durchschnitt. Wenngleich die Reiseverkehrsexporte 2024 mit (preisbereinigt) 1,2% zulegen werden, belasten die überdurchschnittlich hohen Preissteigerungen in der Beherbergung und Gastronomie die weitere Entwicklung in den beiden Folgejahren (Fritz & Ehn-Fragner, 2024). Die Reiseverkehrsexporte werden daher 2025 (+1,5%) und auch 2026 (+2,0%) deutlich schwächer wachsen als in den Vorkrisenjahren (Abbildung 4.5).

Die grenzüberschreitende Erbringung sonstiger Dienstleistungen (ohne Reiseverkehr) dürfte im Gesamtjahr 2024 um 0,9% zulegen. Bei unternehmensnahen Dienstleistungen sowie Transportdienstleistungen schlug der Rückgang der heimischen Produktion und der Warenexporte weit aus stärker im Jahr 2023 durch, die Dynamik im Jahr 2024 wird zwar sehr verhalten, aber positiv bleiben. Im Zuge der Erholung der Industrie und des Auflebens der industriellen Vorleistungsnachfrage sollten auch diese Bereiche in den beiden nächsten Jahren wieder stärker wachsen.

Mit der prognostizierten rückläufigen Entwicklung des Warenhandels dürften die Gesamtexporte laut VGR (Exporte von Waren und Dienstleistungen) im Jahr 2024 preisbereinigt um 2,9% einbrechen. Im Jahr 2025 wird ein Wachstum von 1,4% und im Jahr 2026 von 2,3% erwartet. Während der Warenexport sowie der sonstige Dienstleistungsexport (ohne Reiseverkehr) das Vorkrisenniveau von 2019 bereits 2021 wieder leicht übertrafen, werden laut diesen Prognosen die Reiseverkehrsexporte auch bis zum Jahr 2026 das Niveau von 2019 nicht erreichen (Abbildung 4.5).

Abbildung 4.5: Entwicklung und Prognose der realen Waren- und Dienstleistungsexporte Österreichs, 2012 bis 2026

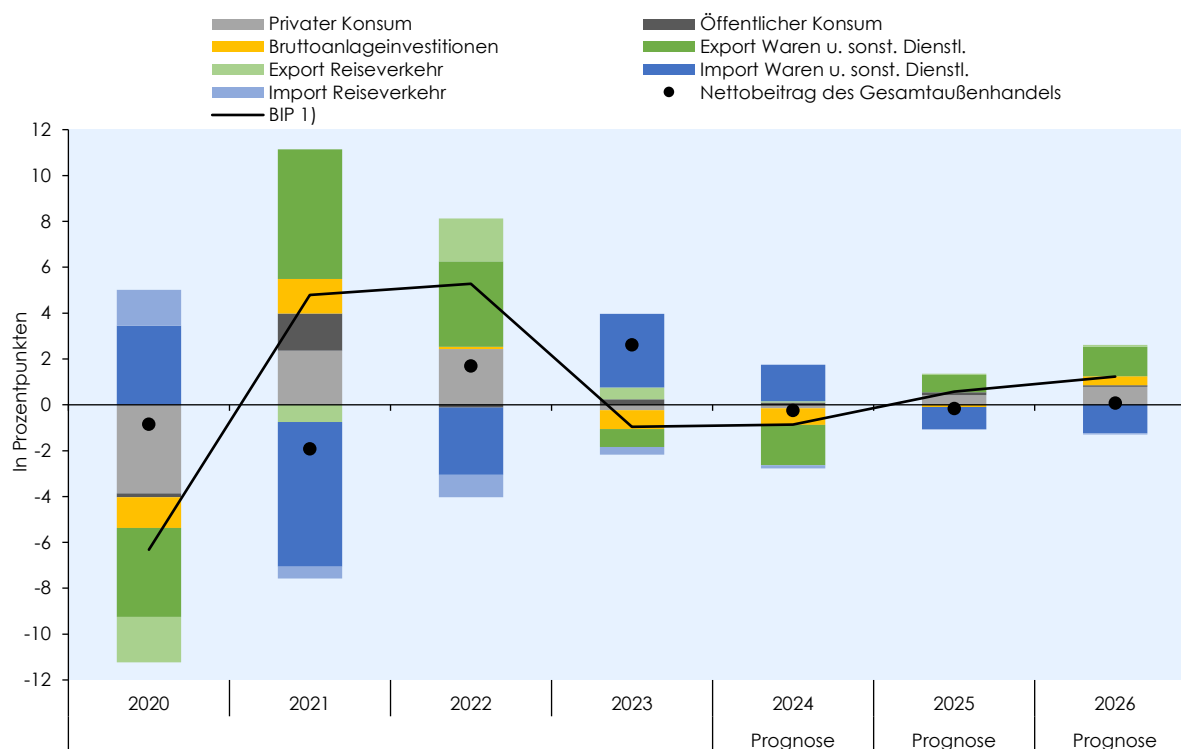


Quelle: Statistik Austria, OeNB, WIFO-Prognose vom Dezember 2023, WIFO-Berechnungen.

Die konjunkturelle Schwächephase trifft im Jahr 2024 auch den österreichischen Gesamtimport von Waren und Dienstleistungen. Dieser wird im Jahr 2024 preisbereinigt um 2,5% sinken und sich parallel zur Erholung der heimischen Industrie im Jahr 2025 langsam erholen und ein Wachstum von 1,7% erreichen. Im Jahr 2026 sollten die Importe mit einem realen Wachstum von 2,3% weiter an Fahrt aufnehmen können. Die österreichischen Warenimporte verzeichneten bereits bis zum Herbst 2024 einen deutlichen Rückgang. Dies war hauptsächlich bedingt durch die heimische Industrierezession, die schwache Investitionstätigkeit und den Abbau von Lagerbeständen. Der schwache inländische private Konsum und die rückläufige Exportdynamik spielten eine zusätzliche Rolle (vgl. Kapitel 3). Die Warenimporte Österreichs dürften 2024 um 4,9% (preisbereinigt) sinken.

Parallel zur anziehenden Exportdynamik und Binnenkonjunktur könnte das Warenimportwachstum heuer 2,0% erreichen (Übersicht 4.2). Die Belebung bleibt damit verhalten, weil auch die heimische Industrie nur langsam aus der Rezession der letzten beiden Jahre 2023 und 2024 herauswächst und auch bei den Investitionen und beim Konsum dauerhafter Konsumgüter kein starker Nachfrageaufschwung erwartet wird. Durch die zaghafte Belebung der Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern werden die Warenimporte stärker expandieren als die Warenexporte. **Für das Jahr 2026 wird ein Zuwachs der Wareneinfuhren um 3,0% prognostiziert.** Der Rückgang der realen Gesamtimporte von Waren und Dienstleistungen fällt daher aufgrund des Erholungseffekts im Tourismus und der robusteren Entwicklung der anderen Dienstleistungsbranchen im Jahr 2024 mit 2,5% schwächer als beim Warenimport aus. Im Folgejahr 2025 werden aber vor allem die Reiseverkehrsimporte aufgrund der Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit infolge der relativen Preissteigerungen gegenüber anderen europäischen Ländern zunehmend beeinträchtigt und real mit 0,6% nur schwach zulegen. Im Jahr 2026 könnten die realen Reiseverkehrsimporte einen Zuwachs um 2,4% erreichen. **Mit der leichten Erholung werden die realen Gesamtimporte von Waren und Dienstleistungen im Prognosehorizont um 1,7% (2025) bzw. 2,3% (2026) zulegen.**

Abbildung 4.6: Wachstumsbeitrag der Nachfragekomponenten zum BIP, real



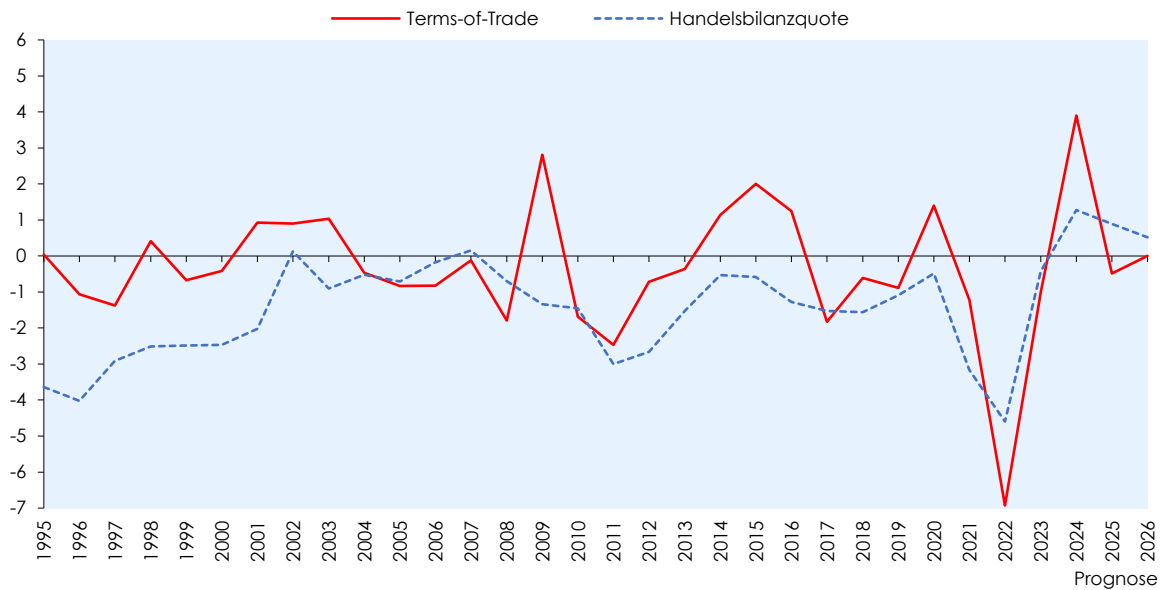
Anmerkung: Ohne Lagerveränderung und Nettozugang an Wertsachen, ohne statistische Differenz.

Quelle: WIFO-Prognose vom Dezember 2024, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Veränderung gegen das Vorjahr in %.

Österreich verzeichnet erneut im Jahr 2024 einen BIP-Rückgang, lediglich der öffentliche Konsum liefert einen positiven Wachstumsbeitrag. Der Beitrag der Nettoexporte zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum wird im Jahr 2024 mit -0,3 Prozentpunkten negativ sein. Weitaus negativere Beiträge werden 2024 auch von den Bruttoanlageinvestitionen ausgehen. Im Jahr 2025 werden der private Konsum und im Jahr 2026 neben dem Konsum auch die Bruttoanlageinvestitionen wieder zu den wichtigsten Stützen der Konjunktur. Der Beitrag der Nettoexporte wird 2025 mit -0,2 Prozentpunkten erneut leicht negativ ausfallen und erst 2026 mit +0,1 Prozentpunkten einen leicht positiven Beitrag liefern (Abbildung 4.6).

Die Warenhandelsbilanz wird sich 2024 um 8,3 Mrd. € verbessern und einen wichtigen Beitrag zur positiven Leistungsbilanz liefern. Die Handelsbilanz wird sich 2024 gegenüber dem Vorjahr deutlich verbessern (+8,3 Mrd. €) und erstmals seit 2007 wieder einen deutlichen Überschuss von 6,2 Mrd. € und damit rund 1,3% des BIP erreichen (Übersicht 4.2). Die Verbesserung der Handelsbilanz ist größtenteils auf einen positiven Preiseffekt zurückzuführen, der sich vorwiegend aus den rückläufigen Importpreisen, allen voran für Energieimporte, ergibt. Darüber hinaus leistet die Verbesserung der Terms-of-Trade (Verhältnis der Export- zu Importpreisen) einen positiven Beitrag. Die Terms-of-Trade sollten sich im Zuge des Rückgangs der Energiepreise im Jahr 2024 mit +3,9% deutlich verbessern (Abbildung 4.7). Aufgrund der sinkenden Energiepreise gepaart mit der Konjunkturschwäche 2024 lässt die Dynamik der Importpreise im Jahr 2024 deutlich nach, während die Exportpreise leicht anziehen und eine Überwälzung des positiven Preisdifferenzials nahelegen (vgl. Kapitel 3). Die Terms-of-Trade dürften sich vor allem aufgrund der Abwertungstendenz des Euro gegenüber dem US-Dollar im Jahr 2025 wieder verschlechtern und 2026 unverändert bleiben.

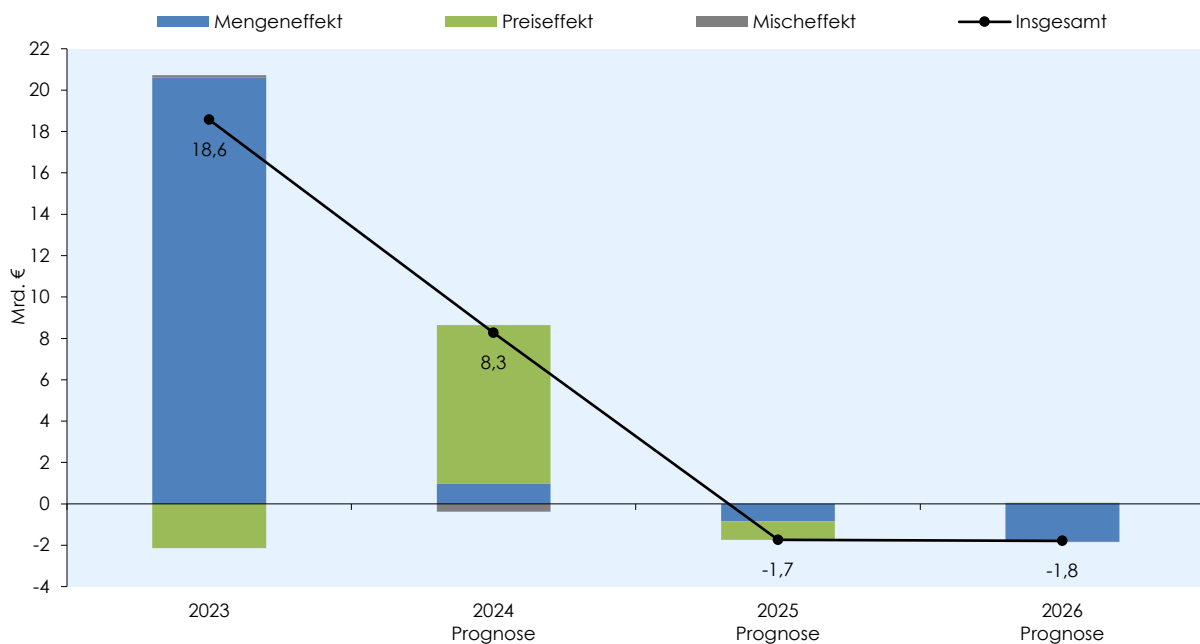
Abbildung 4.7: Veränderung der Terms-of-Trade und die Handelsbilanzquote, 1995 bis 2026



Anmerkung: Die Terms-of-Trade geben das Verhältnis der Exportpreise zu den Importpreisen wieder, die Veränderung wird im Vergleich zum Vorjahr in % dargestellt. Die Handelsbilanzquote gibt die Warenhandelsbilanz in % des BIP wieder. 2023 bis 2025 Prognosen. Quelle: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond, WIFO-Prognose vom Dezember 2024.

Der positive Terms-of-Trade-Effekt bewirkt im Jahr 2024 einen Überschuss der Warenhandelsbilanz von 6,2 Mrd. €, der einen positiven Preiseffekt aufgrund der stark rückläufigen Importpreise von 7,7 Mrd. € bewirkt (Abbildung 4.8). Dieser Überschuss wird sich im Prognosezeitraum kontinuierlich abschwächen und 2026 rund 0,5% des BIP ausmachen.

Abbildung 4.8: Beitrag der Mengen- und Preiskomponente des Warenaußenhandels zur Veränderung der Handelsbilanz 2023 bis 2026



Quelle: WIFO-Prognose vom Dezember 2023, WIFO-Berechnungen.

Für die Jahre 2024 bis 2026 ist aufgrund der positiven Entwicklung der Güterbilanz sowie des positiven Beitrags der Reiseverkehrsbilanz mit einer deutlichen Verbesserung der Leistungsbilanz zu rechnen. Sie wird 2024 mit einem Überschuss von 11,5 Mrd. € schließen und im Prognosezeitraum bis 2026 bei rund 2% des BIP verbleiben. Der erwartete, deutlich positive Überschuss in der Warenhandelsbilanz wird in der österreichischen Zahlungsbilanz im Jahr 2024 durch außerordentlich hohe Überschüsse im Transitverkehr und im nicht grenzüberschreitenden Warenverkehr²⁷⁾ im Zusammenhang mit der Lohnveredelung – die dem Güterhandel laut VGR zugeordnet werden und einen Teil der Abgrenzungsunterschiede zum Warenhandel laut Außenhandelsstatistik darstellen – noch erhöht. Die Güterbilanz laut VGR saldiert 2024 mit +11,7 Mrd. € deutlich positiv (Übersicht 4.3) und wird 2025 leicht auf +10,1 Mrd. € und 2026 auf +8,6 Mrd. € zurückgehen. Deutlich entlastet wird die Leistungsbilanz 2024 aber auch durch den Überschuss im Reiseverkehr, der um 0,4 Mrd. € höher als noch 2023 ausfallen wird. Der erzielte Reiseverkehrsüberschuss erreicht 2024 einen Wert von 9,8 Mrd. € und könnte sich bis 2026 auf 11,5 Mrd. € erhöhen und damit die Leistungsbilanz weiter maßgeblich entlasten (Übersicht 4.3).

Übersicht 4.3: Zahlungsbilanzprognose

		2022	2023	2024	2025	2026
				Prognose	Prognose	Prognose
Waren (laut Außenhandelsstatistik)	Mrd. €	-20,59	-2,02	6,25	4,50	2,71
Güter	Mrd. €	-8,77	4,01	11,68	10,13	8,59
Reiseverkehr i.w.S. ¹⁾	Mrd. €	7,75	9,42	9,81	10,72	11,46
Sonstige Dienstleistungen	Mrd. €	-1,51	-3,91	-7,33	-7,40	-5,57
Primäreinkommen	Mrd. €	2,02	0,19	1,33	0,99	0,92
Sekundäreinkommen	Mrd. €	-3,35	-3,36	-3,96	-4,14	-4,47
Leistungsbilanz	Mrd. €	-3,86	6,35	11,53	10,30	10,93
	In % des BIP	-0,9	1,3	2,4	2,0	2,1

Quelle: WIFO-Prognose vom Dezember 2024, WIFO-Berechnungen. – 1) Einschließlich internationaler Personentransporte.

Der Saldo der Primäreinkommen dürfte sich im Prognosehorizont weiter verbessern. Dies steht vor allem im Zusammenhang mit der Entwicklung der Erwerbseinkommen ausländischer Fachkräfte, vor allem in den heimischen Hotel- und Beherbergungsbetrieben. Die Prognose der Sekundäreinkommen berücksichtigt Transferzahlungen der EU an Österreich sowie auf der Passivseite BIP-bezogene EU-Beiträge Österreichs. Das Defizit der Sekundäreinkommen steigt 2024 und wird im Prognosezeitraum bis 2026 auf ein Defizit von 4,5 Mrd. € anwachsen.

4.2 Prognoserisiken

Die Abwärtsrisiken der vorgestellten Prognose überwiegen. Die Unsicherheit über die von der Europäischen Kommission geforderten Budgetkonsolidierungen in den wichtigsten europäischen Volkswirtschaften und deren potenzielle Auswirkungen auf die Industrie- und Investitionskonjunktur in Europa sowie die Ausgestaltung der fiskal- und handelspolitischen Maßnahmen des neu gewählten US-Präsidenten Donald Trump stellen die wichtigsten Prognoserisiken dar.

²⁷⁾ Die Zahlungsbilanz erfasst alle Rechtsgeschäfte zwischen einem In- und einem Ausländer unabhängig davon, ob die zugrunde liegenden Waren die österreichische Grenze passieren. Kauft demnach ein gebietsansässiges Unternehmen Waren im Ausland und führt diese nicht nach Österreich ein, sind diese zu erfassen. Dasselbe gilt für den Verkauf von Waren. Diese Transaktionen stehen hauptsächlich im Zusammenhang mit Lohnveredelung im Ausland (OeNB; <https://www.oenb.at/isaweb/report.do?lang=DE&report=9.1.11>).

Innerhalb der EU überwiegt vor allem die Unsicherheit über die wirtschaftliche Entwicklung und die Erholung der Industrie- und Investitionskonjunktur. Die europäische Industrie steckt derzeit in einer Krise, die sowohl struktureller als auch konjunktureller Art ist. Die Produktionsstrukturen und Absatzmärkte vieler EU-Volkswirtschaften befinden sich im Nachklang multipler Krisen im Wandel, wobei noch nicht abschätzbar ist, ob die Nachfrageschwäche nach europäischen Industriegütern nur vorübergehend ist, oder eine dauerhafte Anpassung widerspiegelt (Ederer & Schiman-Vukan, 2024). Ein zusätzliches Abwärtsrisiko für die Prognose stellt die weitere Verschlechterung der relativen Preis- und Kostenposition Österreichs dar. Die Einschätzungen der heimischen Industrieunternehmen zur Wettbewerbsposition fallen im europäischen Vergleich am pessimistischsten aus und eine Überwälzung des Kostendifferenzials auf die Exportpreise ist nur bedingt möglich. Mittelfristig kann eine hohe relative Kostenposition auch zu einer Verschlechterung der Standortqualität beitragen und so die Investitions- und Innovationsbereitschaft der Unternehmen in Österreich schmälern.

Unsicherheiten bezüglich der gewählten Annahmen bestehen vor allem auch in Bezug auf die Entwicklung der transatlantischen und globalen Handelsbeziehungen. Das in der Prognose der internationalen Konjunktur übernommene Szenario der möglichen Ausgestaltung der Zollpolitik geht davon aus, dass die USA schrittweise zielgerichtete Zölle gegenüber China, Mexiko, Kanada und der EU einführen werden (siehe Kasten 4.1). Die mögliche Einführung weiterer Zölle im Sinne reziproker Zölle, die Trump mit Mitte Februar mit einer Überprüfungsfrist von 180 Tagen angekündigt hat, könnte zu weitaus höheren Effekten führen (siehe Kasten 4.1).

Kasten 4.2: Ökonomische Auswirkungen der handelspolitischen Maßnahmen der neuen US-Administration

Falls die Wahlkampfansagen des US-Präsidenten vollumfänglich umgesetzt werden, zeichnen sich für Österreich und die EU weitaus höhere Effekte ab als in der Prognose unterstellt. Die Ankündigungen könnten die Zölle auf US-Importe pauschal um 10% bis 20% erhöhen, eine Ausnahme gibt es nur für Länder mit einem Handelsabkommen mit den USA. Die Zölle auf chinesische Güter könnten auf 70% steigen (60% Wahlankündigung und 10% Strafzölle). Auch für Kanada und Mexiko würden trotz Handelsabkommens mit den USA (USMCA) Zölle in Höhe von bis zu 25% erwartet werden, zugleich ist auch der Fortbestand des USMCA ungewiss. Die angedrohten Zölle von 25% gegen Kanada und Mexiko wurden Anfang Februar für 30 Tage ausgesetzt.

Übersicht K1: Effekte der potenziellen handelspolitischen Szenarien unter Trump

	Exporte	BIP real
Angekündigte US-Zollpolitik:		
10% Zölle für alle Partner ohne FHA, 60% Zölle für China; Gegenmaßnahmen im Einklang mit den WTO-Regeln		
Österreich	-1,60%	-0,20%
USA	-21,90%	-0,80%
WTO-Demontage:		
Handelserleichtender Effekt der WTO wird für alle WTO-Mitglieder herausgerechnet.		
Österreich	-2,00%	-0,30%
USA	-8,50%	-0,50%

Quelle: Felbermayr et al. (2024a).

Ein aktueller Kiel Policy Brief (Felbermayr et al., 2024a) berechnet die langfristigen Effekte dieser möglichen Zollpolitik für die österreichische Wirtschaft auf Basis des KITE-Modells. Im sogenannten "US Policy Szenario 2" mit einem 10%-Zoll für alle Handelspartner ohne Handelsabkommen und einem Anstieg der Zölle gegen China auf 60% und Vergeltungsmaßnahmen der betroffenen Länder im Einklang mit den

WTO-Regeln würden die österreichischen Exporte langfristig um 1,6% sinken. Die heimische Wirtschaftsleistung würde in diesem Szenario langfristig um 0,2% zurückgehen.

Die stärkste Betroffenheit zeigt sich in diesem Szenario allerdings für die US-Wirtschaft. Die deutliche Belastung durch höhere Importkosten wirkt sich negativ auf die Wirtschaftsleistung der USA aus, zudem schmälern die Vergeltungszölle der Handelspartner die Wettbewerbsfähigkeit der US-Exportindustrie, sodass das reale BIP in den USA um 0,8% zurückgehen könnte, die Exporte würden um rund 22% einbrechen.

Erste Wahlversprechen hat US-Präsident Trump bereits kurz nach seiner Vereidigung umgesetzt und per Dekret den Rückzug der USA aus der WHO und wie bereits in seiner ersten Amtszeit den erneuten Ausstieg aus dem Pariser Klimaschutzabkommen angeordnet. Im Sinne seiner "America First"-Politik steht er multilateralen Institutionen, wie auch der WTO, sehr kritisch gegenüber und drängt Handelspartner dazu, direkte Deals mit den USA zu verhandeln. In einer Zeit, in der der Multilateralismus durch eine Zunahme protektionistischer Maßnahmen, auch im Zusammenhang mit einer Geopolitisierung des Außenhandels, um machtorientierte Interessen durchzusetzen, tendenziell stärker auf dem Rückzug ist und gleichzeitig die WTO aufgrund unterschiedlichster Gründe in einer Krise steckt sowie in den letzten Jahren an Funktionalität eingebüßt hat, wäre eine weitere Demontage des regelbasierten multilateralen Handelssystems mit spürbaren Auswirkungen verbunden. In dem aktuellen Kiel Policy Brief zeigen Felbermayr et al. (2024a) die Effekte eines solchen "Worst-Case-Szenarios". Infolge eines Zusammenbruchs der WTO würde das reale BIP Österreichs um gut 0,3% sinken, Einbußen in Höhe von 0,5% des realen BIP hätten die USA zu verkraften.

5. Mittelfristige Entwicklungen im globalen Handel

Robert Stehrer

5.1 Globale Muster und Trends

Das Wachstum des Welthandels bleibt weiterhin verhalten. Die WTO (2024b) erwartet ein Wachstum des realen globalen Warenhandels von lediglich 2,7% für 2024 und 3,0% für 2025²⁸⁾ im Vergleich zu -1,1% im Jahr 2023 und +2,2% im Jahr 2022. Diese Wachstumsraten fallen nur geringfügig höher als das erwartete reale globale BIP-Wachstum von 2,7% für die Jahre 2024 und 2025 aus. Im aktuellen Update des World Economic Outlook (IMF, 2025) wird jedoch ein etwas höheres globales Wachstum für 2025 und 2026 von 3,3% prognostiziert²⁹⁾. Jedoch liegen die prognostizierten Wachstumsraten für die entwickelten Länder bei unter 2%, für den Euro-Raum nur bei 1,0% für 2024 bzw. 1,4% für 2025. Zu nominellen US-Dollar gab es kein Wachstum des Güterhandels vom ersten Halbjahr 2023 auf das erste Halbjahr 2024, während der Handel gewerblicher Dienstleistungen sich dynamischer entwickelte und um 7% wuchs. Der vorhergesagte verhaltene Aufschwung ist getrieben durch die fallenden Inflationsraten und die Zinssenkungen. Weiterhin existieren jedoch Abwärtsrisiken durch die Konflikte im Nahen Osten, den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, die Wachstumsschwäche in China und die Unsicherheiten hinsichtlich des Amtsantritts von Donald Trump als 47. Präsident der USA.

Die regionale Fragmentierung des Welthandels schreitet voran. Die WTO (2024b) weist auch auf eine stärkere Fragmentierung des Welthandels zwischen hypothetischen Handelsblöcken (definiert nach UN-Abstimmungsverhalten, siehe Blanga-Gubbay & Rubinovà, 2023) hin. Gruppieren man die Länder in einen "US-Block", einen "China-Block" und "Andere" zeigt sich diese Fragmentierung ebenfalls bzw. wurde schon so vorhergesagt (siehe Stehrer, 2024a³⁰⁾). Vor allem der Handel innerhalb des US-Blocks steigt seit 2020 wieder an und dominiert mit fast 50% weiter den globalen Handel (siehe Abbildung 5.1).

Der Anteil des China-Blocks am Welthandel ging über die Zeit etwas zurück. Innerhalb des China-Blocks finden rund 10% des Welthandels statt, während die Exporte des China-Blocks in die Volkswirtschaften, die dem US-Block zugerechnet werden, fast 15% ausmachen. Die Exporte des US-Blocks in den China-Block sind leicht gesunken und liegen bei etwa 10%. Die anhaltenden geopolitischen Spannungen als auch die Ankündigungen der neuen US-Administration lassen erwarten, dass sich diese Verschiebungen in den Handelsmustern fortsetzen,

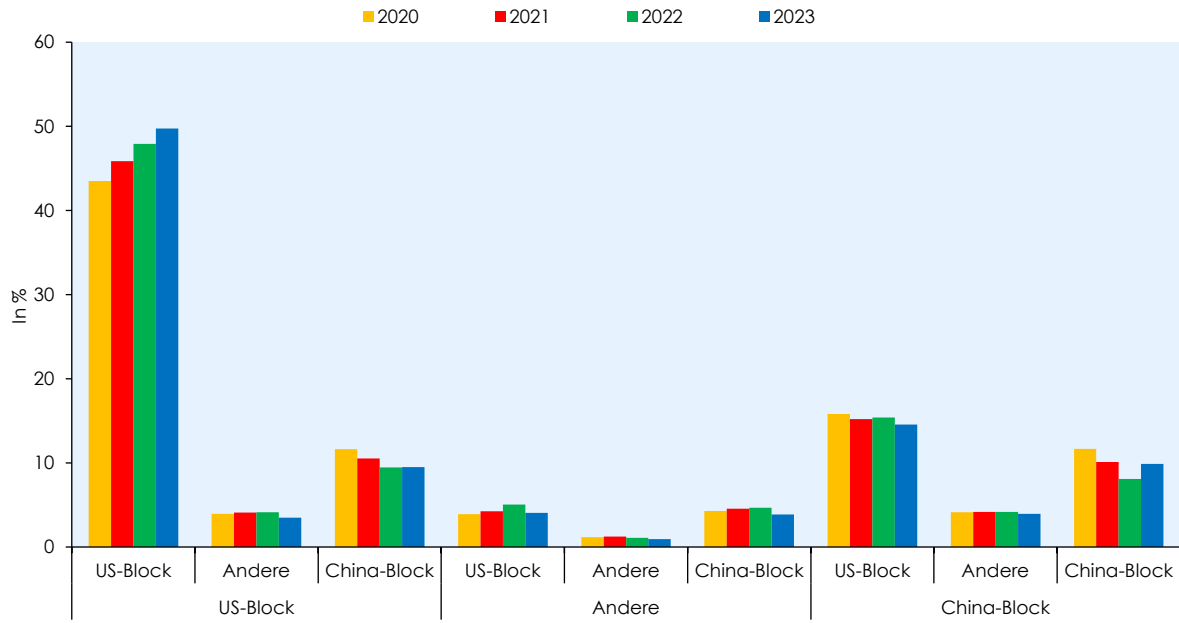
²⁸⁾ Die Weltbank schätzt das Wachstum des globalen Handelsvolumens (Güter und Dienstleistungen) auf 2,7% im Jahr 2024 und 3,1% im Jahr 2025 (World Bank, 2025; siehe auch Kapitel 2 für Details).

²⁹⁾ Wie in Kapitel 2 beschrieben, prognostiziert die Weltbank ein Wachstum von 2,7% für 2025 und 2026 (World Bank, 2025).

³⁰⁾ In Stehrer (2024a) wurde der "US-Block" definiert als USA, Kanada, Europa, Japan, Australien und Neuseeland sowie Kolumbien, Mexiko, Marokko, Türkei, Südkorea. Im China-Block sind neben China die Länder Russland, Iran, Pakistan, Nordkorea viele afrikanischen Staaten und asiatische Länder. Nicht-alliierte Länder wären Brasilien, Indien, Indonesien oder Nigeria.

wobei es aber auch zu Spannungen zwischen den Ländern des US-Blocks kommen kann, falls die Ankündigungen höherer US-Importzölle, wie z. B. gegen Kanada oder Mexiko oder auch gegen die EU, tatsächlich umgesetzt werden.

Abbildung 5.1: Anteile an den globalen Exporten nach geökonomischen Blöcken



Quelle: UN COMTRADE, wiiw-Berechnungen.

30 Jahre nach der Gründung der WTO ist das regelbasierte multilaterale Handelssystem in seiner Existenz gefährdet. Vor 30 Jahren, am 1. Jänner 1995, nahm die WTO, die am 15. April 1994 aus dem "General Agreement on Tariffs and Trade (GATT)" hervorgegangen ist, ihre Arbeit in Genf auf. Zu den Kernaufgaben zählen die Koordination der Handelspolitik der Mitgliedstaaten und die Streitbeilegung (siehe auch Kasten 5.1). Das "Appellate Body", die Rechtsmittelinstanz der WTO, ist jedoch seit 2019 blockiert, da die USA seit Jahren Nachbesetzungen von Richter:innen verhindert. Es ist nicht anzunehmen, dass sich dies unter der Präsidentschaft von Donald Trump ändern wird. Auch die weiteren Grundprinzipien der WTO – Nichtdiskriminierung, Abbau von Handelsbarrieren und Zöllen, Reziprozität und Multilateralismus – sind aufgrund der geopolitischen Trends, der unilateralen Ankündigungen Donald Trumps und des damit verbundenen sich abzeichnenden Handelskonflikts zwischen den USA und China in Gefahr, immer mehr missachtet zu werden (siehe Kasten 5.1). Auch die EU setzt verstärkt handelspolitische Maßnahmen gegen China ein (siehe Kapitel 5.2).

Die Bedeutung der WTO sieht man daran, dass fast der gesamte Welthandel zwischen WTO-Mitgliedstaaten getätigt wird. In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu betonen, dass 98% des Welthandels (basierend auf Berechnungen mit UN Comtrade Daten wie in Abbildung 5.2) innerhalb der 166 Mitglieder abgewickelt wird. Weitere 23 Länder haben als Vorstufe zu einer etwaigen Mitgliedschaft Beobachterstatus. Die Bedeutung des Handels mit WTO-Mitgliedstaaten gilt auch für die großen Länder bzw. Handelsblöcke wie Abbildung 5.2 zeigt. Für die EU liegt der Anteil der Exporte in die USA bei weniger als 10%, nach China bei 4% und in andere WTO-Mitgliedsländer bei 20%; der Intra-EU-Handel macht mehr als 60% der Exporte aus.

Zusammengenommen gehen somit fast 99% der Exporte in WTO-Mitgliedsländer. Ähnliche Größenordnungen gelten für die Importe (siehe Abbildung 5.2).

Kasten 5.1: Rolle und Herausforderungen der WTO³¹⁾

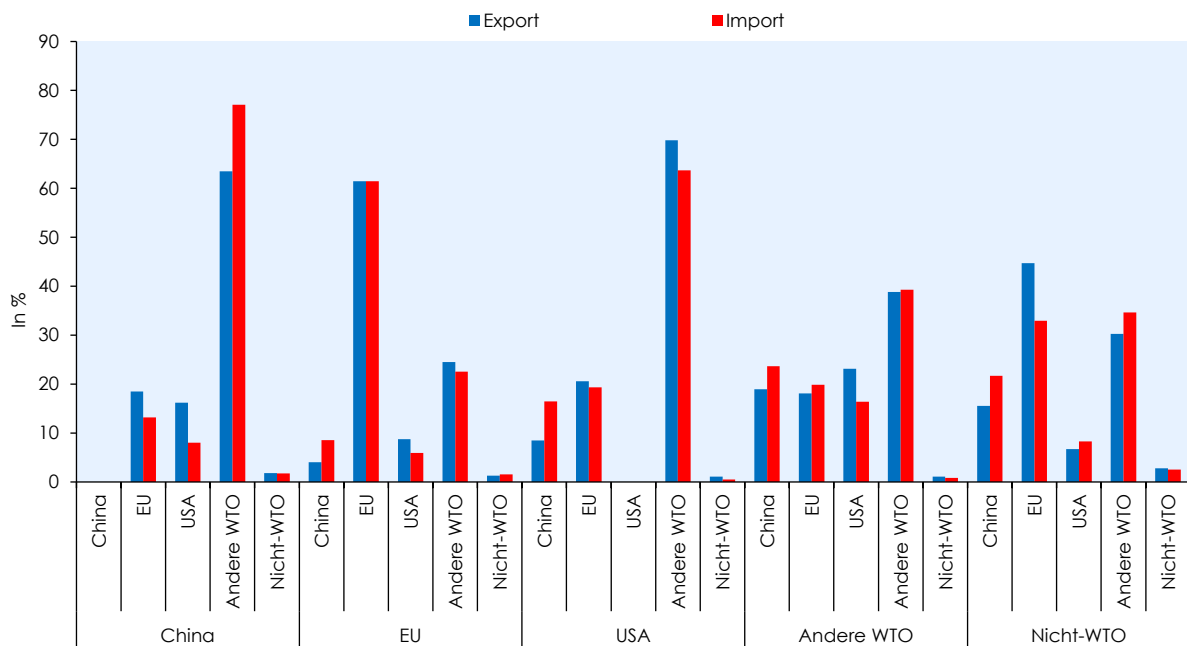
Die WTO soll im Wesentlichen drei Kernfunktionen erfüllen: (i) ein Forum für Verhandlungen über die Liberalisierung des Handels und die Formulierung neuer Handelsregeln bieten; (ii) die vereinbarten Handelsregeln überwachen; und (iii) einen Rahmen für die Beilegung von Handelsstreitigkeiten zwischen den Mitgliedern schaffen (siehe Christen, 2021, für Details). Die Uneinigkeit unter den WTO-Mitgliedern über die Prioritäten des multilateralen Handelssystems hat jedoch in den letzten Jahrzehnten eine Aktualisierung der handelspolitischen Rahmenbedingungen verhindert. Dadurch wurde der Handlungsspielraum der WTO im Hinblick auf ihre Hauptaufgaben zunehmend eingeschränkt. Das unveränderte Regelwerk der WTO führt auch dazu, dass die Mitglieder verstärkt bi- und unilaterale Handelsmaßnahmen implementieren, um die eigene wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und Sicherheit zu gewährleisten. Während 1995 lediglich 45, hauptsächlich auf den Warenhandel fokussierte, Handelsabkommen in Kraft waren, zählt man kumuliert bis Ende 2024 373 Abkommen, die zunehmend auch den Dienstleistungshandel berücksichtigen. Der eingeschränkte Handlungsspielraum der WTO wirkt angesichts der aktuellen geopolitischen Herausforderungen verschärfend. Für die Stärkung des multilateralen Systems ist daher eine Strategie erforderlich, die sich mit dem Systemwettbewerb innerhalb der globalen Handelsordnung befasst und die Funktionsweise der WTO flexibilisiert (Felbermayr et al., 2022). Die zukünftige Entwicklung und notwendigen Fortschritte in zentralen Bereichen der WTO hängen vom Reformwillen ihrer Mitglieder ab. Die kritische Haltung des US-Präsidenten Trump zu multilateralen Organisationen hat bereits in der ersten Amtszeit zur Androhung des Ausstiegs der USA aus der WTO geführt. Die Herausforderungen der WTO zum 30-jährigen Jubiläum könnten daher nicht größer sein. Nichtsdestotrotz wird die WTO der wichtige Anker für eine verbindliche, regelbasierte internationale Handelsordnung bleiben. Diese benötigt jedoch Impulse für eine notwendige Reform, um aus ihrer Krise und zunehmenden Dysfunktionalität herauszukommen.

Die EU, der Österreich vor ebenfalls 30 Jahren beigetreten ist, ist einer der größten globalen Akteure im Welthandelssystem. Etwa ein Drittel der globalen Exporte (einschließlich Intra-EU-Handel) wird von EU-Mitgliedsländern getätigt. Ohne den Intra-EU-Handel zu berücksichtigen, hält die EU einen Anteil von etwa 15% an den globalen Exporten und rangiert an zweiter Stelle hinter China mit rund 19%. Die Gruppe der jeweils anderen EU-Mitgliedstaaten ist für die meisten EU-Länder (Ausnahmen sind Zypern und Irland) auch – oft der bei weitem – wichtigste Handelspartner. So gehen fast 70% der österreichischen Exporte in andere EU-Länder. Somit wird fast ein Fünftel des österreichischen BIP durch Exporte in andere EU-Länder generiert; insgesamt ist etwa ein Drittel der österreichischen Wirtschaftsleistung auf Exporte zurückzuführen. Ähnliche Größenordnungen gelten auch für die durch Exporte geschaffenen Arbeitsplätze, die bei etwa 1,4 Mio. liegen. Davon unterstützen die österreichischen Extra-EU-Exporte etwa 585.000 Arbeitsplätze in Österreich, weitere 187.000 Jobs werden durch Exporte anderer EU-Länder in Nicht-EU-Länder geschaffen³²⁾, was die Bedeutung der EU-Integration für Österreichs Einbettung in Wertschöpfungsketten unterstreicht.

³¹⁾ Ich bedanke mich bei Elisabeth Christen für Hintergrundinformationen und Kommentare.

³²⁾ Siehe <https://www.europarl.europa.eu/topics/de/article/20180703STO07132/die-EU-und-der-welthandel-infografik#:~:text=Im%20Jahr%202021%20machten%20die,der%20ar%C3%B6%C3%9Ften%20Handelsm%C3%A4chte%20der%20Welt> und https://policy.trade.ec.europa.eu/analysis-and-assessment/statistics/trade-and-jobs/austria_en?prefLang=de.

Abbildung 5.2: Export- und Importanteile nach Ländergruppen, 2023



Quelle: UN COMTRADE, wiiv-Berechnungen.

Fast ein Drittel des globalen Handels entfällt auf Dienstleistungen. Nimmt man den Güter- und Dienstleistungshandel zusammen (wie in multi-nationalen Input-Output-Tabellen verfügbar³³), macht der Dienstleistungshandel mehr als ein Drittel (35%) der globalen Handelsströme aus; der Rest von 65% entfällt auf den Güterhandel.

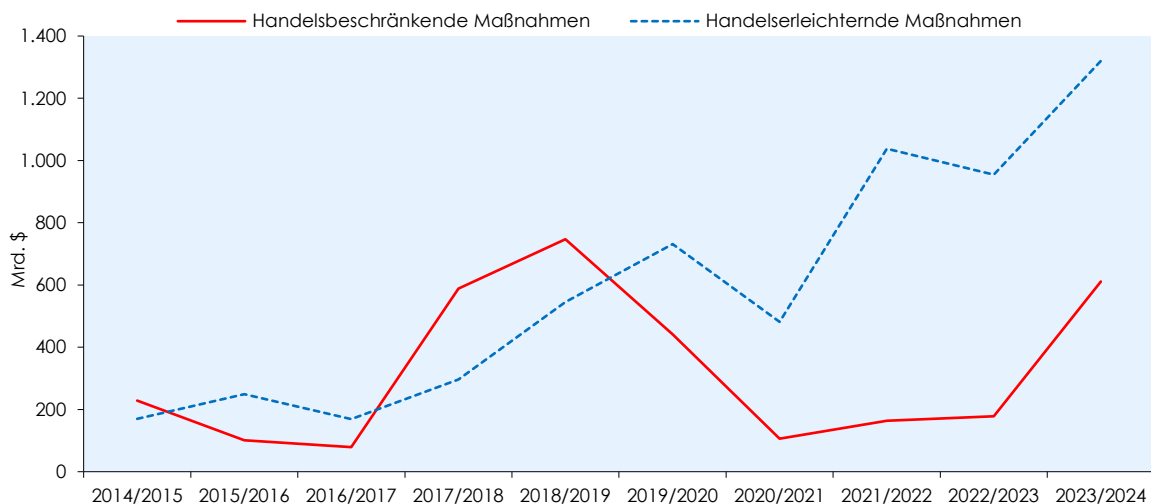
Etwa zwei Drittel der globalen Handelsströme betreffen Vorleistungen. Unterscheidet man nach Intermediär- und Finalgüterhandel dominiert ersterer mit 62%. Der Anteil an Intermediärinputs, also Güter und Dienstleistungen die bei der Produktion weitere Güter oder Dienstleistungen (für Exporte oder heimischen Konsum) verbraucht werden, ist beim Dienstleistungshandel mit 68% sogar höher als beim Güterhandel, bei dem der Anteil etwas weniger als 60% beträgt. Berücksichtigt man auch die Vorleistungsgüter, die in den Ländern selbst hergestellt werden (also einschließlich Intra-EU-Handel), ist der Anteil der importierten Vorleistungen für die EU bei knapp unter 13%, in den USA bei knapp unter 10%, für China bei etwas mehr als 8%. Die EU importiert etwa 45% an Vorleistungen aus Nicht-EU-Ländern, die restlichen 55% stammen aus dem Intra-EU-Vorleistungshandel. Die wichtigsten Länder für Importe von Vorleistungsgütern oder Vorleistungsdienstleistungen der EU aus Nicht-EU-Ländern sind die USA mit 15,5%, China mit 12,7%, und das Vereinigte Königreich mit 11,2%. Bei den importierten Vorleistungen ist jedoch zu beachten, dass kritische Abhängigkeiten bei bestimmten detaillierten Produkten oder von wenigen Handelspartnern existieren oder entstehen können bzw. vorhanden sind (siehe Kapitel 5.2).

³³) Berechnet aus FIGARO MC IOTs (Release 2024) für das letzte verfügbare Jahr 2022.

5.2 Handelspolitische Trends

Importe sind wieder stärker von handelsrelevanten Beschränkungsmaßnahmen betroffen. Das in der WTO verankerte multilaterale Handelssystem ist durch das Wiedererstarken nationalistischer und protektionistischer Tendenzen, geopolitische Spannungen und Verwerfungen aufgrund verschiedener geopolitischer Konflikte, die Ankündigungen der neuen US-Administration und die Diskussion in den USA und der EU über den Umgang mit China mehr denn je herausgefordert. Bei den Handelsmaßnahmen der WTO-Mitglieder wird zwischen handels erleichernden und handelsbeschränkenden Maßnahmen, wie beispielsweise Zollerhöhungen, Importverbote oder Exportsteuern, unterschieden. Nach dem starken Rückgang seit 2018/2019³⁴⁾ war bis 2022/2023 nur ein leichter Aufwärtstrend hinsichtlich der von handelsbeschränkenden Maßnahmen betroffenen Importe zu sehen. Diese stiegen jedoch von 178 Mrd. \$ 2022/2023 auf 611 Mrd. \$ in 2023/2024 stark an (siehe Abbildung 5.3). Der Anstieg wurde vor allem durch die Erhöhung von Einfuhrzöllen, gefolgt von der Verhängung von mengenmäßigen Beschränkungen und strengeren Zollverfahren getrieben. Die von handels erleichernden Maßnahmen tangierten Importe stiegen von 955 Mrd. \$ im Jahr 2022/2023 auf 1.320 Mrd. \$ im Jahr 2023/2024 an, wobei die Senkung oder Abschaffung von Importzöllen die handels erleichernden Maßnahmen dominieren.

Abbildung 5.3: Von neuen handelsrelevanten Maßnahmen erfasste Handelsvolumen (Importe), 2014/2015 – 2023/2024



Anmerkung: WTO-Mitglieder gesamt. Maßnahmen werden jeweils von Mitte Oktober eines Jahres bis Mitte Oktober des Vorjahres erfasst. Die gezeigten Maßnahmen sind ohne Maßnahmen im Zusammenhang mit COVID-19.
Quelle: WTO (2024b); Charts 3.3 und 3.5.

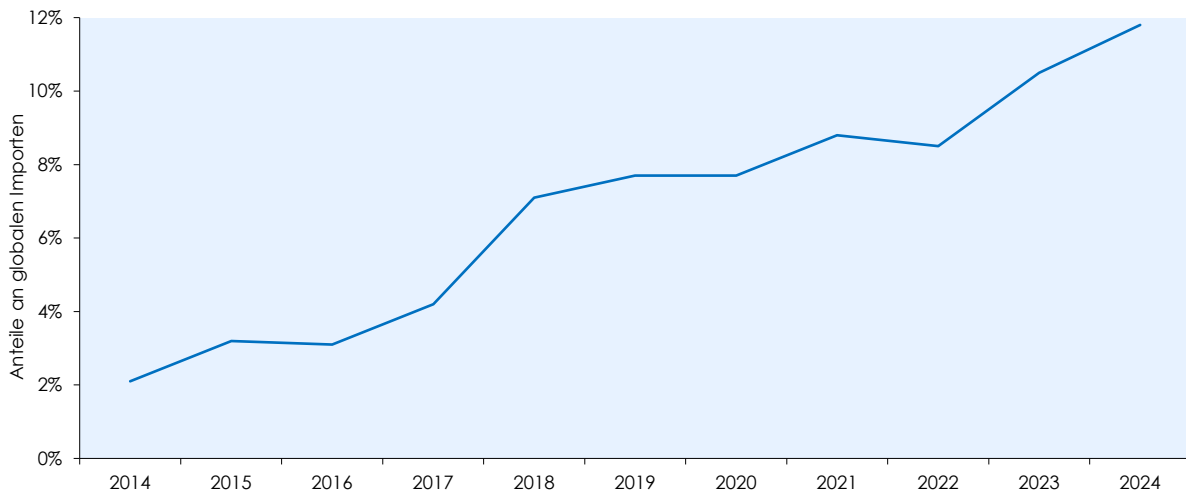
Der kumulative Anteil der von handelsbeschränkenden Maßnahmen betroffenen Importe steigt dadurch leicht an. Verhängte handelsbeschränkende Maßnahmen bleiben meist längerfristig in Kraft, da jedes Jahr nur ein Bruchteil dieser Beschränkungen aufgehoben wird und neue hinzukommen. Das führt dazu, dass ein wachsender Anteil der weltweiten Importe von

³⁴⁾ Die Maßnahmen werden jeweils von Mitte Oktober eines Jahres bis Mitte Oktober des Vorjahres erfasst.

derartigen Maßnahmen über die Zeit betroffen ist. Der Anteil der insgesamt von bestehenden handelsbeschränkenden Maßnahmen betroffenen Importe stieg demnach von 8,5% im Jahr 2022 auf fast 12% im Jahr 2024 an und zeigt einen längerfristigen Aufwärtstrend (Abbildung 5.4).

Handelsmaßnahmen für Lebensmittel, Futtermittel und Düngemittel haben sich stabilisiert. Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine führte zu vielen export- und importbezogenen Handelsmaßnahmen vor allem für Lebensmittel, Futtermittel und Düngemittel. Die von solchen Maßnahmen betroffenen Importe haben sich seit dem letzten Jahr jedoch stabilisiert oder sind sogar leicht gesunken. Die Ergebnisse der WTO (2024b) zeigen, dass nun jedoch andere Ereignisse im Zusammenhang mit dem Klimawandel, Inflationsdruck und Unsicherheit auf der Angebotsseite wichtigere Gründe für die Entscheidung für handelbeschränkende Maßnahmen sind. Diese lassen sich nicht mehr direkt mit dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine in Verbindung bringen. Nationale Sicherheit als Begründung handelsbezogener Maßnahmen scheint insgesamt wichtiger zu werden, wobei diese jedoch noch insgesamt eine geringe Rolle spielen. Bei kritischen Rohstoffen weist die OECD (2024c) darauf hin, dass diese seit etwa 2010 stark angestiegen sind. Hier sind Exportquoten und Exportsteuern die häufigsten handelsbeschränkenden Maßnahmen. Ausfuhrverbote nehmen zu und waren die am häufigsten eingeführte Maßnahme im Jahr 2022.

Abbildung 5.4: Von handelsrelevanten kumulativen Maßnahmen erfasste Handelsvolumen, 2014 – 2024



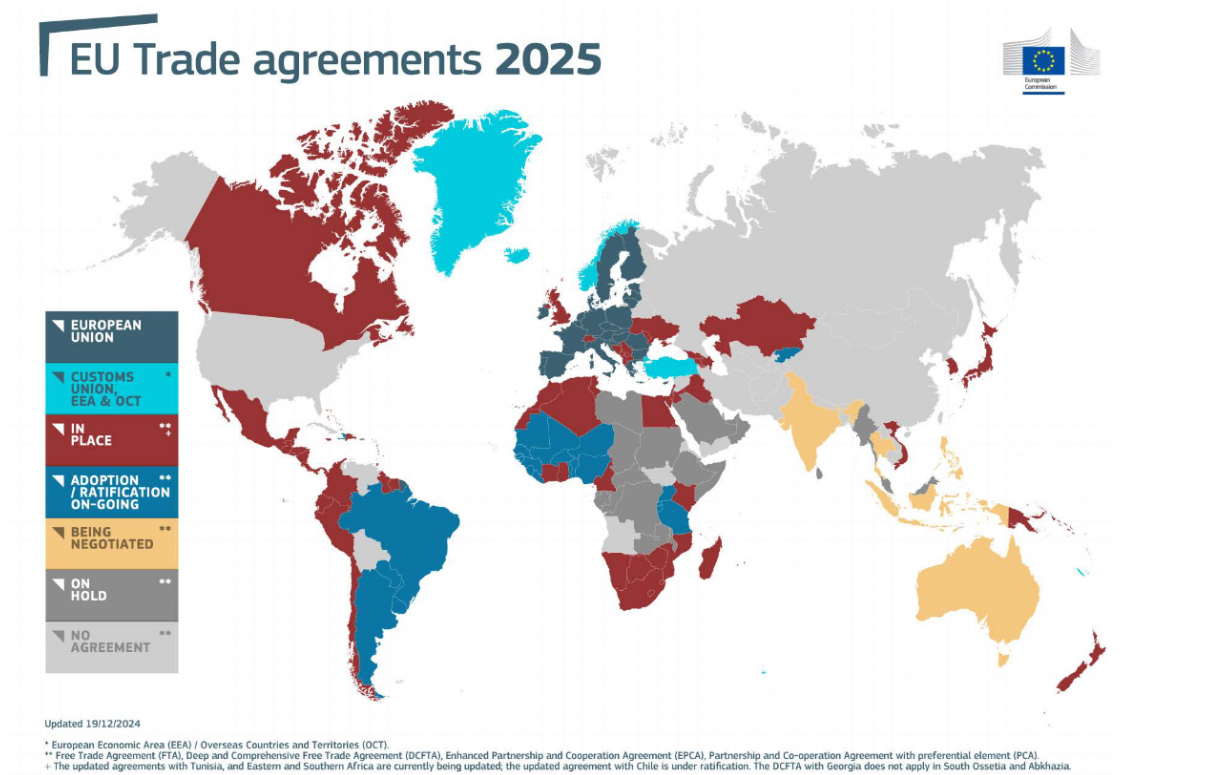
Anmerkung: WTO-Mitglieder gesamt. Die Maßnahmen in der Periode 2019/2020 ohne Maßnahmen im Zusammenhang mit COVID-19. Quelle: Report of the TPRB on Trade-Related Developments (WTO, 2024b; Chart 3.6).

Die Handelshemmnisse für den Dienstleistungshandel bleiben hoch. In Kapitel 5.1 wurde bereits erwähnt, dass der Dienstleistungshandel etwas mehr als ein Drittel der globalen Handelsströme ausmacht und sich dieser Bereich dynamischer als der Güterhandel entwickelt. Die WTO (2024b) zeigt, dass die WTO-Mitglieder etwa 40 restringierende Maßnahmen im Bereich Dienstleistungshandel einführten, die sich vor allem auf kommerzielle Präsenz und Freizügigkeit des Personenverkehrs konzentrierten. Die betroffenen Sektoren waren vor allem Finanzdienstleistungen, Kommunikation und IT-gestützte Dienstleistungen. Zusätzlich haben mehrere Länder neue Mechanismen zur Überprüfung ausländischer (Direkt-)Investitionen eingeführt oder bestehende verschärft, indem sie strengere Prüfungen von Investitionen in kritischen Sektoren wie Computerdienstleistungen, Telekommunikation, Rundfunk, Verkehr und Geschäftsbanken-

wesen durchführen (OECD, 2024b). Nichtsdestotrotz war die Gesamtzahl der im Jahr 2023 festgestellten zusätzlichen Barrieren in allen Dienstleistungssektoren etwas geringer als im Jahr 2022, was auf eine Verlangsamung der Regulierungstätigkeit hindeutet. Der OECD-Durchschnitt beim "Services Trade Restrictiveness Index" (STRI-Index) liegt etwas über 0,2 (auf einer Skala von 0 bis 1). Die zehn Länder mit dem geringsten Index im STRI 2023 sind Japan, Spanien, das Vereinigte Königreich, Tschechien, Niederlande, Lettland, Dänemark, Deutschland, Australien und Chile. 30 der 50 in der Analyse berücksichtigten Länder haben einen höheren STRI im Vergleich zum OECD-Durchschnitt. Thailand, Indonesien und Russland weisen den höchsten durchschnittlichen STRI auf. Österreich liegt im Durchschnitt der OECD. Der Bericht weist auch auf große Handelskostensenkungspotenziale durch Senkungen des STRI hin.

Die Europäische Kommission versucht weitere Freihandelsabkommen abzuschließen bzw. zu ratifizieren. Die EU hat fast 80 Handelsabkommen mit Drittstaaten, die aber teilweise noch ratifiziert werden müssen bzw. nur provisorisch angewendet werden (siehe Abbildung 5.5. für den Verhandlungsstand).

Abbildung 5.5: Status der EU-Handelsabkommen, 2025



Quelle: Europäische Kommission.

Einige der Abkommen werden derzeit modernisiert (Aserbaidschan, Chile, Komoren, Madagaskar, Mauritius, Marokko, Mexiko, Seychellen, Tunesien und Zimbabwe). Mit weiteren 27 Ländern gibt es ausverhandelte Abkommen, die aber noch nicht in Kraft gesetzt wurden. Verhandlungen laufen mit sieben weiteren Ländern (Australien, Indien, Indonesien, Philippinen, Singapur, Tadschikistan und Thailand). Weitere 21 Abkommen sind "on hold". Im Jahr 2024 trat auch

das Handelsabkommen mit Neuseeland³⁵⁾ in Kraft und die Verhandlungen über das EU-Mercosur-Abkommen wurden abgeschlossen³⁶⁾. Zusätzlich zu handelspolitischen Zielen sollen durch die Abkommen auch ökologische und soziale Ziele unterstützt werden.

Die "Global Gateway"-Partnerschaften bleiben ein wichtiger Baustein in der Intensivierung von Wirtschaftsbeziehungen. In diesem Rahmen sollten zwischen 2021 und 2027 bis zu 300 Mrd. € an Investitionen für nachhaltige und qualitativ hochwertige Projekte mobilisiert werden. Das Ziel ist einerseits dadurch den Bedürfnissen der Partnerländer Rechnung zu tragen und ihre Gesellschaften und Volkswirtschaften zu entwickeln. Aber auch dem Privatsektor der EU-Mitgliedstaaten sollte die Möglichkeit gegeben werden, zu investieren und wettbewerbsfähig zu bleiben, wobei gleichzeitig die höchsten Umwelt- und Arbeitsstandards sowie eine solide Finanzverwaltung gewährleistet werden sollen. Das "Global Gateway" steht im Einklang mit der Agenda 2030 der Vereinten Nationen und ihren Zielen für nachhaltige Entwicklung sowie mit dem Pariser Klimaschutzabkommen. Der erste Meilenstein des "Global Gateway" war das Afrika-Europa-Investitionspaket mit Investitionen in Höhe von rund 150 Mrd. €, die zur Stärkung der Zusammenarbeit mit afrikanischen Partnerländern bestimmt sind (siehe auch Mendoza & Stehrer, 2025 für eine Analyse der Handelsbeziehungen zwischen EU und Afrika und dem "African Continental Free Trade Area", AfCFTA). Mit der Umsetzung des "Global Gateway" in Asien und im pazifischen Raum sowie in Lateinamerika und der Karibik wurde begonnen und globale Investitionen der EU und ihrer Mitgliedstaaten in Höhe von über 45 Mrd. € angekündigt.

Der Umgang mit China bleibt eine zentrale Herausforderung. China ist der drittgrößte Handelspartner für EU-Exporte und der wichtigste Partner für europäische Importe. Im Juni 2023 wurde Chinas Rolle als Partner, Konkurrent und systemischer Rivale zugleich vom Europäischen Rat bestätigt. Auf Seiten der EU gibt es Befürchtungen hinsichtlich einer asymmetrischen Beziehung mit China. Dies inkludiert unter anderem verschiedene industriepolitische Maßnahmen auf Seiten Chinas, die Tendenz zu Importsubstitution oder Probleme im Marktzugang für ausländische Unternehmen³⁷⁾. Dadurch werden negative Spillover-Effekte für das BIP der Handelspartner erwartet (für eine rezente Analyse siehe Copestake et al., 2023). Die EU ist daher bestrebt, Risiken zu mindern, möchte sich gleichzeitig aber nicht von China vollständig entkoppeln ("de-risking statt de-coupling"). Dies bedeutet, dass kritische Abhängigkeiten und Anfälligkeiten, auch in den EU-Lieferketten, verringert und erforderlichenfalls diversifiziert werden sollten. Ein wichtiges Beispiel einer handelspolitischen Maßnahme war die Einführung von Ausgleichszöllen von bis zu 35% auf E-Autos (die seit dem 30. Oktober 2024 gelten), da eine Untersuchung ergab, dass die BEV-Wertschöpfungskette in China von unfairen staatlichen Subventionen profitiert.

³⁵⁾ https://policy.trade.ec.europa.eu/EU-trade-relationships-country-and-region/countries-and-regions/new-zealand/EU-new-zealand-agreement_en.

³⁶⁾ https://policy.trade.ec.europa.eu/EU-trade-relationships-country-and-region/countries-and-regions/mercosur/EU-mercosur-agreement_en.

³⁷⁾ https://policy.trade.ec.europa.eu/EU-trade-relationships-country-and-region/countries-and-regions/china_en.

Dadurch könnten EU-Hersteller wirtschaftlich geschädigt werden³⁸). China hat im November WTO-Streitbeilegungskonsultationen mit der Europäischen Union beantragt³⁹).

Die Bemühungen der Europäische Kommission zur Reduktion von einseitigen Abhängigkeiten bei kritischen Rohstoffen werden fortgesetzt. Von Seiten der Kommission gibt es schon seit vielen Jahren Bemühungen strategische Abhängigkeiten bei kritischen Rohstoffen zu identifizieren und zu reduzieren. Die im Jahr 2023 veröffentlichte Liste (European Commission, 2023) enthält 34 CRMs ("Critical Raw Materials"). Die Kriterien dafür sind ökonomische Wichtigkeit (unter anderem für grüne und digitale Technologien als auch für Raumfahrt- und Verteidigungsindustrien) und Angebotsrisiken (z. B. mögliche Lieferkettenprobleme). Der Bericht weist auf die Konzentration des Angebotes an CRMs nach Ländern hin (siehe auch die Zusammenfassung in Stehrer, 2024a). Im April 2024 wurde der Critical Raw Materials Act veröffentlicht⁴⁰). Durch Stärkung der inländischen Lieferketten und der Etablierung von Partnerschaften mit Nicht-EU-Ländern sollen der Aufbau eigener Kapazitäten forciert und die Vulnerabilität von Lieferketten abgebaut werden. Dies sollte den (i) Aufbau der europäischen Kapazitäten fördern, (ii) sichere und widerstandsfähige Lieferketten schaffen, (iii) eine nachhaltige und kreislauforientierte Rohstoffwirtschaft auf dem EU-Markt fördern, und (iv) über handelspolitische Maßnahmen (z. B. Ausbau von Handelsabkommen, strategische Partnerschaften, "Global Gateway"-Initiativen) zu einer Diversifizierung der Importe führen. Die OECD schlägt eine Reihe verschiedener Maßnahmen und Konzepte vor, um Wertschöpfungsketten resilienter zu machen (OECD 2024d). Darunter fallen die Analyse und Antizipation von potenziellen Risiken von Unterbrechungen von Wertschöpfungsketten, die Minimierung der Anfälligkeiten für Schocks durch den Einsatz innenpolitischer Instrumente, die Stärkung der internationalen Zusammenarbeit und Investitionen in öffentlich-private Partnerschaften im öffentlichen Sektor.

Die EU ist zu mehr als der Hälfte auf Importe von Energie angewiesen. Mehr als die Hälfte des Energiebedarfs wird aus Importen gedeckt. Die Abhängigkeit von Russland ist jedoch stark gesunken. Die Pipeline-Importe von Gas sind aufgrund des Auslaufens des Vertrages der Ukraine mit Gazprom über die Durchleitung von Gas gestoppt. Es wird jedoch weiterhin LNG aus Russland importiert⁴¹). Im ersten Halbjahr 2024 wurden noch immer fast 20% des Gases aus Russland importiert. Ein nicht-bindendes Ziel des vollständigen Ausstiegs aus russischem Gas wurde für 2027 definiert⁴²).

Industriepolitische Maßnahmen werden vermehrt angewendet. Die WTO (2024b) belegt einen Anstieg industriepolitischer Maßnahmen seit längerer Zeit und insbesondere seit den Pandemie-jahren, die auch die Handelsperformance der Länder beeinflussen. Millot und

³⁸) Siehe https://germany.representation.ec.europa.eu/news/EU-kommission-fuehrt-vorlaufige-ausgleichszolle-auf-batteriebetriebene-elektrofahrzeugen-aUS-china-2024-07-04_de und https://germany.representation.ec.europa.eu/news/e-autos-aUS-china-EU-erhebt-ausgleichszolle-setzt-gesprache-fort-2024-10-30_de.

³⁹) https://www.wto.org/english/news_e/news24_e/ds630rfc_06nov24_e.htm.

⁴⁰) [Verordnung \(EU\) 2024/1252 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. April 2024 zur Schaffung eines Rahmens zur Gewährleistung einer sicheren und nachhaltigen Versorgung mit kritischen Rohstoffen und zur Änderung der Verordnungen \(EU\) Nr. 168/2013, \(EU\) 2018/858, \(EU\) 2018/1724 und \(EU\) 2019/1020](#)Text von Bedeutung für den EWR.

⁴¹) Für Details siehe <https://www.bruegel.org/analysis/end-russian-gas-transit-ukraine-and-options-eu>.

⁴²) eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/HTML/?uri=CELEX:52022DC0230.

Rawdanowicz (2024) weisen auf mehr staatliche Interventionen zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Stabilität hin, die auch die Bereiche Handel, Auslandsinvestitionen und Industrie betreffen. Grundsätzliche Ziele sind die Verbesserung der wirtschaftlichen Sicherheit durch Verringerungen von Abhängigkeiten, Diversifizierung von Lieferketten für wichtige Komponenten und Dienstleistungen und Entwicklung inländischer Produktionskapazitäten. Industriepolitische Maßnahmen sind auch im Zusammenhang mit der Dekarbonisierung der Ökonomien weit verbreitet. Dieser Trend wird auch von Evenett et al. (2024) bestätigt. Gemäß dem "New Industrial Policy Observatory 2.0" (NIPO 2.0)⁴³⁾ wurden seit Jänner 2023 etwa 4.000 industriepolitische Maßnahmen gefunden, die den Bereichen strategische Wettbewerbsfähigkeit, Eindämmung des Klimawandels, Angebotssicherheit, nationale Sicherheit und geopolitische Maßnahmen zugeordnet wurden. Ein Großteil der Maßnahmen wird dabei von den entwickelten Industriestaaten gesetzt (siehe die Zusammenfassung in WTO, 2024b). Prominente Beispiele sind der "Inflation Reduction Act" (IRA) in den USA oder verschiedene industriepolitische Maßnahmen der EU wie der European Green Deal (EGD), REPowerEU, die Fonds für die Kohäsionspolitik, EU-ETS, Einkünfte aus dem CBAM, InvestEU und die "Strategic Technologies for Europe Platform" (STEP), der EU Chips Act oder auch die "Important Projects of Common European Interest" (IPCEI)⁴⁴⁾.

5.3 Ausblick

Die zukünftigen Entwicklungen sind durch mannigfaltige Unsicherheiten, vor allem hinsichtlich der zu erwartenden und womöglich erratischen Ausrichtung der US-Politik, geprägt. Diese Unsicherheiten stammen zunächst von den künftigen Maßnahmen der US-Administration unter Donald Trump und inwieweit die angekündigten Zollmaßnahmen (wie wohl auch andere Maßnahmen), wie etwa 10% bis 20% gegenüber Importen allgemein, 60% gegenüber chinesischen Importen oder Zölle und andere handelspolitische Maßnahmen gegen andere Partnerländer, wie Kanada und Mexiko tatsächlich und falls ja in welchem Zeitraum erfolgen. So sind beispielsweise die angedrohten Zölle gegenüber Kanada und Mexiko für 30 Tage ausgesetzt. In der Zwischenzeit wurden jedoch Zölle von 25% auf Aluminium und Stahl gegen alle Handelspartner (mit Ausnahme Australiens) per 12. März 2025 angekündigt. Eine weitere rezente Ankündigung ist die Einführung "reziproker" Zollmaßnahmen (d. h. Zölle auf Produkte, bei denen die US-Importzölle unter jenen der jeweiligen Partnerländer liegen) innerhalb von 180 Tagen. Diese sollen sich vor allem auf Länder konzentrieren, mit denen die USA ein Handelsbilanzdefizit aufweist. Manche Länder (wie z. B. Indien) versuchen auch einen Handelskrieg zu vermeiden. Als Ziel wird eine Reduktion des Handelsbilanzdefizits genannt. Bei allen diesen Ankündigungen fehlen jedoch detaillierte Informationen. Das gleiche gilt für die etwaigen Gegenmaßnahmen der betroffenen Länder. Die Auswirkungen sind jedoch stark von den konkreten Maßnahmen abhängig und somit schwer abzuschätzen⁴⁵⁾. Es herrscht jedoch Konsensus, dass derartige Zollerhöhungen die US-Konsument:innen am stärksten treffen würde, jedoch würden auch die

⁴³⁾ <https://globaltradealert.org/reports/new-industrial-policy-observatory-nipo>.

⁴⁴⁾ Siehe Stehrer (2024b) für einen detaillierteren Überblick.

⁴⁵⁾ Für eine rezente Analyse siehe <https://www.piie.com/blogs/realtime-economics/2024/no-trade-tax-free-trumps-promised-tariffs-will-hit-large-flows>.

Ökonomien der betroffenen Ländern negativ betroffen sein (siehe z. B. Stehrer, 2024b). Die tatsächlichen Auswirkungen hängen aber von der tatsächlichen Höhe der eingeführten Zölle und etwaiger Gegenmaßnahmen der betroffenen Länder ab. Mit dem Einzug von Donald Trump in das Weiße Haus wird das internationale Handelssystem mit hoher Wahrscheinlichkeit noch chaotischer werden, als es derzeit schon ist (Baldwin, 2024).

Gleichzeitig ist die Weltwirtschaft von verstärkten globalen und lokalen Konflikten und Spannungen geprägt, deren Ausgänge ebenfalls sehr unsicher sind. Der Ausgang des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine ist – unter anderem durch die unklare Positionierung der neuen US-Administration gegenüber Russland – unklarer denn je, und somit auch die Auswirkungen auf Europa. Weitere Konfliktherde sind der Krieg im Nahen Osten (am 19. Jänner 2025 ist eine sechswöchige Waffenruhe zwischen Israel und der Hamas in Kraft getreten) und das Säbelrasseln Chinas gegenüber Taiwan (oder allgemein im südchinesischen Meer).

Das globale Handelssystem ist in Zeiten multipler Krisen somit gefährdeter denn je. Wie oben erwähnt lassen sich Tendenzen zu einer Fragmentierung des Welthandels erkennen. Allerdings gibt es starke gegenseitige Abhängigkeiten, wie in Abbildung 5.1 gezeigt wird. Jedoch ist das multilaterale Handelssystem, für das die WTO steht, und innerhalb dessen wie oben gezeigt fast der ganze Welthandel abgewickelt wird, stark unter Druck. Nichtsdestotrotz gibt es umfangreiche Reformbemühungen⁴⁶⁾, die hoffentlich zumindest langfristig erfolgreich sein werden. Die EU hebt die Bedeutung der WTO und der Reformbemühungen hervor und unterstreicht die Bedeutung eines voll funktionsfähigen Streitbeilegungssystems der WTO, der Verhandlungsfunktion der WTO und der in jüngster Zeit erzielten Fortschritte auf multilateraler und plurilateraler Ebene⁴⁷⁾. Die Ankündigungen des neuen US-Präsidenten, wie die angedrohte Übernahme des Panama-Kanals, die Ambitionen hinsichtlich Grönlands (wo ein militärisches Vorgehen nicht explizit ausgeschlossen wurde), oder gegenüber Kanada und Mexiko – was auch eine Änderung oder sogar Auflösung des "United States Mexico Canada Agreement" (USMCA), für das 2026 ein "Review" vertraglich vereinbart ist, tragen zur globalen Unsicherheit bei.

Die geopolitischen Verschiebungen und Unsicherheiten bedeuten weitreichende Herausforderungen für die EU. Drei Jahre nach dem Beginn des Angriffskrieges von Russland gegen die Ukraine und in Anbetracht eventueller schwieriger werdender transatlantischer Beziehungen steht die EU vor erheblichen Herausforderungen, vor allem betreffend den Erhalt und die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Wirtschaft gegenüber China und den USA allgemein und in spezifischen Bereichen hinsichtlich neuer Technologien und Innovation, Sicherheit und des Klimaschutzes (siehe dazu Draghi, 2024). Zusätzlich sieht sich die sicherheitspolitische Architektur Europas bedroht. Diese Herausforderungen müssen von Seiten der EU, die neben China und den USA zu den größten Wirtschaftsräumen zählt, entsprechend angegangen werden. Beispiele wie die Reduktion der Abhängigkeiten von Gas und Öl aus Russland, die Diversifizierung von Lieferketten (auch über die Vielzahl an Freihandelsverträge und Partnerschaften

⁴⁶⁾ Siehe https://www.wto.org/english/thewto_e/secretariat_strategy2030_e.htm; https://www.wto.org/english/thewto_e/minist_e/mc12_e/briefing_notes_e/bfwtoreform_e.htm; https://policy.trade.ec.europa.eu/EU-trade-relationships-country-and-region/EU-and-wto_en.

⁴⁷⁾ https://policy.trade.ec.europa.eu/EU-trade-relationships-country-and-region/EU-and-wto_en; <https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/161/die-europaische-union-und-die-welthandelsorganisation>.

der EU mit anderen Ländern) oder Fortschritte im Klimaschutz (Europäische Kommission, 2024) sind positive Beispiele dafür. **Auf globaler Ebene sollte die EU ihre Bemühungen um ein multilaterales und regelbasiertes Handelssystem – und in diesem Zusammenhang die Reform der seit 30 Jahren bestehenden WTO – fortsetzen.** Österreich als kleine offene Wirtschaft (siehe Kapitel 5.1) kann sich nur über die Teilnahme an der EU, der sie seit 30 Jahren angehört und davon wirtschaftlich wie gesellschaftlich profitiert hat, konstruktiv in diese Reformbemühungen einbringen, um die Vorteile des EU-Binnenmarktes weiterhin zu bewahren und um für die globalen Herausforderungen gerüstet zu sein.

6. Zusammenfassung und wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen

Harald Oberhofer

Das 6. Jahrgutachten des "Forschungsschwerpunkt Internationale Wirtschaft" (FIW) analysiert die Außenwirtschaftsbeziehungen der österreichischen Volkswirtschaft. Ein besonderer Fokus wird auf den Waren- und Dienstleistungshandel gelegt. **Vor dem Hintergrund der globalen Rahmenbedingungen bietet das Jahrgutachten eine Rückschau auf die Außenhandelsentwicklung des Jahres 2024 und eine Prognose für die Jahre 2025 und 2026.** Das 30-jährige Jubiläum der Welthandelsorganisation (WTO) sowie der Amtsantritt von Donald Trump als 47. US-Präsident bilden den handelspolitischen Kontext, insbesondere im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung, und werden als zentrale Themen ausführlich diskutiert.

Das Kalenderjahr 2024 stellte die österreichische Außenwirtschaft, entgegen den Prognosen des 5. FIW-Jahrgutachtens (Oberhofer et al., 2024), vor deutlich größere Herausforderungen. **Die österreichischen Warenexporte dürften 2024 real um 4,5% schrumpfen.** Hauptursachen waren die anhaltende Rezession in Europa, die schwache Wirtschaftsentwicklung in Deutschland – dem wichtigsten Exportmarkt – sowie ein Rückgang der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Warenherstellung. Die europäische Konjunkturflaute führte ab dem Spätsommer des Jahres 2024 darüber hinaus zu einer Abwertung des Euro gegenüber den wichtigsten Referenzwährungen. Gegenüber dem US-Dollar verlor der Euro zwischen September und Dezember 2024 etwa 6% nominell an Wert, gegenüber dem chinesischen Renminbi rund 3%. **Im Jahr 2024 dürfte der Gesamtexport von österreichischen Waren und Dienstleistungen um 2,9% zurückgehen.**

Die Dienstleistungsexporte zeigen sich vergleichsweise robust, was auf einen starken Tourismusexport zu Jahresbeginn, die Transportdienstleistungen sowie die unternehmensbezogenen Dienstleistungsexporte zurückzuführen ist. Im weiteren Jahresverlauf wirkte sich jedoch auch hier der Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit zunehmend negativ aus. Insgesamt war die Exportwirtschaft 2024 sowohl mit konjunkturellen als auch mit strukturellen Problemen und Herausforderungen konfrontiert, die das Wachstumspotenzial der Waren- und Dienstleistungsexporte auch mittelfristig belasten könnten.

Die konjunkturelle und strukturelle Schwächephase im Jahr 2024 hat auch den österreichischen Gesamtimport von Waren und Dienstleistungen getroffen. **Die preisbereinigten Warenimporte dürften um 4,9% und die Gesamtimporte um 2,5% sinken.** Die Entwicklung der Importe zeigt dabei eine ähnliche Dynamik wie die der Exporte. Der stärkere Rückgang der Warenimporte ist vor allem auf die Rezession zurückzuführen, die auch Österreich erfasst hat.

Die Dienstleistungsimporte verzeichnen einen weniger starken Rückgang, werden jedoch über das Gesamtjahr ebenfalls kein positives Wachstum erzielen können. **Die Handelsbilanz wird 2024 voraussichtlich mit einem Überschuss von 6,2 Mrd. € abschließen.** Dieses Ergebnis wird durch einen mengenmäßig stärkeren Rückgang der Importe sowie durch rückläufige Importpreise – insbesondere für Energie – begünstigt. Der Leistungsbilanzüberschuss wird 2024 bei etwa 11,5 Mrd. € liegen.

Für die Jahre 2025 und 2026 prognostiziert das Jahrgutachten eine moderate Erholung der österreichischen Exporte und Importe, wobei die nicht berücksichtigbaren Abwärtsrisiken in der Prognose dominieren. Auf Grundlage des aktuellen Informations- und Datenstands dürften die preisbereinigten Warenexporte 2025 um 1,5% und 2026 um 2,0% wachsen. Das Gesamtexportwachstum dürfte 1,4% für 2025 und 2,3% für 2026 erreichen. Für die realen Gesamtimporte von Waren und Dienstleistungen wird ein Wachstum von 1,7% im Jahr 2025 und 2,3% im Jahr 2026 prognostiziert.

Die größten Risiken für die Prognose ergeben sich aus den notwendigen Budgetkonsolidierungen in den wichtigsten europäischen Volkswirtschaften und deren potenziellen Auswirkungen auf die Industrie- und Investitionskonjunktur in Europa. Weitere Unsicherheiten entstehen durch die fiskal- und handelspolitischen Maßnahmen des neuen US-Präsidenten Donald Trump. Insbesondere seine zum Teil bereits in Kraft gesetzten aber teilweise temporär ausgesetzten Zölle gegen zentrale Handelspartner wie Mexiko und Kanada bzw. die geplanten Zölle auf alle Stahl- und Aluminiumimporte der USA könnten erhebliche handelspolitische Spannungen auslösen.

Die Handelspolitik und strukturpolitische Maßnahmen zur Stärkung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit Europas werden in den kommenden Jahren die wirtschaftspolitische Debatte in Europa prägen. Der erneute Amtsantritt von Donald Trump erhöht den Handlungsbedarf in beiden Politikfeldern zusätzlich, und dies bereits kurzfristig. Österreich und die EU zählen historisch zu den größten Profiteuren eines regelbasierten Welthandelssystems und haben daher ein besonderes Interesse daran, ein WTO-konformes Verhalten aller Akteure zu fördern.

Die ersten Tage der zweiten Amtszeit von Donald Trump lassen jedoch darauf schließen, dass multilaterales Handeln und regelgebundenes Verhalten in der US-Administration in den nächsten vier Jahren eine untergeordnete Rolle spielen werden. Die Ankündigung, Zölle in Höhe von 25% auf Importe aus Kanada und Mexiko zu erheben, verdeutlicht, dass selbst bilaterale Abkommen wie das USMCA für den amerikanischen Präsidenten nur eine geringe Bedeutung haben. Mit Maßnahmen wie diesen, die zwar für 30 Tage ausgesetzt sind, kombiniert mit den geäußerten Absichten, Kanada und Grönland in die USA einzugliedern, droht Donald Trump die bestehende globale handelspolitische Architektur erheblich zu destabilisieren.

Einfache politische Lösungen für diese Herausforderungen sind nicht in Sicht. Die zentrale Rolle der USA in der Weltwirtschaft bedeutet, dass ein umfassender Bruch mit den bestehenden Handelsregeln spürbare und weitreichende Folgen für die gesamte Weltwirtschaft haben wird. Dennoch kann und sollte die EU im eigenen Interesse Maßnahmen ergreifen und welthandelsregelkonform auf mögliche Initiativen von Donald Trump reagieren. Sollte der US-Präsident die Einfuhrzölle auf Importe aus der EU erhöhen – im Raum stehen 10% bis 20% auf alle Güter – wird die EU mit Ausgleichsmaßnahmen reagieren müssen.

Angesichts des Überschusses im Dienstleistungshandel der USA mit der EU bieten sich Maßnahmen gegen digitale Dienstleistungsexporte als Reaktion auf die US-amerikanischen Handelsbarrieren im Warenhandel an. Bevor jedoch dieses Szenario eintritt, wäre es für beide Seiten der transatlantischen Beziehungen ökonomisch sinnvoller, über Verhandlungen eine für beide Seiten vorteilhafte Lösung zu suchen. **Vor dem Hintergrund der europäischen Bemühungen, russische Energieimporte zu beenden, könnten verstärkte Flüssiggasimporte aus den USA – solange die EU noch von fossilen Energieimporten abhängig ist – für beide Handelspartner vorteilhaft sein und die Handelsbilanz etwas stärker ausgleichen.**

Die geopolitischen Spannungen dürften während der Präsidentschaft von Donald Trump weiter zunehmen. Auf globaler Ebene werden die größten wirtschafts- und handelspolitischen Konfliktlinien weiterhin zwischen den USA und China verlaufen, obwohl die ersten Ankündigungen und Maßnahmen von Donald Trump zunehmend auf die westlichen Partner der USA abzielen. **Trumps "Make America Great Again"-Politik verfolgt das Ziel, die wirtschaftliche Vormachtstellung der USA, insbesondere gegenüber China, langfristig zu sichern.** Neben Zöllen und anderen handelspolitischen Maßnahmen setzt er zunehmend auf eine aggressive Standortpolitik, um die USA als Industriemation zu stärken. Dazu gehört unter anderem die Ankündigung, fossile Energieressourcen in den USA stärker zu fördern, um die Energiepreise zu senken, sowie der Ausstieg aus dem OECD-Abkommen zur globalen Mindestbesteuerung.

Die zu erwartenden geopolitischen Spannungen dürften die Handelspolitik zunehmend prägen. **Protektionistische Maßnahmen werden zunehmen und Abhängigkeiten in den Handelsbeziehungen könnten Gefahr laufen, für geopolitische Interessen instrumentalisiert zu werden.** Eine stärkere Diversifizierung der Handelsbeziehungen und der Abbau strategisch bedenklicher Abhängigkeiten könnten das potenzielle Risiko für die europäische und österreichische Wirtschaft reduzieren. Der Abschluss neuer Handelsabkommen – beispielsweise mit den Mercosur-Staaten, aber auch mit anderen Handelspartnern – könnte die Position der europäischen Wirtschaft in den globalen Handelsbeziehungen stärken und neue, dringend benötigte Wachstumspotenziale für die Exportwirtschaft erschließen. In einer aktuellen Studie hat die OECD ein Maßnahmenbündel vorgeschlagen, das zur Stärkung der Resilienz von Wertschöpfungsketten und Lieferbeziehungen beitragen kann (OECD, 2024d).

Innerhalb der WTO hat ein koordiniertes Vorgehen der EU mit gleichgesinnten Handelspartnern das Potenzial, die größten Schäden für das regelbasierte Handelssystem abzuwenden. Mehr als 80% des weltweiten Warenhandels werden derzeit auf Basis von WTO-Regeln und dem Meistbegünstigungsprinzip abgewickelt. Viele der bedeutendsten globalen Volkswirtschaften haben daher ein inhärentes Interesse, dieses System aufrechtzuerhalten und die wesentlichen Prinzipien eines regelbasierten Handelssystems zu bewahren.

Jedoch behindern institutionelle Schwächen, wie das Einstimmigkeitsprinzip, die Organisation in Zeiten geopolitischer Auseinandersetzungen. Dies macht es attraktiver, innerhalb der WTO wichtige Vereinbarungen zwischen Mitgliedstaaten zu treffen, die im Interesse der jeweils beteiligten Länder liegen. **Die Schaffung des "Multi-Party Interim Appeal Arbitration Agreement" ist ein Beispiel dafür, wie es gelungen ist, den Streitbeilegungsmechanismus auch trotz der US-Blockade bei der Ernennung von Richter:innen in der WTO-Berufungsinstanz funktionsfähig zu halten.** Zukünftige Initiativen könnten ähnlich gestaltet werden und stärker auf plurilateralen statt multilateralen Ansätzen und Vereinbarungen beruhen (Christen, 2021).

Parallel zu handelspolitischen Initiativen ist die EU gefordert, die Wettbewerbsfähigkeit seines Wirtschaftsstandorts, insbesondere in der Warenerzeugung und Industrie, zu stärken. Der ehemalige EZB-Präsident und italienische Ministerpräsident Mario Draghi legte im vergangenen Jahr einen Bericht zur aktuellen Lage und Zukunft der europäischen Wettbewerbsfähigkeit vor (Draghi, 2024). Neben einer Darstellung der Entwicklungen der letzten Jahre enthält der Bericht auch eine Reihe konkreter Vorschläge und Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität der EU als Wirtschaftsstandort. Die empirischen Belege verdeutlichen einen Rückgang der Wettbewerbsfähigkeit der EU, insbesondere gegenüber den USA und China, und unterstreichen den dringenden Handlungsbedarf.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind vielfältig und decken wesentliche strukturpolitische Bereiche ab, in denen die EU einen Aufholbedarf hat. **Dazu gehören unter anderem die Schaffung eines europäischen Energiemarktes, weitere Integrationsschritte im Dienstleistungsbereich – insbesondere in Bezug auf die Finanzmarkt- und Bankenunion sowie die Verfügbarkeit von Risikokapital – aber auch die Notwendigkeit für europäische Investitionen in Infrastruktur und Forschung.** Letzteres ist besonders im Hinblick auf Zukunftstechnologien wie künstliche Intelligenz und grüne Technologien, die großes Marktpotenzial bieten, entscheidend. Die neue Europäische Kommission dürfte gemeinsam mit den Mitgliedstaaten einige der vorgeschlagenen Maßnahmen vorantreiben. Angesichts des wirtschaftspolitischen Programms von Donald Trump sind zeitnahe Initiativen gefordert, um im Wettbewerb mit den USA nicht weiter zurückzufallen. **Der Abbau bürokratischer Hürden bietet sich hierbei besonders an, da er keine erheblichen budgetären Mittel erfordert und zugleich geeignet ist, die wirtschaftliche Stimmung in Europa zu verbessern.** Angesichts der tiefgreifenden Integration der unterschiedlichen Wirtschaftszweige in europäische Wertschöpfungsketten kann eine Verbesserung der Unternehmenserwartungen über Spillover-Effekte verstärkt werden, was zusätzliche konjunkturelle Impulse für die europäische Außenwirtschaft erzeugen würde (Sebbesen & Oberhofer, 2024).

Mit der Veröffentlichung des "Kompasses für Wettbewerbsfähigkeit" und den darin formulierten Maßnahmen im Rahmen eines "Rettungsplans" hat die Europäische Kommission in einem ersten Maßnahmenpaket zentrale Forderungen des Draghi-Berichts aufgegriffen. Gleichzeitig wurden Erkenntnisse aus dem Bericht von Letta (2024) zur Stärkung des europäischen Binnenmarktes berücksichtigt.

Das vorgeschlagene Paket umfasst unter anderem politische Maßnahmen zur Förderung der europäischen Wirtschaft in strategisch wichtigen Sektoren wie die Energie- und Digitalinfrastruktur, die Künstlichen Intelligenz sowie kritische Medizinprodukte (Felbermayr & Pekanov, 2025). Bestehende Instrumente wie die "Important Projects of Common European Interest" (IPCEI) sollen ausgebaut und durch neue Ansätze, beispielsweise ein Wettbewerbsfähigkeitskoordinierungsinstrument, ergänzt werden.

Die Finanzierung der notwendigen öffentlichen Investitionen könnte durch Umschichtungen bestehender Budgetmittel aus der Regionalförderung sowie durch eine Erhöhung des EU-Budgets auf bis zu 4% des europäischen BIP ermöglicht werden (Felbermayr & Pekanov, 2024). Zudem soll die Schaffung einer europäischen Kapitalmarktunion private Investitionen anregen. Felbermayr & Pekanov (2025) weisen in diesem Zusammenhang jedoch kritisch darauf hin, dass der Kompass für Wettbewerbsfähigkeit die Bedeutung einer gemeinsamen europäischen Anleihe und einer koordinierten Schuldenaufnahme nur unzureichend thematisiert. Abschließend setzt der Rettungsplan auf eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit durch Bürokratieabbau und eine Senkung der Energiekosten.

Im Bereich der digitalen Dienstleistungsmärkte hat die EU mit dem Digital Markets Act und dem Digital Services Act bereits einen Rahmen für einen gemeinsamen europäischen Markt geschaffen, der auch erste Regelungen für digitale Dienstleistungsmärkte umfasst. Aus Sicht der Verbraucher:innen bietet dieser neue Rechtsrahmen einen besseren Schutz vor dem missbräuchlichen Einsatz marktbeherrschender Stellungen durch Digitalkonzerne. Auf internationaler Ebene könnte diese Regulierung jedoch in den nächsten Jahren zu erheblichen Spannungen mit den USA und dort ansässigen digitalen Dienstleistungsanbietern führen.

7. Literatur

- Astrov, V., & Hanzl-Weiß, D. (2025). The European gas market: emancipating from Russia. *wiiw Policy Note*, forthcoming.
- Baldwin, R. (2024). *Will Trump's tariffs on China harm US manufacturing?* Factful Friday (via LinkedIn).
- Baumgartner, J., & Kaniovski, S. (2025). Handelskonflikte, die Schwäche in Europa und strukturelle Nachteile bremsen das Wachstum der österreichischen Wirtschaft. Update der mittelfristigen Prognose 2025 bis 2029. *WIFO Research Briefs*, 1. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/56689589>
- Bilek-Steindl, S. (2024). Produktion erneut rückläufig, Erwartungen stabilisiert. *WIFO-Monatsberichte*, 97(12), 651–658.
- Blanga-Gubbay, M., & Rubinová, S. (2023). Foreign Direct Investment, Trade and Economic Development: An Overview. *WTO Staff Working Paper*, (ERSD-2023-11).
- Caldara, D., & Iacoviello, M. (2021). Measuring Geopolitical Risk. *Working paper*. Board of Governors of the Federal Reserve Board. November.
- Christen, E. (2021). America is back. Chancen und Herausforderungen für die multilaterale Zusammenarbeit. *FIW Policy Briefs*, (53). https://www.fiw.ac.at/wp-content/uploads/2023/02/53_FIW_Policy_Brief_Christen_America_is_back.pdf
- Christen, E., & Stehrer, R. (2024). *FIW-Jahresgutachten. Update Oktober 2024*. FIW. <https://www.fiw.ac.at/wp-content/uploads/2024/10/FIW-Jahresgutachten-Update-2024.pdf>
- Copestake, A., Firat, M., Furceri, D., & Redl, C. (2023). China Spillovers: Aggregate and Firm-Level Evidence. *IMF Working Paper*, (2023/206).
- Davis, S. J. (2016). *An Index of Global Economic Policy Uncertainty*, *Macroeconomic Review*. October.
- Draghi, M. (2024). *The Future of European Competitiveness*. European Commission.
- Ederer, S., & Schiman-Vukan, S. (2024). Zaghafte Wirtschaftswachstum erschwert Budgetkonsolidierung. Prognose für 2025 und 2026. *WIFO-Konjunkturprognose*, (4). <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/55969235>
- Europäische Kommission (2024). *EU Climate Action Progress Report 2024*. SWD(2024) 249 final.
- European Commission (2023). *Study on the critical raw materials for the EU 2023*. Brüssel.
- Evenett, S., Jakubik, A., Martín, F., & Ruta, M. (2024). The Return of Industrial Policy in Data. *IMF Working Paper*, (2024/1).
- Felbermayr, G., Hinz, J., & Langhammer, R. J. (2024a). US Trade Policy After 2024: What is at Stake for Europe? *Kiel Policy Brief*, (178). <https://www.ifw-kiel.de/publications/us-trade-policy-after-2024-what-is-at-stake-for-europe-33388/>
- Felbermayr, G., Larch, M., Yalcin, E., & Yotov, Y. V. (2024b). On the heterogeneous trade and welfare effects of GATT/WTO membership. *Review of World Economics*, 160, 1-26.
- Felbermayr, G., & Pekanov, A. (2024). *Pan-European Public Goods: Rationale, Financing and Governance*. EGOV Economic Governance, European Parliament. [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2024/755726/IPOL_STU\(2024\)755726_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2024/755726/IPOL_STU(2024)755726_EN.pdf)
- Felbermayr, G., & Pekanov, A. (2025). The European Commission Competitiveness Compass – a Roadmap for Europe. *WIFO Research Brief*, 2. https://www.wifo.ac.at/wp-content/uploads/upload-9204/rb_2025_002.pdf
- Felbermayr, G., Wolfmayr, Y., Bärenthaler-Sieber, S., Böheim, M., Christen, E., Friesenbichler, K., Meinhart, B., Meyer, B., Pekanov, A., & Sinabell, F. (2022). *Strategische Außenwirtschaftspolitik 2030 – Wie kann Österreich Geoökonomie Konzepte nützen?* Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/23076381>
- Friesenbichler, K., Hölzl, W., & Wolfmayr, Y. (2024). Exporte trotz schwacher Industriekonjunktur. Entwicklung von Warenproduktion, Außenhandel und Investitionen im Jahr 2023. *WIFO-Monatsberichte*, 97(5), 283–298.
- Fritz, O., & Ehn-Fragner, S. (2024). Nüchternheitsnachfrage 2024 erstmals höher als vor der COVID-19-Pandemie. *WIFO-Monatsberichte*, 97(12), 673–685.
- Glocker, C., Meyer, B., Oberhofer, H., Schiman-Vukan, S., Url, T., & Wolfmayr, Y. (2024). *Inflation und Außenwirtschaft*. Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/50938224>

- Gonciarz, T., & Verbeet, T (2023). Significance of most-favoured-nation terms in global trade: A comprehensive analysis. *WTO Staff Working Paper*, (ERSD-2025-02).
- Hendriks, B., van Heuvelen, H., & Ligthart, M. (2024). *CPB World Trade Monitor October 2024*. Dezember.
- IMF (2025). *Global Growth: Divergent and Uncertain*. *World Economic Outlook – Update*. January.
- Larch, M., Monteiro, J.-A., Piermartini, R., & Yotov, Y. V. (2019). On the effects of GATT/WTO membership on trade: They are positive and large after all. *WTO Staff Working Paper*, (ERSD-2019-09).
- Letta, E. (2024). *Much more than a market. Speed, security, solidarity*. Brüssel. . <https://www.consilium.europa.eu/media/ny3j24sm/much-more-than-a-market-report-by-enrico-letta.pdf>
- Mendoza, J. F., & Stehrer, R. (2025). Africa's trade with Europe: Trends, status and potential developments. *FIW Policy Brief*, (65).
- Mildner, S.-A., Von Unger, E., & Tepper, K. (2020). WTO – die Hüterin des Welthandels in der Krise. *Wirtschaftsdienst*, 100(5), 332–337. <https://doi.org/10.1007/s10273-020-2651-1>
- Millot, V., & Rawdanowicz, Ł. (2024). The Return of Industrial Policies: Policy Considerations in the Current Context. *OECD Economic Policy Papers*, (34). <https://doi.org/10.1787/051ce36d-en>.
- Oberhofer, H., Astrov, V., Stehrer, R., & Wolfmayr, Y. (2024). *FIW-Jahresgutachten. Die österreichische Außenwirtschaft 2024*. FIW. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/50915379>
- OECD (2024a). Resilience in uncertain times. *OECD Economic Outlook*, 2024(2).
- OECD (2024b). *OECD Services Trade Restrictiveness Index: Policy Trends up to 2024*. OECD. <https://doi.org/10.1787/b9e5c870-en>
- OECD (2024c). *OECD Inventory of Export Restrictions on Industrial Raw Materials 2024: Monitoring the use of export restrictions amid market and policy tensions*. OECD Publishing. Paris. <https://doi.org/10.1787/5e46bb20-en>.
- OECD (2024d). *Keys to resilient supply chains – Increasing supply chain resilience*. OECD policy toolkit. Paris.
- Prognos AG. (2024). Die Bedeutung der deutschen Wirtschaft für Europa. Vbv Studie. https://www.vbv-bayern.de/Redaktion/Frei-zugaengliche-Medien/Abteilungen-GS/Volkswirtschaft/2024/Downloads/Studie_Die-Bedeutung-der-deutschen-Wirtschaft-f%C3%BCr-Europa_final.pdf
- Schmucker, C., & Mildner, S.-A. (2023). *Reforming the WTO Through Inclusive and Development-friendly Approaches: How to Make Plurilateral Initiatives Work for All*. GESIS. Bd. 26.
- Sebbesen, A., & Oberhofer, H. (2024). The propagation of business expectations within the European Union. *Journal of Applied Econometrics*, 39(6), 1082–1103. <https://doi.org/10.1002/jae.3075>
- Stehrer, R. (2024a). Mittelfristige Entwicklungen im globalen Handel. *FIW-Jahresgutachten 2024*. Kapitel 5.
- Stehrer, R. (2024b). Mögliche Auswirkungen der US-Präsidentschaftswahl auf den Welthandel. *FIW-Jahresgutachten 2024 – Update*. Oktober 2024. Kapitel 3.
- UN (2025). *World Economic Situation and Prospects 2025*. Department of Economic and Social Affairs. Jänner.
- UNCTAD (2024a). *World Investment Report*. Juni.
- UNCTAD (2024b). *Global Investment Trends Monitor*, (47). Oktober.
- wiiw (2025). Growth mostly firming, despite major external headwinds and uncertainty. Economic forecasts for Eastern Europe for 2025-27. *Monthly Report*, (1).
- Wollmershäuser, T., Ederer, S., Fourné, F., Lay, M., Lehmann, R., Link, S., Möhrle, S., Schaschnig, M., Wolf, G., & Zarges, L. (2024). ifo Konjunkturprognose Herbst 2024: Deutsche Wirtschaft steckt in der Krise fest. *ifo Schnelldienst digital*, (7), 1–10.
- World Bank (2025). *Global Economic Prospects*. Jänner.
- WTO (2024a). *World Trade Report 2023*. <https://doi.org/10.30875/9789287074102>
- WTO (2024b). *Overview of Developments in the International Trading Environment. Annual Report*. Director-General. November.